

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstelligen Annon-  
 zen oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der 22. Januar.

... Und aufwärts schlug aus Schnee und Eis  
 Der Riesenbrand zum Himmelsdom,  
 Und niederwärts rann rot und heiß  
 Das Herzblut in den starren Strom  
 Und ward wie Tau. Und Schuß auf Schuß  
 Verfrachte in den Flockentanz:  
 Das war der warme Liebesgruß  
 Vom Väterchen des Vaterlands.

Sie stiegen aus des Elends Schoß  
 Wie Nachtgetier aus düsterm Grund.  
 „Ein wenig Sonne unserm Loß!“ —  
 Noch baten sie mit blassem Mund.  
 Noch trugen sie des Heilands Holz,  
 Des Jaren Bild in erster Reih — — —  
 Da: von der Sehne flog der Bolz  
 Und schlug das bleiche Bild entzwei!

Nun war's gesch'h'n. Das war der Krieg.  
 Das erste Opfer lag im Schnee —  
 Und über Kreuz und Krone stieg  
 Die rote Fahne in die Höh.  
 Ein Brausen klang wie Frühlingsflut,  
 Ein Echo dröhnte, dumpf und hohl . . .  
 Wie heißer Volkszorn wuchs die Blut  
 In Moskwa und Sewastopol.

Das Reich zerbricht. Die Zwingsburg birzt.  
 Des Volkes tiefste Kraft wird wach.  
 Ihm hilft kein Gott, ihm hilft kein Fürst  
 Aus seiner tausendjährigen Schmach.  
 Sein eigener Retter soll es sein — —  
 Hell klingt sein Ruf wie hallend Erz —  
 Und aufrecht steht's in blutiger Pein  
 Und hebt die Toten sonnenwärts.

Und den dies Land einst Vater hieß,  
 Wo weilt er heut am Tag der Not?  
 Ein Feigling, der sein Volk verließ!  
 Und seinem Volke ist er tot . . .  
 Nun stürze, was im Innern kracht,  
 Und lobre, was da gärt und glüht,  
 Und leuchte auf aus tieffter Nacht  
 Der Tag, wo rot die Freiheit blüht!

Clara Müller-Jahnke.

### Der Bülow-Ulras.

Die durch ein Jahrhundert ehelicher Gütergemeinschaft ge-  
 züchtete Nehmlichkeit der preussischen und der russischen Regierungs-  
 methode, auf die wir gestern bei der Erörterung des Bülow-  
 Möllerschen Versprechens einer künftigen Regelung  
 des preussischen Bergrechtes hinwiesen, wird, je mehr  
 man sich in den Ulras der preussischen Regierung vertieft, um  
 so unheimlicher. Wie in Rußland, nachdem eine Revolution  
 von bisher unübersehbarer Gewalt ausgebrochen, der Zar auf  
 einmal einen allergnädigsten Ulras erließ, in dem er den vor-  
 führten Arbeitern plötzlich weitgehende Verheißungen ver-  
 machte, so hat es auch erst in Preußen des Riesenanstandes  
 der Bergarbeiter bedurft, um eine mindestens seit  
 dem Jahre 1889 spruchreife gesetzliche Regelung nicht  
 etwa dem Landtage vorzulegen, sondern nur für „dem-  
 nächst“ in Aussicht genommen zu versprechen. Die  
 Nehmlichkeit beruht aber nicht allein darauf, daß man schwere  
 Erschütterungen des politisch wirtschaftlichen Lebens durch ein  
 leeres Inanspruchstellen zu beschwichtigen sucht, es ist auch der  
 Charakter des absolutistischen Gnadenaktes, der die neue  
 jüngste preussische Aktion ganz russisch erscheinen läßt. Die  
 systematische Zurückdrängung des Reichstages des demokratischen  
 Wahlrechts, auf die wir in der letzten Zeit mit besonderem  
 Nachdruck wiederholt hingewiesen haben — wir halten dieses  
 System für die bedeutendste politische Erscheinung der inneren  
 Politik im Deutschen Reich — tritt auch bei der Verheißung einer  
 Bergrechts-Reform in die Erscheinung. Kaum drohte der Reichstag  
 infolge der Initiative der Sozialdemokratie sich mit der Re-  
 gelung des Bergrechtes gesetzgeberisch zu beschäftigen, da be-  
 kamen die so langsam und seit unlangher Zeit auf dem Ge-  
 biete der Sozialreform eingerosteten Federn der preussischen  
 Geheimräte plötzlich Flügel und sofort war eine der in der  
 Geschichte Preußens berücksichtigten Versprechungen fertig. Das  
 demokratische Wahlrecht wurde durch den preussischen Absolu-  
 tismus beiseite geschoben!

Die Parteien des Reichstages haben sich seit geraumer  
 Zeit auf die Forderungen eines Reichs-Berggesetzes fest-  
 gelegt. Die ersten Sachverständigen des Bergrechtes sind  
 sich einig darüber, daß endlich ein einheitliches Bergrecht von  
 Reich wegen geschaffen werden müßte. So hat beispiels-  
 weise der Oberbergat Arndt im August 1897 in  
 der „Deutschen Juristenzeitung“ das Folgende ausgeführt:  
 „Die in Deutschland geltenden Berggesetze sind durch die  
 moderne Reichs- und Landes-Gesetzgebung, die Zivilprozeß-  
 ordnung und die Strafprozeßordnung, die Vorschriften des  
 Gewerberechtes über Sonntagsarbeit, Auslöschung, Beschäftigung  
 jugendlicher und weiblicher Arbeiter, die großen Versicherungs-  
 gesetze, die Landesorganisationsgesetze, das Grundbuchrecht und  
 andere so durchbrochen, daß sie nur noch in Bruchstücken  
 Geltung haben. Man klagt wohl sonst über die viele Gesetz-  
 macherei; indes ein so durchbrochener und verworrener Zu-  
 stand, wie der des landesgesetzlichen Bergrechtes muß endlich  
 geklärt und geordnet werden. Die Angelegenheit kann in  
 Monaten befriedigend verarbeiteter werden.“

Neulich sprach man sich auf dem deutschen Anwaltsstag  
 1899 aus. Der Reichstag erklärte bereits in der Session  
 1895/97 in einer Resolution zum Bürgerlichen Gesetzbuch seine  
 Erwartung, daß das Bergrecht „für das Deutsche Reich  
 baldmöglichst einheitlich geregelt werde“. 1899/1900 nahm der  
 Reichstag einen sozialistisch-freimüthigen, vom Zentrum  
 amendierten, Antrag auf baldigste Vorlegung eines Reichs-  
 Berggesetzes an; nur die beiden konservativen Parteien stimmten  
 damals dagegen.

Es ist also allgemein sowohl von den bürgerlichen Parteien  
 des Reichstages wie von den Sachverständigen des Berg-

rechtes anerkannt, daß die Regelung des Bergrechtes von  
 Reichswegen geschehen muß. Die „Norddeutsche Allgemeine  
 Zeitung“ fühlt denn auch heute selbst, daß es für die Ver-  
 schleppung der Reform nach Preußen keine ehrliche Ver-  
 gründung gibt. Sie führt aus:

„Der Weg der Landesgesetzgebung soll gewählt werden, weil  
 es sich um Fragen handelt, die fast durchweg nicht etwa allgemein  
 gewerbliche, sondern spezifisch bergbauartige Verhältnisse  
 betreffen, und bei deren Regelung auf die Eigenart des Berg-  
 baus Rücksicht genommen werden muß. Ferner kommen auch —  
 wenigstens für jetzt — nur Fragen des preussischen Bergrechtes in  
 Betracht, was um so mehr ins Gewicht fällt, als für dies Sonder-  
 gebiet schon jetzt die Verhältnisse im wesentlichen geklärt sind, so  
 daß der Gesetzentwurf in verhältnismäßig kurzer Zeit ausgearbeitet  
 werden kann. Endlich entspricht dieser Weg dem bisherigen Vor-  
 gehen, da schon anfangs der neunziger Jahre die damals not-  
 wendig gewordenen, auf die besonderen Verhältnisse der Berg-  
 arbeiter bezüglichen Vorschriften nicht in der Novelle zur  
 Gewerbe-Ordnung . . . sondern in der Novelle zum allgemeinen  
 Berggesetz . . . erlassen worden sind.“

Das ist die Begründung der „Norddeutschen Allgemeinen  
 Zeitung“. Etwas Unsinntigeres läßt sich kaum vorstellen.  
 Preußen mag ja alle Gebiete der Welt umfassen, daß aber  
 der Bergbau eine spezifisch preussische Erfindung sei und genau  
 an den preussischen Grenzen aufzuhören habe, ist ein so  
 kindischer Ergeh des Particularismus, daß man ohne jede  
 weitere Erwägung schon aus diesem einen Argument schließen  
 kann, daß der Versuch, die Bergreform nach Preußen zu ver-  
 taufen, tatsächlich aus Gründen erfolgt, die das Licht der  
 Deffentlichkeit scheuen.

Selbst wenn wir annehmen, daß der Bülow-Ulras, der  
 eine Reform des Berggesetzes für Preußen ankündigt, so-  
 weit die Regierung in Betracht kommt, ernst gemeint sei  
 und nicht nur ein taktisches, die Bergarbeiter verhöhrendes  
 und täuschendes Manöver, so ist doch nicht nur keine Wahr-  
 scheinlichkeit vorhanden, daß eine ernsthafte Reform selbst nur  
 in dem Umfang, den das Regierungsversprechen andeutet, von  
 dem Dreiklassenparlament angenommen werden könnte, sondern  
 es ist vielmehr absolute Gewißheit, daß ein solcher Ent-  
 wurf von der Dreiklassenkammer abgelehnt werden würde, von  
 dem Herrenhaufe gar nicht zu reden.

Die Geschichte des preussischen Bergrechtes  
 im Landtage beweist klipp und klar, daß das Abgeordneten-  
 haus entschlossen ist, keine sozialpolitisch irgendwie beträchtliche  
 Reform zu dulden. Das weiß die Regierung und deshalb  
 kann man ihr nicht den guten Glauben zubilligen, daß sie  
 mit ihrer Ankündigung irgend eine andere Absicht verfolgt,  
 als die Arbeiter um den Ertrag ihres entschlossenen und  
 opfermüthigen Kampfes zu bringen. Hätte die Regierung die  
 Absicht, wirklich eine preussische Reform durchzuführen und wäre  
 das Manöver, die Regelung der Angelegenheit aus dem  
 Reichstag in die Dreiklassenkammer zu schieben, aus sach-  
 lichen Motiven erfolgt, so könnte die Regierung schon am  
 nächsten Montag ein fertiges Berggesetz vorlegen in dem  
 Rahmen, wie sie andeutet, und sofort die Probe auf die sozial-  
 politische Leistungsfähigkeit des Landtages machen. Die Fragen  
 sind keine Probleme mehr, nachdem einmal die Regierung  
 selbst die Mißstände durch ihr Versprechen anerkannt hat.  
 Aber die Regierung weiß, warum sie erst „demnächst“ die  
 Angelegenheit ordnen will. Wie die Bergarbeiter 1889 durch  
 Versprechungen getäuscht worden sind, die niemals erfüllt oder  
 wieder rückgängig gemacht worden sind, so wird es — darüber  
 ist gar kein Zweifel möglich — auch diesmal gehen, wenn  
 man der preussischen Regierung folgt.

Das läßt sich mit mathematischer Gewißheit beweisen.  
 Die Regierung hat bereits einmal gerade bei der Regelung des  
 preussischen Bergrechtes die Ansicht verfochten, daß eine gesetzliche  
 Regelung der Arbeitszeit, „soweit dies durch sanitäre Rücksichten“

geboten, notwendig sei. Die Regierung hat im Jahre 1892  
 ausdrücklich anerkannt, daß die Regelung der täglichen Schicht-  
 dauer nach der Natur der Sache nur den Gegenstand allgemeiner  
 Anordnungen für ein Produktionsgebiet, nicht aber  
 den Gegenstand einseitiger Verfügung für einzelne Be-  
 triebe bilden könne. Die Kommission des Ab-  
 geordnetenhauses aber durchkreuzte damals die Absicht  
 einer allgemeinen Regelung der Schichtdauer, indem sie die  
 Befugnis der Bergbehörde darauf beschränkte, daß sie nur für  
 einzelne Betriebe eine Einschränkung der Arbeitszeit  
 vornehmen dürfte. Damals erhielt der Artikel 5 des  
 preussischen Berggesetzes den gegenwärtigen Wortlaut, der  
 den Oberbergämtern das Recht einräumt, für einzelne  
 Betriebe Dauer, Beginn und Ende der täglichen  
 Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorzuschreiben.  
 Die Regierung hat selbst durch die jetzige Begründung den  
 „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ dem Abgeordnetenhaus  
 die Argumente dorthin geliefert, mit denen eine allgemeine  
 Regelung der Schichtzeit zu bekämpfen sei. Denn wenn der  
 Bergbau schon eine rein preussische Angelegenheit ist, die  
 nicht allgemein reichsrechtlich geregelt werden könne, so ist  
 denn auch nicht abzusehen, weshalb dann nicht die Konser-  
 vativen und Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus es für  
 unmöglich erklären sollten, für alle Betriebe gleich-  
 mäßige Vorschriften zu geben; man wird also wieder  
 zurückgehen zur Befugnis, über einzelne Betriebe be-  
 züchliche Maßnahmen zuzulassen. Der damalige Versuch des  
 Zentrums im Abgeordnetenhaus, die Achtstundenschicht herbei-  
 zuführen, wurde als „sozialistischer Zukunftsplan“ verspottet  
 und war völlig aussichtslos. Um so seltsamer ist es, daß  
 trotz dieser Erfahrung das Zentrum seine Hand dazu geboten  
 hat, die Angelegenheit im preussischen Abgeordnetenhaus statt  
 im Reichstage zur Erledigung zu bringen.

Aber weiter! Zu den Verheißungen des Bülow-Ulras  
 gehört es auch, daß Arbeiterausschüsse in Aussicht gestellt  
 werden. Man kann sich ungefähr denken, wie die Arbeiter-  
 ausschüsse aussehen würden, wenn sie der preussische Landtag  
 beschließt. Im besten Falle würde es sich um Arbeiter-  
 ausschüsse handeln, die aus Vertrauensmännern des Unter-  
 nehmertums bestehen. Wie das Abgeordnetenhaus  
 über diese Fragen der Arbeitervertretung denkt, das hat  
 es auch bereits zur Genüge klar ausgesprochen. Die von der  
 Reichs-Gewerbe-Ordnung angeführten Gewerbegerichte gelten  
 für den preussischen Bergbau nicht. Als die Regierung in  
 Preußen zum erstenmal Mittel für preussische Berg-Gewerbe-  
 gerichte forderte, erhoben 90 konservative und freikonservative  
 Mitglieder des Abgeordnetenhauses den schärfsten Protest  
 gegen die Bewilligung der Mittel. Wenn sich im Abgeordneten-  
 haufe eine bedeutende Minderheit finden kann für die Ab-  
 lehnung von Berg-Gewerbegerichten, so ist es klar, daß sich  
 heute außerhalb des Zentrums und der Freimüthigen keine  
 Hand für die Einrichtung wirklicher Arbeiterausschüsse  
 erheben wird. Sonach kann man der Regierung wiederum  
 den guten Glauben nicht zubilligen, daß sie mit dem ver-  
 heißenen preussischen Bergrecht ernsthaft den Forderungen der  
 Bergarbeiter entgegenkommen denkt. Es handelt sich  
 allerdings um ein Notgesetz, aber nicht um ein Notgesetz  
 für die Arbeiter, sondern um ein Notgesetz für die Re-  
 gierung und die Unternehmer, die aus einer  
 schwierigen Lage herauszukommen wünschen.

Auch inhaltlich sind die Andeutungen über das zukünftige  
 preussische Berggesetz, wie wir schon gestern betont haben, mit  
 Ausnahme eines Punktes durchaus unbestimmt. Man kann  
 nicht daraus entnehmen, wie sich das definitive Gesetz gestalten  
 wird. Man tritt nur die Forderung des Verbotes des Nullens  
 auf, ein Verbot, das ja durch die Einführung von



Strafen wieder unwirksam gemacht werden kann, wenn denn überhaupt im Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus auch nur für dieses Verbot eine Mehrheit sich finden sollte.

Aus den weiter unten mitgeteilten Äußerungen der reaktionären Presse ersieht man denn auch bereits, daß sie keinerlei Gefahr für die Unternehmerinteressen aus der Ankündigung der preussischen Regierung sieht. Die „Berliner Neuzeit Nachrichten“ sind zwar so klug, von einer Bedrohung des Unternehmertums zu erzählen, um den Anschein zu erwecken, als ob etwas Ernstliches geschehen könnte. „Post“ und „Kreuz-Zeitung“ aber geben sich gar keine Mühe, sachlich auf die Reformvorschläge einzugehen, und begnügen sich mit dem Jubel darüber, daß es gelungen sei, die Absicht des Reichstages zu durchkreuzen und die Angelegenheit in Preußen zu erledigen. Preussische Sozialpolitik aber das heißt die Sozialreform der Zuchtanstalten, des Kontraktbruchgesetzes — das ist die soziale Erziehung der Dreiklassenherren, die schon in dem Achtstundentag für Bergarbeiter eine sozialistische Utopie wittern.

Wir glauben nicht, daß — ganz unabhängig von der Frage des Streiks selbst — das Bülow-Röllersche Versprechen irgend einen Eindruck auf denkende und unterrichtete Arbeiter machen kann. Die Bergarbeiter haben seit 1889 erfahren, was sie von Versprechungen zu halten haben, und sie werden auch aus der genialen Analpolitik des preussischen Junkertums gelernt haben, daß in der Politik die Parzahlung notwendig ist. Wechsel auf unbestimmte Frist sind noch nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind, und preussische Regierungsversprechungen insbesondere — das weiß man schon seit den Freiheitskriegen und seit 1848 — sind genau so viel wert wie russische Ulfase.

Aber etwas anderes werden die Bergarbeiter und das Proletariat überhaupt aus diesem russischen Zwischenspiel in der preussischen Bergarbeiterbewegung wiederum lernen. Graf Bülow hat kürzlich im Reichstag genau wie der Militär-Diktator von Petersburg die Arbeiter auf rein wirtschaftliche Interessen abulenkten versucht, und es bedauert, daß in Deutschland das Proletariat darüber aufgeklärt ist, wie jede Frage ihrer Existenz eine Frage der allgemeinen Politik ist, wie keine Lösung einzeln möglich ist, wie der Kampf des Proletariats um seine Befreiung notwendig ein Kampf um die Eroberung der politischen Macht sein muß. Wenn derselbe Graf Bülow als preussischer Ministerpräsident nichts Gileres zu tun hat, als die notwendige und dringende Bergreform aus dem Reichstage des demokratischen Wahlrechts in das Antiparlament des preussischen Dreiklassen-Systems hinüberzuschmuggeln, das Arbeiter als Volksvertreter nicht duldet, um wirkliche Reformen zu bereiten, so werden allerdings die Arbeiter aller Organisationen darüber aufgeklärt, daß ihre besonderen Berufsfragen nur Teilergebnisse der allgemeinen Politik sind und nur mit ihr gelöst werden können.

Die Bergarbeiter des Ruhrreviers werden sich zwar durch den Bülow-Ulras nicht in blinde Hoffnungen einlassen lassen, sie werden sich vielmehr darüber klar werden, welche ein Unterschied zwischen dem allgemeinen Wahlrecht des Reichstages und dem Dreiklassen-System des preussischen Landtages ist. Uebrigens hat ja auch der Bergmeister Engel in seiner gestern erwähnten Ulfskrift über den Bergarbeiterzustand sich das eine Verdienst wenigstens erworben, seinerseits auf die politische Betätigung als unabweisliche Forderung hinzuweisen. Er hat sich durchaus nicht auf die besonderen technisch wirtschaftlichen Fragen des Bergarbeitertums beschränkt, sondern er hat sogar Zuchtanstaltsvorlagen, Aenderung der Verfassung usw. verlangt. Wenn die erleuchtete und wohlmeinende Regierung des Grafen Bülow den Arbeitern rät, sich nicht politisch aufzuklären, es aber unterläßt, dem Unternehmertum klar zu machen, daß es seinerseits nicht wirtschaftliche Interessen mit der Politik verquiden solle, so beweist dieser Widerspruch hinlänglich, daß auch die jetzige Regierung nur an den Unverstand der Massen zu appellieren sucht, um die Alleinherrschaft der regierenden Klassen, um die Macht des Unternehmertums und des Kapitals zu sichern. Aber der Unverstand der Massen ist eben trotz der weisen Ratsschläge der Regierung der christlich monarchischen Sozialreform nicht mehr verlorener. Darum wird man auch mit dieser preussischen Regierungssaktion bei den Arbeitern kein Glück haben. Auf die Entschuldigungen der Bergarbeiter, wie immer sie ausfallen sollten, die Verheißung der Bülow-Röllerschen Regierung sicher keinen Einfluß haben.

Dem Reichstag aber liegt es nun ob, die preussische Intrigue zu durchkreuzen und mit aller Entschiedenheit den deutschen Bundesrat vor die Frage zu stellen, sofort von Reich wegen die von den Bergarbeitern erhobenen Forderungen gesetzlich anzuerkennen.

### Die Presse und der Bülow-Ulras.

Die bürgerliche Presse steht fast ausnahmslos in der Ankündigung der preussischen Bergrechtsreform eine rettende Tat; nur scheiden sich die Meinungen darüber, wer gerettet werden soll und wo gerettet wird.

Die „Kreuz-Zeitung“ sieht das Unternehmertum und den preussischen Partikularismus gerettet:

„Die Regierung verfolgt hierbei das offensichtliche Ziel, der Weisung des jetzigen Anstandes die Wege zu ebnen und künftigen Ausfällen vorzubeugen. Sie macht sich zwar nicht ohne weiteres sämtliche Forderungen der jetzt ausländigen Bergarbeiter zu eigen, aber sie bietet die Hand zur Beseitigung unauflösbarer Mißstände, die schon seit geraumer Zeit eine zum Teil bis zur Erbitterung gesteigerte Unzufriedenheit erregt haben. Dabei vermeidet sie wohlweislich Maßregeln, durch welche die Unternehmer ihrer Eigenschaft als Herren des Betriebes völlig entsetzt werden würden. Vor allem aber lehnt sie den Gedanken der reichsgesetzlichen Regelung ab und will sie diesen Gegenstand nach wie vor der Landesgesetzlichen Regelung vorbehalten. Formale Bedenken würden der reichsgesetzlichen Regelung nicht entgegenstehen. Aber da nun einmal alle auf Bergwerke bezüglichen Angelegenheiten bis jetzt landesgesetzlich geregelt worden sind und auch das bürgerliche Gesetzbuch nach Art. 67 seines Einführungsgesetzes in diese Regelung nicht eingreifen sollen, so ist es richtig, zunächst sich auf einen Ausbau der Landesgesetzgebung zu beschränken. Die gegenwärtige Zeit, insbesondere die Verhältnisse im Reichstage verlocken wahrlich nicht zu einer Erweiterung des Gebietes der Reichsgesetzgebung auf Kosten der Landesgesetzgebung.“

Der Sozialdemokratie wirft man immer vor, daß sie rein wirtschaftliche Fragen politisch behandle; auch bei dem Bergarbeiterzustand soll ja die Sozialdemokratie politische Absichten verfolgen. Wenn man sehen will, wer alle Vorgänge politisch auszubedenken sucht, der lese aufmerksam die Auslassungen der „Kreuz-Zeitung“, die direkt vom Wagenrollen und der Regelung der Schichtzeit zu dem staatsstreikerischen Kampf des preussischen Junkertums gegen Reich und Reichstag übergeht.

Ähnlich verfährt die „Post“, die ihr Vergnügen an dieser Dämonen-Aktion kaum verliert:

„Die Ankündigung dieses gesetzgeberischen Planes ist insofern ein geschickter Schachzug, als dadurch sowohl der Zentrumsvorstoß im Landtage, als auch der sozialdemokratische Antrag auf reichs-

gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses im Bergbau mattgesetzt werden.“

Am sich ist es ja nicht gerade erwünscht, daß die Gesetzgebung mehr als unbedingt notwendig in Verhältnisse eingreift, deren Regelung recht eigentlich Sache der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, beziehungsweise der Arbeitsordnungen sind, und es wäre demzufolge vorzuziehen gewesen, wenn die Ordnung des Arbeitsverhältnisses im Ruhrrevier sich ohne gesetzgeberisches Vorgehen so einwandfrei gestaltet hätte, wie dies zum Beispiel im niederschlesischen Bergrevier der Fall ist. Auch ist es nicht unbedenklich, wenn eine solche gesetzgeberische Regelung in einer Zeit vorgenommen wird, wo der wirtschaftliche Krieg im Ruhrrevier nur zu leicht zu einer einseitigen Beurteilung und Behandlung von Fragen führt, deren dauernd befriedigende Ordnung nur bei unbefangener Sachlichkeit herbeigeführt werden kann. Wenn aber schon die Klünne der Gesetzgebung ergriffen werden soll, so ist es bei weitem vorzuziehen, wenn die Initiative dazu von der Regierung ausgeht, und wenn diese die Führung der Sache in der Hand hält. Dazu wird freilich auch gehören, daß sie nicht bloß mit gesetzgeberischen Vorschlägen hervortritt, sondern diese auch gegen die zweifellos zu gewärtigenden Bestrebungen, dabei Kapital für Wahl- und Parteiinteressen zu schlagen, mit rücksichtsloser Entschiedenheit verteidigt.“

Die „Post“ ist, wie man sieht, guter Dinge; sie hat zwar die schwersten prinzipiellen und tatsächlichen Bedenken gegen das Eingreifen der Regierung, aber sie ist trotzdem durchaus einverstanden, in der frohen Erwartung, daß bei der Reform eine Art Zuchtstabs-Vorlage herauskommt, die dann die Regierung gegenüber den durch Stimmenfang-Rücksichten veranlaßten Forderungen des Zentrums zu verteidigen haben wird. Das ist der Sinn der „Post“-Bedrohungen.

Etwas klüger spielt das Kanonengorgon, die „Berliner Neuzeit Nachrichten“, in der widerwärtigen Komödie mit. Ohne mit einer Wimper zu zucken, richtet es an die Dreiklassen-Kammer die folgende Mahnung:

„Da bleibt vor allen Dingen zu wünschen, daß nichts übereilt und nichts aus augenblicklicher Tagesstimmung und aus einseitigem Gefühlsüberschwang beschloffen werde. Regierungseitig ist ja wiederholt versichert worden, daß die Fortsetzung unserer Sozialpolitik in vorsichtigem Tempo erfolgen soll. Der Streik selbst ist jetzt eine rein zufällige, nicht aus sich selbst notwendig gewordene Erscheinung. So“ seine Führer waren eifrig bemüht, ihn zu verhindern, und die weit vorwiegende Ueberzeugung geht dahin, daß er bei einiger Entgegenkommen der Besenbesitzer hätte vermieden werden können. War deren Haltung so schroff, so berechtigt ein solcher Fehler noch nicht zu einer Gesetzgebung ad irato (im Zorn), die laut neuerlicher Erklärung des Handelsministers „nach dem gesunden Menschenverstand nicht vorgenommen werden soll“. Verlangen muß man ruhige, unparteiische Ergründung und Abwägung der Dinge, keine Entscheidung aus der zurzeit herrschenden Aufregung heraus. Der Zufallsstreik darf doch nicht ein wohlverwogenes Regierungsprogramm vorläufiger sozialpolitischer Fortschritte über den Haufen werfen. Am soll der vielberufene § 120a der Gewerbe-Ordnung mit einem Mal eine so viel allgemeinere Ausdehnung erhalten als bisher... Will man nun, wie halbamtlich verkündet wird, allgemeine Vorschriften für alle Gewerbe auf Grund dieses Paragraphen schaffen, so wird man zum allgemeinen Maximalarbeitsstag kommen, den die Reichsregierung bisher nicht wollte. Weiter stehen bekanntlich sozialpolitische Maßnahmen zum Gunsten der Arbeiter durch Verleihung der Rechtsfähigkeit an ihre Berufsvereine bevor. Selbstverständlich muß zugleich deren Verantwortlichkeit erhöht werden, und will die Regierung sich nicht dem Vorwurf einseitiger Gesetzgebung aussetzen, so wird sie aus dem jetzigen Streik neuerdings auch die Anregung schöpfen müssen, besseren Schutz den arbeitswilligen Arbeitern gegen den Streikzwang zum Nutzen der Arbeiter und der Unternehmer zu schaffen.“

Auch die „Berliner Neuzeit Nachrichten“ werfen, wie man sieht, zum Schluß die Maske ernsthafter Besorgtheit ab und wittern fröhlich die Rechtsfähigkeit der Arbeiterorganisation, für Streiks finanziell zu haften, und den Arbeiterschutz, der sich auf Arbeitswillige beschränkt.

Uebereinstimmend geht aber aus allen mitgeteilten Preß-äußerungen hervor, daß eine den Forderungen der Bergarbeiter gerecht werdende Reform im preussischen Landtag keine Aussicht auf Annahme hat, selbst wenn sie die Regierung wagen würde.

Die Zentrumspresse — uns liegt bisher nur ein Urteil der „Germania“ vor — entwickelt einen Optimismus, von dem man nur zweifeln kann, ob er verblödet ist oder verblödet sein soll:

„Kommt ein Gesetz dieses oder eines womöglich noch verbesserten Inhalts zu stande, so würde dadurch nicht nur das Verhältnis zwischen Besenbesitzern und Bergarbeitern auf eine weit gereinigte, namentlich die letzteren befriedigendere Basis gestellt, sondern ganz gewiß auch die Hauptursachen der seitherigen Klagen der Arbeiter und auch der Ausstände beseitigt, und es kann deshalb nur dringend gewünscht werden, daß der angekündigte Gesetzentwurf dem Landtag so bald wie möglich zugehen und hier möglichst rasch verabschiedet werde, denn wenn es irgend jemals mit gesetzgeberischen Maßnahmen gedraugt hat, dann sicher in diesem Falle. Aber vielleicht wirkt schon die bloße Ankündigung des Gesetzentwurfs wie eine heilsame Danksache auf die immer noch in ihrer ablehnenden Haltung verharrenden Leiter des Bergbauvereins, daß sie endlich der Stimme der Vernunft und Klugheit nachgeben.“

Offensichtlich sieht das Zentrum, wenn es ihm denn ernst ist mit der Beseitigung der ärgsten Mißstände im Ruhrrevier, nunmehr ein, welchen schweren tatsächlichen Fehler es beging, indem es die Aktion in das preussische Abgeordnetenhaus verlegte, obwohl es doch auf dem Boden eines Reichs-Berggesetzes steht.

Den Vogel aber schlägt wieder der sonderbare Freisinn des „Berliner Tageblatt“ ab; es reklamiert geradezu die Vaterschaft für den Bülow-Ulras und schwärmt ganz im russischen Jarentstil, der dem Volke zugleich väterliches Wohlwollen kündigt und es warnt vor der Verführung durch die schlechtesinnigen Elemente:

„Die Ankündigung, daß die preussische Regierung entschlossen ist, dem Widerspruch der Besenbesitzer zum Trotz die wichtigsten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, wird im Streitgebiet mit Jubel aufgenommen werden und der preussischen Regierung Verzeihung für manche frühere Unterlassungsfehler erwirken. Zugleich möchten wir aber an die streikenden Arbeiter jetzt die dringende Mahnung richten, die Arbeit wieder aufzunehmen, und zwar so schnell wie möglich. Sie leisten sich damit selbst den allergrößten Dienst, Beseitigen den Vorwurf, den man wegen ihres Kontraktbruches gegen sie erheben konnte, und legen die Bemühungen einzelner Agitatoren lahm, die sich den Ausstand zu eigenmächtigen Zwecken zunutze machen möchten. Die streikenden Bergarbeiter haben sich der allgemeinsten Sympathien weiter Volkstheile bei ihrem Vorgehen zu erfreuen gehabt. Mögen sie sich dieser Sympathien würdig erweisen, indem sie solidarisch die Arbeit wieder aufnehmen!“

Ist das nun bodenlose Dummheit oder berechnete kapitalistische Lüge?

Wenn die Sozialdemokratie wirklich den Bergarbeiter-Streik parteipolitisch ausnutzen wollte, so würden wir raten, der preussischen Regierung und ihren Helfern auf den Weim zu geben. Denn die Enttäuschung, die notwendig den geaukelten Hoffnungen folgen würde, hätte die Wirkung, daß es dann keinen Arbeiter im Ruhrrevier geben würde, der nicht sozialdemokratisch ist.

Wir aber wollen den Bergarbeitern helfen, ihrer augenblicklichen, unerträglichen Bedrückung ledig zu werden, darum sprechen wir aus, was für jeden Urteilsfähigen und Kenner preussischer Politik selbstverständlich ist.

### Aktionen im Reichstag.

Neben der Sozialdemokratie und den Nationalliberalen beabsichtigt auch die freisinnige Vereinigung auf die gesetzliche Regelung

durch das Reich hinzuwirken. Der Abg. Gothein hat folgende

Novelle zur Gewerbe-Ordnung ausgearbeitet:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Der § 115 der Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich erhält folgenden Zusatz:  
„Im Falle der Auflösung des Arbeitsverhältnisses muß dem Arbeitnehmer auf sein Verlangen die ihm vom Arbeitgeber überlassene Wohnung bis zum Schluß des der Kündigung der Wohnung folgenden Monats gegen Erstattung der bisherigen Miete belassen werden. Entgegenstehende Verabredungen sind rechts unwirksam.“

2. § 120a Abs. 3 enthält die Bestimmung, daß für Gewerbe, in denen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdigt wird, „Dauer, Beginn und Ende der Arbeitszeit vom Bundesrat vorgeschrieben“ werden können. Hier will Gothein hinter „Gewerbe“ eingeschaltet wissen: „einschließlich des Bergbaues“.

3. § 134b Absatz 2 bestimmt, daß Strafbestimmungen, die „das Ehrgefühl oder die guten Sitten verletzen, in die Arbeitsordnung nicht aufgenommen werden“ dürfen. Hier will Gothein hinter „Sitten verletzen“ einschalten: „oder welche die Richtanerkennung eines für eine ausbedungene Arbeitsleistung verdienten Lohnes (Nullen) ausprechen“.

4. Der § 134h (ständige Arbeiter-Ausschüsse) der Gewerbe-Ordnung soll u. a. folgende Bestimmungen erhalten:  
„Für Fabriken und Bergwerke, in welchen mindestens 100 Arbeiter beschäftigt sind, muß ein ständiger Arbeiter-Ausschuss von wenigstens drei Köpfen durch geheime Wahl sämtlicher großjährigen Arbeiter bestellt werden.“

Der Arbeiterausschuss vertritt die Arbeitnehmer in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden gemeinsamen Fragen; insbesondere ist er befugt, für die Gesamtheit der Arbeitnehmer Erklärungen über Kündigung oder Wiederaufnahme der Arbeit abzugeben; das Recht des einzelnen Arbeiters, eine hiervon abweichende Erklärung über die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses abzugeben, wird dadurch nicht berührt.

In Betrieben, welche mit einer besonderen Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter verbunden sind, ist der Ausschuss berechtigt, aus der Zahl der Arbeiter des betreffenden Betriebes Delegierte (Arbeiterkontrolloren) zur Ueberwachung des Betriebes im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter zu bestellen. Diese Delegierten sind nicht berechtigt, selbständige Anordnungen zu treffen, sondern haben lediglich vorgeschriebene Mängel oder Verstöße gegen gesetzliche und polizeiliche Bestimmungen oder gegen die Vorschriften der Arbeitsordnung dem Betriebsleiter und im Falle durch diesen keine Abhilfe erfolgt, dem staatlichen Aufsichtsbeamten mitzuteilen. Welche Betriebe als gefährliche zu ziehen sind, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde. Der Bundesrat kann allgemein alle Betriebe einer Art als gefährlich erklären u.

Hieran schließen sich noch eine Reihe von Einzelbestimmungen über die Aufgaben und Befugnisse der Arbeiterdelegierten.

### Die Zahl der Streikenden

soll nach Meldungen der Besenbesitzer um 402 abgenommen haben. Diese kleinen Schwankungen sind bedeutungslos.

### Die geklebten Arbeitswilligen.

Der Bergbauverein erklärt ausdrücklich, daß die von verschiedenen Seiten verbreitete Nachricht, wonach, im Falle die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen sollten, die jetzt Arbeitswilligen entlassen werden würden und einige Zehner dies den Ausständigen zugestanden hätten, selbstverständlich durchaus unwahr sei. Wenn die Besenbesitzer wirklich die höchst mangelhaft qualifizierten Arbeitswilligen in ihren Betrieben belassen würden, so läme das nur auf eine Vermehrung der Unfälle heraus. Indessen die Liebe zu den Arbeitswilligen pflegt nur so lange zu dauern, wie sie gebraucht werden als Karikaturen gegen die Ausständigen.

### Polizeiliche Lynchjustiz und fixe Richter.

Aus Dortmund telegraphiert unser K-Korrespondent:

In einer Versammlung in Giebing wurde folgendes mitgeteilt: Zwei Besenbeamte, denen Polizeigewalt übertragen war, erklärten in einer Wirtschaft zwei polnische Arbeiter für verhaftet. Sie führten die Verhafteten zur Zehde und wollten sie dort in einen Raum einsperren. Darauf schickte einer der Verhafteten. Der andere wurde dann von den Beamten mit Gummischläuchen schwer gemißhandelt. Wahrscheinlich wäre der Mann zu Tode geprügelt worden, wenn nicht ein Gendarm ihn aus den Händen der neugeborenen Ordnungsbeamten errettet hätte. Der betreffende Gendarm hat diesen Vorfall in der Versammlung bestätigt.

Dieser Justiz gegenüber ist auch der anderen Justiz ein Kompliment zu machen, daß sie ganz außerordentlich fix arbeitet, was bei den Klagen der letzten Zeit wegen Ueberhäufung der Gerichte ganz eigenartig ammutet. So ist am 26. Januar bereits ein Arbeiter verurteilt worden wegen eines Deliktes, begangen am 6. Januar. Das Delikt bestand darin, daß der Mann einem Arbeitswilligen transport zusah und glaubte, er brauche der Aufseherung eines Gendarmen, fortzugehen, nicht zu folgen. Es war dies aber kein Streiker, sondern ein Fabrikarbeiter, der in Ehrenhof bei Bodum wohnt und bei seinem Bruder in Harnaach zum Besuch war. Das Urteil lautet auf einen Monat Gefängnis.

### Ueber die wirtschaftlichen Wirkungen des Streiks

wird dem „Konfessionär“ geschrieben:

Läßt sich auch hier und da eine Stimme gegen den Bergmann vernehmen, so herrscht doch erlennbar bei der weitaus überwiegenden Mehrheit volle Sympathie für die Streikenden, welche sich bis jetzt in musterghingster Ruhe und Ordnung verhalten... Es wird überall nur die eine Frage erörtert, wie lange kann und wird der Streik noch dauern? Diese Frage ist die schwerwiegendste für den gesamten Handelsstand, sowohl für das Detail als auch für das Engrosgeschäft. Als am 17. d. M. der Generallstreik verkündet wurde, verließen alle Geschäftsreisenden wie auf einen Wink das Ruhrrevier, denn wozu sie auch kommen mochten, kein Detailleur hatte den Mut, etwas zu bestellen. Diejenigen Detailgeschäfte, die ausschließlich auf die Kundenschaft der Bergleute angewiesen sind — deren gibt es sehr viele — sind vollständig lahmgelegt, und es wird nichts mehr verkauft, sondern es geben auch keine Zahlungen ein, denn die Lösung, die jetzt noch zur Auszahlung gelangt ist, wird zum notwendigen Lebensunterhalt zurückbehalten, dem Detailleur bleiben daher die Einnahmen der Lösungstage aus, auf welche er regelmäßig rechnen konnte, auf Basis derer er seine Regulierungen einrichtete, seine Aktepte anstellte! Was wird mit letzteren nun geschehen? Sie gehen schonungslos unter Protest zurück, wenn nicht der Lieferant, unter Verzicht auf die eingetretene Verhältnisse, in eine Prolongation gewilligt, oder längerer Zustand erteilt hat.

Das sind sehr ernste Gedanken, bange Sorgen, die nicht nur den hart betroffenen Detailleur betreffen, nein, sogar auch den Großisten und Fabrikanten, welcher den größten Teil seiner Kundenschaft im Ruhrrevier besitzt. Derjenige Lieferant, welcher bisher den Schwerpunkt seines Wirkungsbereiches auf das rheinisch-westfälische Ruhrrevier legte, wird es gewiß schmerzlich empfinden, nun mit einem Male ein anderes Absatzgebiet beackern zu müssen, zumal heutzutage überall mit der großen Konkurrenz zu rechnen ist.

Am allerempfindlichsten werden infolge des Streiks die Bekleidungsindustrien betroffen.

Nach der augenblicklichen Lage darf mit Sicherheit angenommen werden, daß der Streik noch mindestens weitere 14 Tage anhalten wird. Auch dann ist dessen Beendigung noch fraglich, wenn es der Staatsregierung nicht gelingen sollte, die Besenbesitzungen zu einigen Zugeständnissen zu bewegen. Sollte sich der Streik indes noch den Monat Februar hindurchziehen, so dürften die Bekleidungsindustrien auf längere Zeit hinaus enorm geschädigt werden. Denn selbst wenn die Vergleiche den Streik beendigen und ihre Arbeit nach einem Vergleich wieder aufnehmen, so haben sie ihren ersten Verdienst wieder für die Schulden abzutragen, welche



Re für ihren täglichen Lebensmittel zu kontrahieren gezwungen waren, dann kommt die Anschaffung der Meider in allerletzter Reihe, und es wird noch einig Wochen bedürfen, bis nach dieser Richtung ein Ausgleich stattgefunden hat.

Aber auch die gesamte Textilindustrie wird indirekt davon betroffen. In diesen Kreisen hat sich der Kohlenmangel schon längst fühlbar gemacht, wo nicht schon ganze Betriebe still gelegt sind, haben ganz erhebliche Arbeitseinsparungen stattgefunden, wodurch mehreren tausend Arbeitern — die gern arbeiten möchten — ihr Verdienst geschmälert, wenn nicht gar ganz entzogen wird.

### Solidaritäts-Kundgebungen.

Aus Ruhrort meldet uns ein Privattelegramm, daß die Hafenarbeiter sich weigern, englische und belgische Kohlen auszuladen.

Die Zimmerer von Dresden und Umgebung haben in acht stark besuchten Versammlungen, die in acht verschiedenen Orten stattfanden, am Mittwoch beschlossen, die Kohlenarbeiter des Ruhrgebietes durch Erhebung eines Extrabeitrages von 25 Pfennig pro Woche zu unterstützen.

In Weissen beschloß eine stark besuchte Metallarbeiter-Versammlung 20 Pfennig Extrabeitrag während der Dauer des Streiks, mindestens aber vier Wochen lang zu erheben. Gleichzeitig wurden den Streikenden 300 Mark aus dem Lokalfonds überwiesen.

Ähnliche Nachrichten gehen uns vielfach zu, ohne daß wir sie im einzelnen aufzählen können.

Leus, 27. Januar. Die Ortsgruppe des Bergarbeiterbundes in den Departements du Nord und Pas de Calais hat angelehrt des Ausstandes der deutschen Bergarbeiter beschlossen, einen Zusammentritt des internationalen Komitees zu veranlassen; bis dahin verpflichtete sie die Bergarbeiter der Departements du Nord und Pas de Calais keine Ueber- und Nebenarbeiten zu machen.

## Die Revolution in Rußland.

Die zuversichtliche Hoffnung des internationalen Proletariats, daß es dem russischen Volke diesmal gelingen werde, die Fesseln des Zarismus abzuschneiden, erfährt heute neue Stärkung nicht bloß durch die neuen Nachrichten, die trotz aller Fälscherzungen für die bewundernswürdige Fähigkeit der russischen Freiheitskämpfer Zeugnis ablegen, sondern auch durch die sicherlich unbesangenen Berichte zweier national-liberaler Blätter, der „Römisches Zeitung“ und der „National-Zeitung“.

Im Gegensatz zu den russischen Polizeimeldungen erhält die „Römisches Zeitung“ ein Telegramm aus Moskau, wonach die Erbitterung gegen die Regierung unbeschreiblich sei. Die Ausstände wüchsen überall an; es herrsche die allgemeine Aufregung vor, die Petersburger Maßnahmen bedeuteten den Anfang des Endes der Regierung. Agitatoren bereisten die Provinzen und forderten zur Zerstörung der Fabriken auf, da die Kapitalisten sich zur Unterdrückung der Arbeiter verbündet hätten (?). Nach dem Gewährsmann des rheinischen Blattes befindet sich die Regierung auf einem völlig falschen Wege, auf dem es nie gelingen werde, die Bewegung zu hemmen. Infolgedessen ständen den deutschen Unternehmern in Rußland große Verluste bevor. Die Industriellen baten den Finanzminister telegraphisch, das Militär solle am Waffengebrauch verhindert werden, so lange keine Demotierungen vorkämen.

Ähnlich äußert sich der Petersburger Korrespondent der „National-Zeitung“ in einem Petersburger Briefe vom 24. Januar. Er schreibt:

In eingeweihten Kreisen laufen Gerüchte um, wonach dem Zaren Stimmung, Absichten und Hoffnungen des Volkes verschwiegen resp. falsch dargestellt worden seien. Auch die „Lösung“ der Frage soll dem Kaiser von der Hofdamen verheimlicht werden. Dies wäre ein Verbrechen so gemeinlos und himmelschreiend, daß kein Galgen und kein Schandpfahl zu hoch wäre für die Schuldigen, und es bleibt nur zu hoffen, daß es nicht der Geschichte überlassen werden wird, sie dem Pranger zu überliefern! Die furchtbare Verantwortlichkeit wird durch nichts gemildert, nicht einmal durch den verblendeten Wunsch, dem Zaren zu dienen; im Gegenteil. Mit Wunderselbst wird es das Land durchschlagen: Das rechtgläubige Volk zog zum „Stirn schlagen“ — so heißt die altnationale Sitte, bei der das eine Gnade erbittende Volk, vor dem Zaren sich niederwerfend, mit der Stirne die Erde berührt — mit Heiligenschildern und Priestern zu seinem Zaren, und dieser ließ blutig auf dasselbe schreien! Und überall wird das Band der alten Tradition, welche die bisher noch schwankenden Massen von Unzufriedenen befähigte, zerreißen und der große Hoffnungsanker der Geduld in all der Verzweiflung gelodert werden.

Der Aufzug der Arbeiter ist niederlärtlich. Aber dies ist kein Sieg, denn die Angeln trafen das russische Volk ins Herz, und binnen kurzem wird statt einer demütigen Prozession der offene Aufbruch an die Pforte des Zarenpalais schlagen! Vielleicht erst nach einer kleinen Frist des furchterlichsten Schreckensregiments, wie es den Anschein hat. Dieser Sieg war das denkbar schlimmste, was eintreten konnte. Die Regierung, die eben im Begriffe stand, den unbaltbaren Zustand der Militär zu verlassen und den Boden der Gesehmähigkeit zu betreten, wird durch die eigene ungeheuerliche Gewalttat rettungslos zur Anarchie zurückgedrängt.

In prägnanter Weise hat der Priester Gayon in einem Aufsatze das gesagt, was ich bereits als Wirkung der blutigen Missetat der Regierung aufs Volk schilderte. Er schmeißt ins Volk hinaus die furchtbaren Worte: „Seit gestern haben wir keinen Zaren mehr!“ Diese Fassung ist wie keine andere geeignet zu zündender agitatorischer Wirkung und die Folgen können schauerlich sein.

Mit diesen Berichten bürgerlicher Korrespondenten vergleiche man nun das folgende Befähigungs-Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur:

Der Mangel an Vertrauen, welcher in auswärtigen Zeitungen hinsichtlich der Einsetzung des Generalgouverneurs als geeigneter Maßnahme zur Besserung der Lage zum Ausdruck gelangt ist, hat in hiesigen amtlichen Kreisen und an der hiesigen Börse Erntamen hervorgerufen. Der Eindruck der Maßregel ist hier ein ganz anderer gewesen, der in einer kräftigen Befähigung in Erscheinung getreten ist. Die Einsetzung des Generalgouverneurs wird hier als zeitweilige Maßregel mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen Ereignisse aufgefaßt. Die letzten Ereignisse haben gezeigt, daß die Polizei nicht imstande war, der Arbeiterbewegung vorzubeugen oder sie zu leiten, da die Arbeiter auf den Weg politischer Forderungen geführt wurden und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen lediglich eine Persönlichkeitswahl mit außerordentlichen Vollmachten ausgehollt ist, die Ruhe wieder herstellen kann, welche die erste unabweisliche Bedingung für die Einführung von Reformen ist. Man hat unrecht, in der Einsetzung des Generalgouverneurs eine Aenderung der Verwaltung in der Richtung einer Reaktion zu sehen. Der Umstand, daß der Generalgouverneur den ersten Schritt in seiner Tätigkeit damit getan hat, daß er zusammen mit dem Finanzminister eine Erklärung an die Arbeiter unterzeichnete, in welcher eine Reihe von Reformen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung angekündigt wurde, zeigt, daß der Generalgouverneur nicht für Repressivmaßnahmen ernannt ist und daß nicht die Ordnung durch dieses Mittel wieder hergestellt werden soll, sondern durch Befriedigung der gerechten Forderungen der Bevölkerung.

Die russischen Beschäftigungs-Höräte wagen es derzeit nicht, sich auf den Standpunkt zu stellen: „Sie mögen hoffen, wenn sie nur fürchten!“ Sie wollen „gerechte Forderungen der Bevölkerung befriedigen“ natürlich abzüglich der „fremden politischen Wünsche“.

Einen Einblick in die Gründe dieser scheinbaren Friedfertigkeit geben nicht nur die schon angeführten Blättermeldungen, sondern auch tatsächliche Nachrichten des gut unterrichteten Londoner „Daily Telegraph“, der meldet, daß acht große revolutionäre russische Verbindungen sich vereinigt haben, um die gegenwärtige Lage in Rußland auszuwachen. Sie haben einen gemeinsamen Vorstand gewählt und sind entschlossen, gemeinsam gegen die russische Regierung vorzugehen. Besondere Bedeutung wird der Tatsache beigelegt, daß die polnische revolutionäre Partei sich den anderen russischen Organisationen angeschlossen hat, bisher wollten die Polen mit den anderen russischen Umsturzparteien nichts zu tun haben. Ueber die Pläne der vereinigten Revolutionäre werden nur Vermutungen ausgesprochen, man erwartet aber allgemein, daß bedeutende Ereignisse jetzt in rascher Reihenfolge folgen werden. Das Hauptquartier der neuen Verbindung befindet sich selbstverständlich im Auslande, und die Führer sind teilweise in Wien und teilweise in Zürich; die eigentliche Führung der ganzen Bewegung geht von Zürich aus. Vorläufig ist die Tätigkeit der neuen Verbindung darauf beschränkt, Waffen sowie Munition und Explosivstoffe in großen Quantitäten über die russische Grenze zu schmuggeln.

### Nikolaus pfeift und poluliert.

Englische Blätter wollen wissen: Der Zar ist ganz wohl, unerschüttert und in guter Stimmung; er sei selbst am Sonntag und am Montag ruhiger und unbewegter gewesen, als manche wegen ihrer ruhigen Sammlung bekannte Feldherren am Vorabend wichtiger Schlachten. Unmittelbar ehe er den Erlaß über die Ernennung Trepowas unterzeichnete, habe er, eine muntere Melodie pfeifend, Ergebenheitserklärungen mit Randbemerkungen versehen.

Man hätte diese Nachricht dreist für eine Ente halten mögen. Gewöhnliche menschlich fühlende Sterbliche vermögen es gar nicht zu fassen, daß ein Mensch, der das Leben Tausender unschuldiger Menschen, Frauen und Kinder auf dem Gewissen hat, noch ehe seine Opfer erkaltet sind, „muntere Melodien“ pfeift. Eine amtliche Petersburger Nachricht bestätigt aber das Un glaubliche. Während nämlich die Petersburger deutsche Kolonie taftvoll genug war, am 27. Januar „von den sonst üblichen öffentlichen festlichen Veranstaltungen mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage abzusehen“, während sich der österreichische Vorkämpfer krank meldete, der italienische aus anderen formalen Gründen in angemessener Zurückgezogenheit verharrte, hat die bankrotte Hofgesellschaft in ihrem Unterschluß fröhlich poluliert. Wolff meldet vom 27. Januar:

Um 1 Uhr findet in Zarstojes Selo beim Kaiser und der Kaiserin ein Galaschmaß statt.

Daß die deutsche Diplomatie ein solches Schmaßfest, durch das der Monarch eines Verfassungsstaates unmöglich geehrt werden kann, nicht verhindert hat, beweist, wie wenig sie sich der Wirkung bewußt ist, die diese historische Kaiser-Geburtsstagsfeier in der Öffentlichkeit üben muß.

### Petersburg.

Die Nachrichten sind spärlich! Im Bezirk zwischen der Alexandrowschen Stahlgießerei und der Schlüsselburger Chaussee soll die Arbeit wieder aufgenommen worden sein mit Ausnahme einer chemischen Fabrik, einer Elektricitätsfirma und der Stahlgießerei Atlas. Auf der Newskiverst wurde die Abrechnung mit den Arbeitern beendet. Die meisten erhielten ihren Lohn bis zum Tage des Beginns des Ausstandes; diejenigen aber, welche vorher den Wunsch geäußert hatten, die Arbeit wieder aufzunehmen, erhielten Lohn bis zum 26. Januar. Die Gehältern sämtlicher Apotheken der Residenz stellten am 22. d. Mts. die Arbeit ein. Sie fordern den Achtstundentag, Erhöhung des Salairs, Beschränkung des Nachtdienstes und Vermehrung des Dienstpersonals. In vielen Apotheken wurden die Verhandlungen am 24. bewilligt, in den übrigen dauern die Verhandlungen fort.

### Maxim Gorki in Trepowas Händen.

Rußlands geachteter Kaiser hält Gelage — Rußlands Dichterkönig liegt im Kerker! Ein Telegramm aus Riga meldet, daß Maxim Gorki als Gefangener nach Petersburg geschickt wurde. In Trepowas Händen! Dieser wahrhafte Proletarier-Dichter, dessen Namen die ganze gebildete Menschheit huldigt, und der in den letzten Jahren mehr noch zu Rußlands Kulturruhm beigetragen hat als der alternde Tolstoi, er, der unergleichliche Erzähler, der gefeierte Dramatiker, der gewaltige Sänger ist mit Leib und Leben in die Hand eines rachsüchtigen Barbaren gegeben, der keinen anderen Rhythmus liebt, als jenen der Peitschenhiebe und der Flintensalven.

Maxim Gorki im Kerker! Es ist das Symbol des russischen Schicksals. Ein hochbegabtes Volk, das berufen ist, im Rate freier zivilisierter Völker zu sitzen, mit ihnen friedlich um die Palme der Kultur zu ringen, schwandte unter dem Ansturm einer unfähigen, dümmelhaften, ungebildeten und brutalen Herrschertaste!

Wie lange noch! Die Zeitungsdirektionen wurde Donnerstag abend durch ein Rundschreiben der Ober-Präsidentverwaltung untersagt, Auslassungen oder Mitteilungen über den Ausstand zu veröffentlichen.

Die alte, bankrotte Methode der unterdrückten Wahrheit! Inzwischen ist die „St. Petersburger Zeitung“ vom 23. Januar in Berlin eingetroffen. Ihr ist ein Zettel eingelegt mit dieser kläglichen Notiz:

In den ersten Tagen des Januar kam hier eine Ausstands-Bewegung zum Ausdruck, die überraschend schnell alle industriellen und gewerblichen Betriebe, ja das gesamte öffentliche Leben St. Petersburgs lahmlegte. Der von den Führern der Bewegung ausgehende Terrorismus zwang auch Tausende und Abertausende von Arbeitwilligen (!) zur Niederlegung der Arbeit. Auch wir mußten, um den Bestehenden der Druckerei und das Leben der in der Druckerei Beschäftigten nicht zu gefährden, am späten Abend des 8. (21.) Januar vor Beendigung der Sonntagsnummer, die halbberichtig dalagte, die Arbeit einstellen und können die Arbeit, laut Uebereinkunft sämtlicher Zeitungsverleger St. Petersburgs, erst wieder aufnehmen, wenn allen Blättern volle Gewähr dafür geboten ist, daß der Betrieb ohne Gefährdung des Druckerei-Inventars und Personals wie überhaupt ohne jede Störung wieder erfolgen kann. Bis zu diesem Zeitpunkt aber bitten wir unsere geehrten Abonnenten gütigst um Geduld sowie um Unterlassung aller Beschwerden und Reklamationen, denen Folge zu geben nicht in unserer Macht steht.

St. Petersburg, den 11./24. Januar 1905.

„St. Petersburger Zeitung“. Geschäftliche Zeitung. Im übrigen enthält die Nummer folgenden Inhalt: Zwan Petrowitsch Pawlow (Biographie eines bekannten russischen Physiologen).

„Ob einem Weisbild das Studieren wohl anstehe“ von Joachim Weichert.

Meister des Lokstodes (Skizzen von Paul Becker). Gedanken eines Hundes von Anatole France. „Weib, Lieb und Ehe“ von Friedrich Nietzsche.

Dazu ein Heuilleton „Hafendämmerung“, eine Jagdgeschichte von Hermann Löns und eine landwirtschaftliche Beilage. Von dem Massenmord am Blutsonntag kein Wort! Ein acht russisches Dokument!

Auch die amtlichen Meldungen über die Wiederherstellung der Ruhe scheinen Lügen zu sein. Wenigstens meldet „Laffan“ vom 27. Januar:

Auf dem Zekaterinowplatz fand gestern abend eine Kundgebung der Ausständigen statt. Die Volkmenge durchzog die Straßen und griff die Polizei an, wobei ein Polizist durch einen Revolver-schuß getötet wurde. Truppen mußten requiriert werden, um die Kundgebung zu zerstreuen.

Eine offenbar offiziös inspirierte Privatmeldung des „Berliner Tageblatts“ besagt:

In eine Wiederholung des Ausstandes wird in den leitenden Kreisen nicht geglaubt, nur tritt die Meinung hervor, daß man die Garden nicht länger zu einem derartigen Dienst heranziehen kann, weil er revolutionäre Gefühle weckt. Zu diesem Zweck sind nach Ansicht der leitenden Kreise speziell die Don-Kosaken tauglich, von denen zwei Regimenter herbeordert werden sollen. Soweit ich von informierter Seite unterrichtet bin, ist die Regierung im Besitz von schwerwiegenden Beweisen, daß der ganze Arbeiterausstand von Mitgliedern des Revolutionskomitees seit drei Monaten sorgfältig vorbereitet worden ist. Ein kleiner Teil dieser Mitglieder ist bereits verhaftet und so stark kompromittiert, daß sein Schicksal als entscheidend gelten kann. Die Namen dieser Leute anzuführen, halte ich gegenwärtig für unangebracht, doch sind Namen von Rang, Stand und Klang darunter.

Die Draven werden gerettet werden — oder gerächt!

### Moskau.

Nichts als amtliche Nachrichten, sämtlich vom 27. Januar: Der Stadthauptmann erließ eine Bekanntmachung, daß die Ansprüche der Arbeiter geprüft und nach Wiederaufnahme der Arbeit in den gesetzlichen Grenzen befriedigt werden würden. Gleichzeitig wurden die Arbeiter aufgefordert, solches unbedinglich zu tun, mit dem Hinzufügen, daß jede bemerkte Aufregung zum Auslande die Verhaftung der Schuldigen nach sich ziehen würde.

Mit der Ausarbeitung eines Gesetzes über die Verkürzung der Arbeitszeit sowie der Ausarbeitung von Maßnahmen sei begonnen worden, welche den Arbeitern die Möglichkeit zur Beratung und Aenderung ihrer Bedürfnisse gewähren sollen. Die Bekanntmachung weist darauf hin, daß keinerlei Forderungen der Arbeiter, wie gerechtfertigt sie auch seien, erfüllt werden könnten, so lange die Unruhen andauern und die Arbeiter nicht zu ihrer Arbeit zurückkehren.

Das Stadthaupt beruft für heute eine außerordentliche Sitzung der Duma ein, in welcher Maßnahmen zur Wahrung der Sicherheit und des geregelten Betriebes der Wasserleitung, der Kanalisation und anderer für den Gesundheitszustand Moskaus wichtiger Bauarbeiten beraten werden sollen. — Sonst nichts!?

In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Druckereibesitzer und der Zeitungsverleger wurde beschlossen, solidarisch zu handeln und eine Erhöhung des Secherlohns nicht zu bewilligen.

Gestern sind die Arbeiter weiterer 19 Fabriken, darunter sehr bedeutender, in Ausstand getreten. Die Angestellten der Zuckermüllfabriken arbeiten mit Ausnahme einer Fabrik, doch stellen die Arbeiter folgende Forderungen: Einführung des Neunstundentages, Schluß der Fabriken an den Tagen vor Feiertagen um 3 Uhr nachmittags, Lohnzuschlag von 20 Proz., Auszahlung des halben Lohnes an infolge einer Entbindung kranker Frauen während zweier Monate, Wahl von Arbeitervertretern zur Entscheidung der Arbeiter betreffender Fragen. Einige Fabriken des Samoschorjersche-Stadtteils haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die vorige Nacht ist ruhig verlaufen.

Die Lage ist noch nicht geklärt. In einigen Fabriken, in denen gestern die Arbeit aufgenommen worden war, ist sie heute wieder eingestellt worden, so in der Manufakturwarenfabrik von Prochoroff mit 6000 Arbeitern. Die Fabrik von Zundel sowie alle Druckereien haben die Arbeit wieder aufgenommen, die Zeitungen werden morgen erscheinen; alle Forderungen der Arbeiter in den Druckereien sind erfüllt worden. — Also doch! —

Eine Gruppe von 60 Mitgliedern will eine außerordentliche Gemeinderatssitzung zusammenberufen, um die Ansicht über den Ausstand zum Ausdruck zu bringen, da die Stadt bei vielen Unternehmungen interessiert sei.

### Riew.

Meldung vom 27. Januar: Die Aufregung in der Stadt ist sehr groß. Wie verlautet, wird am Sonntag der Generalfest proklamiert werden. Die Einwohner versorgen sich bereits mit Vorräten von Mehl und Brot. Seit gestern wird die Wasserleitung von einer Kompanie Infanterie überwacht. In den meisten Fabriken ist die Arbeit eingestellt worden.

### Straßenkämpfe in Riga.

Wolffsche Depeschen vom 27. Januar: In den Krankenhäusern wurde festgestellt, daß gestern 29 Männer und 2 Frauen getötet und 36 Männer verwundet wurden. Desgleichen wurden 8 Soldaten durch Revolverkugeln verwundet. — Der Direktor der Sparkasse Nemtschinow ist heute gestorben. — Auf eine Forderung der Arbeiter wurde das Theater geschlossen.

„Laffan“ meldet: Zwischen Truppen und einer Anzahl Demonstranten fand gestern in der Nähe des Bahnhofs ein Zusammenstoß statt. Hierbei wurden 30 Personen getötet, zwei Soldaten sowie zwei Kundgeber verletzt. Die Ausständigen durchziehen die Straßen der Stadt.

Eine andere Meldung besagt: Die Studenten fraternisieren mit den hiesigen sechzigtausend ausständigen Arbeitern. Bei den Straßenkämpfen am Donnerstag wurden 42 Personen getötet, 50 liegen schwerverwundet in den Lazaretten, eine unkontrollierbare Anzahl ist unter dem Dunneis ertrunken. Unter den Verwundeten befinden sich viele Studenten. Heute sind Kosaken eingetroffen. Neue Zusammenstöße werden befürchtet. Die Theater sind geschlossen, die Zeitungen erscheinen nicht.

### Radom.

Zu den jüngsten Unruhen in Radom wird der „Kattowiger Zeitung“ noch gemeldet, daß gegen 100 Arbeiter, mehrere Offiziere und viele Soldaten getötet worden seien. Später entstand ein zweiter Kampf zwischen Militär und Ausständigen, wobei 40 bis 50 Arbeiter fielen. Nachts schossen die Kosaken jeden nieder, der sich auf der Straße sehen ließ.

### Lodz.

Hier ist der allgemeine Ausstand proklamiert worden. Die Polizei zerprengte in der Nacht auf Donnerstag eine Versammlung der sozialistischen Partei der „Bund“; dabei sollen mehrere Personen getötet und viele verletzt worden sein. Zu



# Gorki und Genossen vom Strang bedroht!

Wie uns in später Nachtstunde aus liberalen Petersburger Kreisen gemeldet wird, soll der Generalgouverneur von Petersburg, Trepow, die feste Absicht hegen, folgende Häupter der Bewegung dem Henker zu überliefern:

**Maxim Gorki, Kareew, Kessen, Annenski, Jwantschin Pissareff.**

der Stadt herrscht Anarchie. In den letzten acht Tagen sind 35 Dynamitanschläge vorgekommen.

So wird der „Wostokische Zeitung“ telegraphiert.

Warschau.

Vom 27. Januar:

In dem Stadtviertel Wola nahm heute der Ausstand seinen Anfang. Die Arbeiter verhalten sich ruhig. Der Ausstand breitet sich aus, doch herrscht überall Ruhe.

Kowno.

Der Gouverneur empfing Donnerstag Abgeordnete der Arbeiter, er versprach ihnen, soweit möglich, die Regelung ihrer Beziehungen zu den Arbeitgebern zu fördern. Auf Anregung des Gouverneurs hielten abends die Fabrikanten eine Beratung ab, in der eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter ausgearbeitet wurde. Das Ergebnis der Beratung wird in allen Fabriken bekannt gegeben.

In einer Freitag unter dem Vorsitz des Gouverneurs abgehaltenen Versammlung der Fabrikbesitzer wurde beschlossen, daß trotz der schwierigen Lage der Industrie die Löhne der Arbeiter nach Wiederaufnahme der Arbeit erhöht werden sollen und eine Kommission unter dem Vorsitz des Gouverneurs eingesetzt werden soll, um zusammen mit Vertretern der Fabrikanten und der Arbeiter die Fragen der Besserung der materiellen Lage der Arbeiter zu beraten.

Saratow.

Der Ausstand dauert fort. Die Zeitungen erschienen heute nicht und werden auch morgen nicht erscheinen. In der Stadt herrscht Ruhe.

Wilna.

„Laffan“ meldet:

Die Lage ist sehr ernst. Mehrere Zusammenstöße zwischen Ausständigen und Polizei haben stattgefunden, wobei über 30 Personen getötet oder verwundet wurden. Unter den Opfern befinden sich mehrere Soldaten und Polizisten.

Feodosija.

Die Hasenarbeiter hatten vor mehreren Tagen die Arbeit eingestellt, sie forderten die Entlassung des überwachenden Hasenvorstehers. Die Polizei ergriff entsprechende Maßnahmen. Die Arbeiten wurden heute wieder aufgenommen.

Mitau.

Amtliche Nachrichten vom 27. Januar:

Aus Riga hier eingetroffene Agenten veranlaßten heute morgen den Ausstand der hiesigen Arbeiter. Ein ständig wachsender Arbeiterhaufen erzwang in den Fabriken und Werkstätten die Arbeitseinstellung. Militär ist herbeigerufen worden, doch fand bis zum Mittag kein Zusammenstoß statt. Die Arbeiter durchziehen singend, mit Fahnen in den Händen, die Straßen und verteilen Aufrufe.

Nachdem eine tausendköpfige Menge die Arbeitseinstellung durchgesetzt hatte, ging sie ruhig auseinander. Das Militär lehrte in die Kasernen zurück. Patrouillen durchziehen die Straßen.

Riban.

Der Gouverneur ist in der Nacht zum Freitag hier eingetroffen. Freitag mittag wurden vor der Börse Proklamationen verteilt, die mit Hurra aufgenommen wurden. Andererseits richteten die Fabrikanten die Aufmerksamkeit des Gouverneurs auf die Bewegung, die nicht wirtschaftlichen Charakters sei. Die Arbeit ist überall eingestellt.

Helsingfors.

„Laffan“ meldet vom 27. Januar:

Truppen durchziehen die Straßen der Stadt. Um 7 Uhr abends zogen mehrere tausend Ausständige durch die Straßen. Eine Proklamation, in welcher mehrere Zugeständnisse in wirtschaftlicher und politischer Beziehung gefordert werden, wurde in Form von Flugblättern unter die Menge verteilt. Die Menge versuchte vor die Wohnung des Gouverneurs zu ziehen, es kam zu einem Zusammenstoß, bei welchem mehrere Kundgeber verletzt wurden, auch ein Polizist wurde durch einen Revolverbeschuß verwundet.

## Internationale Kundgebungen.

Deutschland voran — mit Polizeiverboten!

Ein Privattelegramm vom Freitag meldet uns aus Kattowitz: Eine für heute einberufene Protestversammlung gegen das Blutbad von Petersburg, in der Genosse G a s e referieren sollte, wurde vom liberalen Kattowitzer Bürgermeister auf Grund § 20 des Landesrechts untersagt.

Die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit wird durch den Trepow von Kattowitz aufgehoben! Und dieser Trepow von Kattowitz nennt sich liberal!

Frankreich.

Aus Paris meldet uns ein Privat-Telegramm vom 27. Januar: Heute findet eine Massenversammlung der Gewerkschaften statt, die sich mit der Revolution in Rußland beschäftigen wird. Außerdem eine Versammlung der sozialistischen Organisation in Rußland aller Richtungen und Nationalitäten. Montag werden sich die französischen Sozialisten zu einer Versammlung zusammenfinden. Allemane, Guesde, Jaurès, Pressensé, Vaillant sowie Gewerkschafter und russische Vertreter werden reden.

Die Geldsammlungen der „Humanité“, „Petit République“ und des Univeritätskomitees beweisen, wie weit die Sympathien Frankreichs für die russische Revolution verbreitet sind. Auch bürgerliche Schichten beteiligen sich an der Sammlung.

Die Sympathieadresse der Pariser Rechtsanwälte zählt bereits 100 Unterschriften.

Russisches auch aus der Schweiz!

„Wolff“ meldet:

Nach einer Donnerstag abend abgehaltenen Versammlung, in welcher gegen die Vorgänge in Rußland Protest erhoben worden war, bildeten Teilnehmer an der Versammlung einen Zug, an dessen Spitze russische Sozialdemokraten mit einer roten Fahne marschierten. Die Gendarmerie beschlagnahmte die Fahne. Es wurden zehn Personen verhaftet.

Italien.

Unser römischer Berichterstatter telegraphiert uns vom 26. Januar: Heute wurden in Mailand und in Turin große Volksversammlungen für die russische Revolution abgehalten. Sympathieschreiben von Lombroso und Deamicis trafen ein. Der Stadtrat von Neapel nahm einstimmig eine sozialistische Tagesordnung gegen die Petersburger Missetat an und sprach dem Freiheitskampf des russischen Volkes seine Sympathie aus. „Avanti“ und „Tempo“ sammeln Gelder für die russischen Revolutionäre.

Eine Studentendemonstration in Rom wurde aufgelöst. Hier sind alle Kundgebungen verboten. Die Polizeidirektion begründet das Verbot aus Rücksichten für die schwebenden Handelsverhandlungen.

Kein päpstlicher Protest!

„Giornale d'Italia“ berichtet, in vatikanischen Kreisen werde die Wichtigkeit der Meldung, wonach der Papst an den Jaren ein Schreiben gerichtet haben soll, bestritten; jedenfalls sei es unrichtig, daß eine vatikanische Persönlichkeit sich in den letzten Tagen nach Petersburg begeben habe.

Mehrere hundert Studenten wollten heute vormittag vor der russischen Botschaft eine Demonstration veranstalten, wurden aber von der Polizei zerstreut.

## Rouviers erster Tag.

In der Kammer.

Paris, 27. Januar. (W. Z. V.) Zu Beginn der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer verliest Ministerpräsident Rouvier eine Erklärung der Regierung, in welcher es heißt:

Das Ministerium stellt sich die doppelte Aufgabe, nämlich die Gemüter zu beruhigen und Eintracht unter den Republikanern zu schaffen, und zweitens so schnell wie möglich die Reformen durchzuführen, deren dringende Notwendigkeit die Kammer durch ein feierliches Votum mit imponanter Mehrheit proklamiert hat. Zunächst muß jede Zweideutigkeit beseitigt werden. Die Regierung beklagt und mißbilligt auf das energischste die von der Kammer verurteilten unregelmäßigen Vorgänge und ist fest entschlossen, den zur Führung der Regierung benötigten Beistand nur bei den regelmäßigen, gesetzlichen Organen zu suchen unter Ausschluß jeder außerhalb stehenden Organisation, welche es auch sein möge. Das Ministerium wird sich nicht dazu hergeben, den heftigen Forderungen nachzugeben, welche die Gegner der Republik bei ihrem Feldzuge gegen diese stellen, ohne sich darum zu kümmern, ob sie möglicherweise das nationale Verteidigungswesen in Gefahr bringen und dabei Frankreich selbst treffen. Die Regierung richtet deshalb an das Parlament und an das ganze Land die Bitte, sich ihm anzuschließen, um im vaterländischen Interesse die Erinnerung an unsere Zwistigkeiten zu verwischen, denn die Regierung ist entschlossen, sich nicht von der Arbeit abwendig machen zu lassen, die vollbracht werden muß, wenn man nicht an das Ende der Legislaturperiode gelangen will, ohne dem Lande eine einzige der versprochenen Reformen gegeben zu haben. Die Regierung hofft, daß dank dem Einvernehmen der beiden Häuser des Parlaments die Militärreform, die das Heer einheitlicher und stärker machen soll, demnächst genehmigt werden wird. Um die Verwirklichung der Reformen zu beschleunigen, denen die Kammer bereits durch ihre Abstimmung bei der letzten Interpellation zugestimmt hat (nämlich Unterstufung der Greise und der unheilbar Kranken; Aufhebung des Gesetzes Falloux; Einkommensteuer; Trennung von Staat und Kirche; Altersversicherung), so wird die Regierung die Arbeit an diesen Reformen an dem Punkte fortsetzen, bis wohin die vorige Regierung und die parlamentarischen Kommissionen sich geführt hatte. Die Regierung wird alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß diese Arbeit zu einem glücklichen Ende geführt werde. In den auswärtigen Beziehungen wird das Kabinett die Politik fortsetzen, die dank der Unterstützung des Parlaments und der offenkundigen Zustimmung der Nation durch die tätige Benutzung unserer Allianz und die Verwirklichung nützlicher Annäherungen unsere Stellung in der Welt befestigt und in kritischen Stunden aus Frankreich einen erhörten Agenten internationaler Eintracht gemacht hat. — Die Erklärung appelliert schließlich an die freie und loyale Mithilfe aller Republikaner. (Beifall im Zentrum und rechts. Die Linke und die äußerste Linke schweigen. Bei dem Hinweis auf die Allianz mit Rußland ertönen auf der äußersten Linken feindliche Rufe wie: Nieder die Mörder! Nieder der Kaiser von Rußland!)

Im Einverständnis mit der Regierung wird sofort in die Beratung einer Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung eingetreten. Maganda (Soz.) glaubt nicht, daß Rouvier das Land befriedigen werde. Leroy (radikal) fragt den Unterrichtsminister Biennemann Martin, welches seine Absichten bezüglich der Trennung von Staat und Kirche seien. Redner fragt weiter, ob die Regierung die Trennung von Staat und Kirche an die Spitze ihres Programms stellen wolle.

Ministerpräsident Rouvier erwidert, er wüßte mit einer Mehrheit der Linken zu regieren. Das Kabinett wolle die Trennung von Staat und Kirche unter Wahrung der Gewissensfreiheit durchführen. (Beifall im Zentrum.) Rouvier erlucht dann die Kammer, zunächst die Beratung des Budgets und des Militärgesetzes zu Ende zu führen. Bezüglich der Trennung von Staat und Kirche und bezüglich der Einkommensteuer stehe das Kabinett zur Verfügung der Kammer. Rouvier kommt dann auf die Angebereien zu sprechen und mißbilligt die Vorkommnisse, durch die das Land beunruhigt wurde. Deshalb habe er den General Beigné gemahnt, obgleich er bedauere, daß die Wahregel einen Diener der Republik treffe. Die Regierung habe auch noch zwei andere Generale gemahnt, wolle aber nicht noch weiter gehen. Er bitte die Kammer, im Interesse des Landes um eine Art Amnestie, er werde dafür weder von Anklageszetteln noch von Delegierten Gebrauch machen. Der Ministerpräsident schließt mit dem Wunsch der Beruhigung und der Versöhnung aller Republikaner. (Anhaltender Beifall im Zentrum.)

Gérault Richard (Soz.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß dem General Beigné dieselbe Strafe auferlegt worden sei, wie den beiden anderen Generälen; durch diese Wahregel werde die Veröffentlichung von Anklageszetteln nicht verhindert werden. Guyot de Villeneuve (Nationalist) erklärt, die Veröffentlichung von Anklageszetteln werde von heute ab aufhören. Kriegsminister Berthelet erklärt, er habe das Kriegsdepartement übernommen, weil er die versprochenen Reformen durchführen lassen wolle. Der Minister rechtfertigt die gegen General Beigné getroffene Wahregel und bittet schließlich das Haus, die Beratung des Budgets zu beschleunigen, damit das Militärgesetz zur Verabschiedung gelange, das dann den Ausgehenden von 1905 schon zugute komme. (Beifall.)

Paris, 27. Januar. (W. Z. V.) Allard (Soz.) spricht die Ansicht aus, daß das Kabinett Rouvier keine einzige Reform durchführen werde, und tadelt die Verstrafung des Generals Beigné. Das Kabinett werde keine republikanische Mehrheit haben. Ministerpräsident Rouvier unterbricht den Redner und erklärt, wenn er keine republikanische Mehrheit bekäme, würde er sofort zurücktreten. Allard kommt dann im weiteren Verlaufe seiner Rede auf die

Allianz mit Rußland zu sprechen. Er protestiert gegen die Allianz mit der „russischen Mörderregierung“. (Lärm rechts, Beifall bei den Sozialdemokraten.) Minister des Auswärtigen Delcassé erhebt sich in großer Erregung und sagt: Zum Schutze der uns anvertrauten Interessen protestiere ich energisch gegen diese unqualifizierbare Sprache. (Lärm und Rufe bei den Sozialdemokraten: Protestieren Sie gegen den verdorbenen Kaiser von Rußland!) Minister Delcassé fährt fort: Sie können die Petersburger Ereignisse beklagen, aber Sie sind nicht Richter, Sie dürfen sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines ausländischen Staates einmischen. Jaurès (Soz.) will das Wort ergreifen, wird aber zunächst durch den Lärm der Rechten daran gehindert. Er wartet, bis Ruhe eintritt, und sagt dann: Zur Ehre Frankreichs erkläre ich, daß Delcassé nicht das Recht hat, sich hier zum amtlichen Advokaten des Jaurès auszuweisen. (Beifallsturm links.) Delcassé erwidert: Ich bin der Advokat der Interessen Frankreichs, denen von Jaurès schlecht gedient wird. Die Allianz mit Rußland hat Frankreich Sicherheit und die Möglichkeit gegeben, seine Stellung in der Welt zu behaupten und Abkommen abzuschließen, deren Bedeutung niemand ableugnen wird. (Beifall im Zentrum und rechts, Rufen bei den Sozialdemokraten.) Brisson ersucht die Regierung, die Reihe der Reformen mit der Trennung von Staat und Kirche zu beginnen, das werde das beste Mittel sein, eine Mehrheit der Linken zu erlangen. Unterrichtsminister Biennemann Martin erklärt sich im Namen der Regierung bereit, die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen. Der Präsident bringt hierauf mehrere eingegangene Tagesordnungen zur Verlesung. Eine Tagesordnung Manjean verlangt, daß über die Einkommensteuer erst nach dem Besch bestreft Trennung von Staat und Kirche beraten werde. Ministerpräsident Rouvier nimmt nur eine Tagesordnung Sarrien an, die auf die Regierung zählt, daß die Entkirchigungs-, die demokratischen und die sozialen Reformen zur Verwirklichung gelangen. Die für die Tagesordnung Manjean beantragte Priorität wird mit 326 gegen 61 Stimmen abgelehnt und darauf die Tagesordnung Sarrien mit 410 gegen 107 Stimmen angenommen.

Im Senat.

Im Senat wurde die Erklärung der Regierung vom Justizminister Chaumié verlesen; die Erklärung wurde von der Linken ziemlich kühl aufgenommen.

## Versammlungen.

Die Hiesener-Sektion des Maurerverbandes nahm in ihrer Versammlung am Donnerstag den Jahresbericht des Vorstandes entgegen. Rabe ging nochmals summarisch auf den negativen Verlauf der Einigungsverhandlungen unter den Hiesenern ein und konstatierte dann, daß die Mitgliederzahl der Sektion während des verfloffenen Jahres von 54 auf 106 gestiegen ist. Leider seien hiervon noch nicht 50 Proz. politisch organisiert. Es kam darauf zu einer regen Aussprache über das Verhältnis der Hiesener und Maurer zueinander, wobei die Mehrheit der Redner die Notwendigkeit betonte, trotz persönlicher Mißstimmungen nach wie vor fleißig und energisch an den gemeinsamen inneren Verbandarbeiten teilzunehmen und nicht die spezifischen Berufsinteressen gegenüber der Gesamtorganisation zu sehr in den Vordergrund zu rücken. Bedauert wurde auch, daß der jetzige Tarifvertrag infolge der Taktik der anderen Hiesenergruppe nicht geändert werden konnte, wodurch die Gelegenheit verpaßt sei, die Arbeitszeit in den Wintermonat ähnlich wie im Maurerberuf zu regeln. Es wurden sodann gewählt: Breiße als erster Vorsitzender und Sektionsvertreter, Orthmann als zweiter Vorsitzender und Waldheim als Schriftführer. — Allgemeine Beurteilung fand schließlich das Verhalten des Maurerpoliers Pflaum auf dem Bau Monbijou-Platz 10-11. Derselbe hatte sich den Hilfsarbeitern und Hiesenern gegenüber derartig unförmlich benommen, daß die Lege am Donnerstag im Einverständnis mit ihrem Arbeitgeber sämtlich vom Bau gingen. Die bereits mitgeteilt, befohlen die Versammlung, den Bau bis auf weiteres zu sperren. Jedem Mitgliede wurde zur Pflicht gemacht, solange wie jener Polier auf dem Bau sei, keinerlei Arbeit daselbst auszuführen!

Die Freie Vereinigung der Bleigläser, Messinggläser und Glas-maler hielt am 18. Januar 1905 ihre regelmäßige Versammlung ab, in der 65 e l den Kasellbericht vom 4. Quartal 1904 gab. Die Einnahme betrug 558,09 M., darunter Bestand vom dritten Quartal 240,78 M., die Ausgaben betragen 449,48 M. Somit bleibt ein Bestand von 108,60 M. Dem Kassierer wird nochmals der Auftrag gegeben, gegen diejenigen Kollegen, welche ihr Darlehen immer noch nicht an dem Verein zurückgezahlt haben, ganz energisch vorzugehen.

## Die Revolution in Rußland.

Intervention des Moskauer Gemeinderats.

Moskau, 27. Januar. (W. Z. V.) Der Gemeinderat hat eine Spezialkommission von 15 Mitgliedern gewählt, um sich mit der Frage der Arbeiterbewegung zu beschäftigen. Diese Kommission wird während der Dauer der Bewegung eine ständige sein, um sich bei den Fabrikanten und der Bevölkerung informieren zu können. — Die Arbeiter der Tabakfabrik Kostanzjoko sind in den Ausstand getreten, die Fabrikbesitzer sind entschlossen, den Forderungen der Arbeiter nicht nachzugeben; auch die Arbeiter in den Zuckerfabriken haben die Arbeit eingestellt.

Wachsende Erregung in Kiew.

Kiew, 27. Januar. (W. Z. V.) Auf Befehl des Inspektors der Fabriken ist in allen Fabriken und Werkstätten der Stadt die vom Finanzminister und dem Generalgouverneur von Petersburg erlassene Bekanntmachung angehängt worden. Die Stadt ist ruhig, doch befindet sich die Bevölkerung in wachsender Erregung; Roggenbrot kostet das Pfund 5 Kopeken.

Sturm in Warschau.

Warschau, 27. Januar. (W. Z. V.) Zeitungen erscheinen nicht, die Läden sind geschlossen, der Ausstand gewinnt an Ausbreitung, der Telephonbetrieb ist gestoppt.

Petersburg, 27. Januar, abends 11 $\frac{1}{2}$  Uhr. (W. Z. V.) Zurzeit finden polizeiliche Hausdurchsuchungen auf den Redaktionen der liberalen Zeitungen „Nascha Schjon“ und „Kaschi Dni“ statt. Beide Zeitungen werden voraussichtlich morgen nicht erscheinen.

Warschau, 27. Januar. (W. Z. V.) In der Beschno-Straße fand ein Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Polizei statt; die Truppen machten von der Waffe Gebrauch. Die Zahl der Verwundeten ist unbekannt. Um 6 Uhr abends drang ein Haufen Arbeiter in die Vorstadt Boloki und verwickelte die Verhandlungen. Bei dem Zusammenstoß mit der Polizei warfen die Arbeiter mit Ziegelsteinen.



**Neue Kämpfe bei Mukden.**

Dem „Tag“ wird von einem Korrespondenten aus Mukden gemeldet:

Mukden, 27. Januar. Seit gestern hat eine allgemeine Schlacht begonnen. Die Verluste sind schon jetzt auf beiden Seiten beträchtlich. Der Kampf ist besonders heftig im Zentrum. Ich befinde mich dortselbst an der Front.

Ein russisch-offiziöses Telegramm meldet hierzu: Petersburg, 27. Januar. Die heute veröffentlichten Meldungen Kuropatkins an den Kaiser über den Beginn der Offensive lauten ausführlicher wie folgt: 1) 25. Januar. Die Offensive gegen den Feind hat auf der rechten Flanke bei 16 Grad Kälte begonnen. 2) 25. Januar. Wir haben Shailatosa sieben Werst südwestlich von Sandepas besetzt. 3) 26. Januar. Ueber die Verluste beim Angriff auf Shailatosa und Aheigoutaya liegen keine genauen Mitteilungen vor. Der erwähnte Ort wurde genommen, ohne daß Schiffe abgegeben wurden; unsere Truppen machten nur von den Bajonetten Gebrauch. Aheigoutaya wurde tapfer verteidigt und war erst abends 10 Uhr endgültig genommen. Unsere Kavallerie verfolgte zwei Dragoner-Regimenter, die sich eilig in südöstlicher Richtung zurückzogen. Auf der linken Flanke unseres Heeres besetzte eine russische Abteilung nach Zurücktreibung des Feindes den Engpaß an der Straße Khouajenjan-Erfanjan; eine andere, dem Feinde in die Flanke geschickte Abteilung zwang die Japaner bei Hindenburg zum Rückzuge und erbeutete 200 Stück Vieh.

Nach diesen Meldungen sind also die Russen zur Offensive übergegangen. Auch eine Korrespondentenmeldung aus dem japanischen Lager berichtet über den Beginn einer Schlacht.

Dieser russische Angriff kommt um so überraschender, als in den letzten Tagen allerhand Gerüchte über die traurige Lage Kuropatkins vorlagen. Danach sollte es ihm an Proviant und Munition fehlen. Neuerliche englische Meldungen erzählten obendrein von der Reuterei eines Teiles der Truppen aus den europäischen Provinzen.

Was an diesen Meldungen Wahres, läßt sich begrifflichweise absolut nicht kontrollieren. Möglich wäre es ja, daß Kuropatkin zum Angriff übergegangen wäre, weil er ein Ende mit Schreden dem Schreden ohne Ende vorgezogen hätte. Auch kann die Absicht vorgelegen haben, den Kampf herbeizuführen, bevor durch die Nachrichten über die Vorgänge in der russischen Heimat die Soldaten völlig unzuverlässig machten.

Die nächsten Tage erst werden zeigen, ob es sich um eine ernsthafte russische Offensive handelt, oder nur um einen Bluff, um die Öffentlichkeit in Rußland zu täuschen und abzulenken.

**Japanische Marinereisungen.**

London, 27. Januar. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio vom 26. d. M.: Die japanische Regierung beabsichtigt ein großes Flottenprogramm durchzuführen. Es wird die sofortige Kiellegung eines Linienschiffes von 19 000 Tonnen und 18 1/2 Knoten Geschwindigkeit erfolgen. Ferner werden zwei gepanzerte Kreuzer gebaut werden. Der Kiel des einen ist bereits gelegt. Man erwägt auch den Bau weiterer Kreuzer von 12 000 Tonnen. Die Torpedobootsgerüste und die Torpedobootsflotte sollen erheblich verstärkt werden. Für dieses Jahr sind 15 Unterseeboote vorgesehen, von denen bereits einige eingetroffen sind, sie liegen in Yokohama. Es finden Verhandlungen wegen Ankauf eines amerikanischen Kreuzers statt. Die japanische Flottenmacht hat Japan zur Uebernahme bereits verlassen. Am 26. Dezember war die Ausbesserung der ganzen Flotte beendet. Bei Vorneo liegen drei Kreuzer und verschiedene Zerstörer. Eine andere Kreuzerflotte geht nach dem Süden. Die Admirale Togo und Kamimura folgen mit drei Schlachtschiffen. Drei Kreuzer erster Klasse kreuzen in der Longarstraße, drei ungepanzerte Kreuzer und das alte chinesische Linienschiff „Tschingjen“ bewachen die Tschuschimastraße. Die Erklärung der Blockade von Wladivostok wird erwartet. Auf Formosa landete eine Division. Der Kreuzer zweiter Klasse „Tatsufago“ ist offenbar verloren gegangen, da die Namen der ganzen Besatzung in der Verlustliste erschienen sind. Es wird ein fünftes japanisches Armeekorps aufgestellt. Ende des Monats wird die ganze Armee Kogis mit Ohama vereinigt sein. Die Truppen befinden sich in vorzüglicher Verfassung. Alle Leute unter vierzig

**Aus dem Marx'schen Buche.**

Die große Masse der Proletarier, auch der bereits von der Sozialdemokratie zum Klassenbewußtsein erregenen, ist leider nicht in der Lage, von Werken, wie das neue Marx'sche Buch, unmittelbar zu profitieren. Dafür sorgt schon die kapitalistische Ausbeutung, die ihren Anteil an dem „gesellschaftlichen Reichtum“ tief genug herabdrückt, damit jede Ausbeutung für das Ausbeutete und für die geistige Nahrung des Arbeiters nur auf Kosten seiner und seiner Kinder bloßen Leiblichen Nahrung geschehen könne. Dafür sorgt auch der kapitalistische Staat, die bürgerliche „Volksaufklärung“, die der großen Masse der Arbeitenden den Zutritt zu den Kulturhäusern, zur Gedankenverflechtung des Fortschritts verweigert und die nötige Vorbildung zu ihrem Genuß planmäßig vorenthält. Es liegt einer der bittersten und am meisten aufschreienden Widersprüche der heutigen Ordnung darin, daß auch die Früchte der geistigen Produktion der Gesellschaft in ihrer Warenform materiell nur den herrschenden Klassen zugänglich sind, für die sie, wie auf dem ganzen Gebiete der Sozialwissenschaften, gegenwärtig ein toter Schatz sind, während die von der Geschichte zum Wissen und Verstehen bestimmten Proletarier, diese „Erben der klassischen Philosophie“ wie der gesamten sozialen Wissenschaften nur durch das Schaufenster wissenschaftlich in die Buchhändlerläden blicken dürfen.

Das neue Marx'sche Buch erfordert zu seinem Verständnis allerdings eine bedeutende nationalökonomische Vorbildung. Freilich schreibt Marx hier wie immer sehr klar und verständlich, er hat es nicht nötig, wie die meisten deutschen Professoren der Nationalökonomie, hinter großspurigen und dunklen mystifizierendem Geschwätz die eigene Gedankenarmut zu verdecken. Die Logik der Marx'schen Beweisführungen, der Gedankengang seiner Darlegungen sind von kristalliner Durchsichtigkeit und eiserner Konsequenz zugleich. Allein das Buch, das eine kritische Geschichte der bürgerlichen Nationalökonomie gibt, sagt naturgemäß beim Leser sowohl die Kenntnis der Marx'schen Theorie voraus, die in dieser Kritik ihre Anwendung findet, wie auch die Kenntnis wenigstens der wichtigsten der kritischen bürgerlichen Ökonomen.

Wir geben im folgenden zwei kleine Stichproben aus dem Buche, um auch denjenigen Genossen, die es nicht selbst lesen können, den Genuß seiner Rekläre einigermaßen zu verschaffen.

**I.**

**Ein bürgerlicher Nationalökonom aus dem XVIII. Jahrhundert.**

Unter den frühesten Schriftstellern der Nationalökonomie, namentlich unter denen, die bereits in der aufkommenden kapitalistischen Wirtschaft ihre sozialen Zusammenhänge aufgedeckt haben, ist besonders der Franzose Linguet bemerkenswert. Er schrieb seine „Theorie

Jahren werden einbezogen. In Tokio liegen 30 000 Verwundete. Der Generalstabchef des Generals Kogi gibt die Verluste bei der Erstürmung des 203 Meter-Hügels auf 25 000 Tote und Verwundete an. Die Begeisterung des Volkes ist nach wie vor groß.

**Politische Uebersicht.**

Berlin, den 27. Januar.

**Tiszas Niederlage!**

Tisza hat mit seinem Gewaltversuch Unglück gehabt. Er hat eine schwerere Niederlage erlitten, als sich voraussehen ließ. Von den 453 zu vollziehenden Wahlen sind bisher 330 Wahlergebnisse bekannt. Davon erhielt die Regierungspartei 136, die Woffpartei 125, die Andrássygruppe 24, die liberale Volkspartei 18, die Banffygruppe 9 und die Nationalisten 3 Sitze. 7 Bezirke fielen den Wilden zu, in einigen Bezirken sind Stichwahlen notwendig. Der Verlust der Liberalen beträgt einstweilen etwa 40 Mandate!

Es ist also kein Zweifel, daß die Niederlage Tiszas eine außerordentlich schwere ist. Diese Niederlage fällt umso wichtiger ins Gewicht, als bei den Wahlen in Ungarn von der Regierung durch ihren amtlichen Apparat der ungeheuerlichste Wahlschwindel getrieben wird, der in umso größerem Umfange möglich ist, als die Wahlen öffentliche und mündliche sind. Tisza trug sich allem Anschein nach der Hoffnung, daß die Opposition, wenn nicht zerrieben, so doch derartig geschwächt werden könnte, daß sie im Parlament keinen ernsthaften Widerstand zu leisten imstande sei. Der Ausfall der Wahl stellt aber umgekehrt eine schwere Schlappe der Regierung und einen unzweifelhaften Sieg der Opposition dar. Man ist deshalb auch allgemein der Auffassung nicht nur in Budapest, sondern auch in Wien, daß das Ministerium Tisza seine Entlassung einreichen werde. In Wien bezeichnet man bereits Szell oder Graf Julius Andrássy als Nachfolger Tiszas. Die Niederlage der Liberalen fällt um so schwerer ins Gewicht, als damit für absehbarer Zeit die Möglichkeit geschwunden ist, daß die Loslösungstendenzen in Ungarn zurückgedrängt werden können. Der Kampf gegen Oesterreich wird also seinen Fortgang nehmen.

Sozialistische Erfolge waren bei den Neuwahlen ausgeschlossen, weil nicht nur die Wahl eine öffentliche, sondern weil auch die große Masse des Volkes durch das bestehende Wahlrecht von der Stimmabgabe ausgeschlossen ist. Beträgt doch die Zahl der Wähler in ganz Ungarn bei einer Bevölkerung von 17 Millionen nicht mehr als 700 000.

**Deutsches Kulturdokument.**

In der „Kreuzzeitung“ dichtet ein Paul v. Koll u. a.:

Heil Dir, Preußen! Freue Dich, Volk der Deutschen,  
Daß Dir Gott in solchen tiefen Zeiten  
Was zum Herrscher, gnädigen Sinnes, diesen  
Herrlichen Fürsten!

Großen Sinnes herrscht er. Mit Adlerschritten  
Sieht er jedem, der sich ihm naht, ins Gesicht —  
Sieh, das sind die Augen des großen Ahnherrn,  
Friedrichs des Zweiten!

Selten findet Größe Verständnis. Wahlich,  
Aus dem Staube schau und die Gottheit. Meffen  
Will man an der eigenen Kleinheit eines  
Kaisers Gedanken!

Großgefühlt, so nennen den Kaiser Freund und  
Feind, und auch als wirklicher Herr regiert er.  
Sinken wird zum Rang eines Schattensönigs  
Nimmer ein Volkern!

Im antiken Verstand geformt, findet das Poem doch schwerlich in der römischen Kaiserzeit seinesgleichen. Welch furchtbarer Verfall, so zu dichten und sich so andichten lassen zu müssen. Der Verfasser belohnt, daß er aus Staub geschaffen sei; das ist entschieden Größenwahn. Ohne dichterischen Euphemismus nennt man den Staub in der deutschen Sprache anders und kräftiger. Daß aber gerade die fromme Hammerstein-„Kreuzzeitung“ Wert darauf legt, mit dem orthodox christlich gestimmten Wilhelm II. den wüsten Gottesknecht Friedrich II. zu vergleichen, ist ein Maß-

der sozialen Geseße oder der Grundprinzipien der Gesellschaft“ im Jahre 1787, also zu einer Zeit, wo die bürgerliche Aufklärung noch die heranbrechende Ära der Herrschaft des Kapitals in den strahlendsten Farben der Ideologie zeigte, wo die aufkommende bürgerliche Gesellschaftsordnung namentlich gegenüber dem noch herrschenden Feudalismus naturgemäß nur ihre fortschrittliche, revolutionäre Seite herauskehrte. Trotzdem richtete Linguet bereits damals gegen die junge kapitalistische Gesellschaft eine vernichtende Kritik, er entdeckte und zeigte bereits mit rücksichtsloser Offenheit ihre Hypokrisen, indem er in ihren wundensten Punkt, die soziale Frage, den Klassenkampf, die Lage der Arbeiterklasse seine theoretische Sonde legte.

„Das Wesen der Gesellschaft“, schreibt er, „besteht darin, den Reichen von der Arbeit zu befreien. Er erhält dadurch neue Organe, unermüdbare Glieder, die alle mühseligen Arbeiten auf sich nehmen, deren Früchte er sich aneignet. Die Sklaverei ermöglichte es ihm, ohne Schwerearbeit dies Ziel zu erreichen. Er kaufte die Menschen, die ihm dienen sollten. Als man die Sklaverei abschaffte, wollte man weber den Reichtum noch seine Vorteile aufheben. ... So mußten die Dinge, bis auf den Namen, in demselben Zustand bleiben. Es war immer notwendig, daß der größte Teil der Menschen vom Lohn und in Abhängigkeit von einem viel kleineren Teil lebte. Der sich alle Güter aneignete hatte. Die Knechtschaft ist also fortgesetzt worden, aber unter einem milderen Namen. Sie hat den schönen Namen der Dienerschaft angenommen.“

Unter diesen Dienern, sagt Linguet, versteht er nicht die Lakaien usw.

„Die Städte und die Dörfer werden von einer anderen Art Diener bewohnt, viel zahlreicher, mühseliger, arbeitssamer und bekannt unter dem Namen Tagelöhner, Handarbeiter usw. Sie sind nicht entehrt durch die glänzenden Diener des Luxus; sie sitzen unter elendlichen Lumpen, die die Dürre der Armut bilden. Sie haben nie Anteil an dem Ueberflusse, dessen Quelle ihre Arbeit ist. Der Reichtum scheint ihnen eine Gnade zu erweisen, wenn er die Geseße entgegennimmt, die sie ihm bringen. Sie müssen für die Dienste dankbar sein, die sie ihm erweisen. Er überhäuft sie mit der beidseitigen Mißachtung, wenn sie seine Anie umfassen, um von ihm die Erlaubnis zu erhalten, ihm nützlich sein zu dürfen. Er läßt sich bitten, dies zu gestatten, und bei diesem seltsamen Austausch einer wirklichen Verachtung gegen eine eingebildete Wohlthat sind der Hochmut und die Verachtung auf der Seite des Empfangenden und die Untwürdigkeit, die Abhängigkeit, der Dienstreifer auf Seite der Gebenden. Das ist die Art Diener, die in der Tat die Höflichen bei uns abgelöst haben, und es ist ohne Widerspruch ein sehr zahlreicher, ja der zahlreichste Teil jeder Nation.“

„Es handelt sich darum, zu untersuchen, welches der wirkliche Gewinn ist, den ihnen die Unterdrückung der Sklaverei verschafft

griff, der den Byzantinismus unmittelbar zur Majestätsbeleidigung macht! —

**Herr Woffe berichtet.**

Herr Rudolf Woffe sendet uns unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes folgende „Berichtigung“:

Berlin, 26. Januar 1905.

Es ist un w a h r, daß ich die Morgennummer der „Berliner Volks-Zeitung“ vom 25. d. besonders in 38 000 Exemplaren zu Reklamezwecken für meine Spende zugunsten der nothleidenden Bergarbeiter-Familien habe herstellen lassen.

Die Verbreitung von Propagandamummern in größerer Anzahl hat seit längerer Zeit regelmäßig in den letzten Tagen des Monats und so auch im Januar in ähnlicher Weise stattgefunden und hat daher mit der bezeichneten Spende nicht das geringste zu tun.

Es ist ferner un w a h r, daß an den in der betreffenden Nummer vom 25. d. aufgenommenen Inseraten im „Arbeitsmarkt“ irgend welche Änderung zum Zwecke irgend welcher „Maskierung“ vorgenommen worden ist. Alle für diese Nummer bestellten Inserate sind vielmehr unverändert zur Aufnahme gelangt.

Rudolf Woffe,  
Verleger der „Berliner Volks-Zeitung“.

Herr Woffe bestreitet also nicht, daß die Nummer vom 25. cr., in der der Bericht über die Versammlung des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins enthalten war, in dem die Woff'sche Spende für die Bergarbeiter eine besondere Hervorhebung gefunden hatte, in 38 000 Exemplaren mehr als gewöhnlich verbreitet worden ist. Er erklärt nur, daß die Propagandamummern Reklame für die Zeitung habe machen sollen, nicht für Herrn Woffe selbst, den Arbeiterfreund.

Es ist also nach Versicherung des Herrn Woffe lediglich einem Zufall zuzuschreiben, daß zu Propagandazwecken gerade diejenige Nummer ausgesucht worden war, in der sich die Reklame für Herrn Woffe befand, jedenfalls ein sehr sonderbarer Zufall. An diesen Zufall zu glauben fällt umso schwerer, als Herr Woffe auch bei anderen Gelegenheiten verstanden hat, für seine Arbeiterfreundlichkeit die Reklametrommel zu schlagen. So versandte er seinerzeit einen Washgettel, in dem er Mitteilung davon machte, daß in einem Streit um den Inseratenteil der „Gartenlaube“ zwischen der Firma Scherl und der Firma Woffe eine Einigung erzielt sei. Die Firma Woffe erhalte von der Firma Scherl eine Entschädigung im Betrage von 500 000 M., wovon die Firma Woffe 100 000 M. der Unterhaltungskasse ihrer Angestellten zugewandt habe. Aus diesem Beispiel erseht man also, wie sehr die Firma Woffe bemüht ist, ihre Arbeiterfreundlichkeit der Öffentlichkeit schämeig vorzuenthalten.

Herr Woffe erklärt des weiteren, es sei un w a h r, daß in der Nummer vom 25. dieses Monats die Streifbroschüren in der Arbeitsmarkt dadurch maskiert worden seien, daß das Wort „unorganisiert“ weggeblieben sei. Alle Inserate seien vielmehr unverändert aufgenommen worden. Auch hier hat ein überaus sonderbarer Zufall sein Spiel getrieben! Während in allen anderen Nummern Streifbroschüren enthalten waren, daß „unorganisierte“ Arbeiter gesucht würden, während in der letzten Sonntagnummer nicht weniger als sechs solcher Inserate vorhanden waren, während sich ferner auch in der Dienstagnummer und in der Donnerstagnummer mehrere dergleichen Inserate fanden, fehlen in der fraglichen Mittwochnummer solche Inserate vollständig! Alle diese Umstände beweisen jedenfalls, daß die Firma Woffe vom Zufall außerordentlich begünstigt wird. —

Ein Zehnjähriger mit Gefängnis bestraft? Der „Täglichen Rundschau“ wird von einem Leser folgender Gerichtsbericht aus Münster übermittelt:

Am 13. August v. J. sah der Grenzaufseher Enders aus Bocholt, wie ein Mann und ein Knabe mit einer beladenen Schlepplarre der holländischen Grenze zufuhren. Als der Beamte, der Schmutz vermutete, sie anrief, ergrieff sie schleunigst die Flucht und liehen den Karren zurück. Der eine Flüchtling, der 10 jährige Jean B. aus Diephtherloh, wurde jedoch ergriffen. Bei seiner Vernehmung gab der Junge an, sein Vater habe schon sechs Säcke Roggen zu der Mühle des Müllers H. M. gebracht; auch die auf der Karre liegenden zwei Säcke sollten dorthin gehen. Wegen dieser Tat sollten sich gestern der Schmutzler mit seinem Sohne und der Müller vor der Strafkammer verantworten. Der erste Angeklagte, ein 70 jähriger Arbeiter, war nicht erschienen, so daß die Verhandlung gegen ihn ausgesetzt werden mußte. Der Müller und der Junge wurden zu je einem Monat Gefängnis und 85 M. Geldstrafe verurteilt. Bei dem Knaben wurde die Gefängnisstrafe durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen.

hat. Ich sage es mit ebensoviel Schmerz wie Freimut: Ihr ganzer Gewinn besteht darin, daß sie stets von der Furcht gepeinigt werden, Hungers zu sterben, ein Unglück, vor dem wenigstens ihre Vorgänger auf der untersten Stufe der Menschheit bewahrt blieben.“

„Er (der Arbeiter) ist frei, sagt ihr! Ach, gerade darin besteht sein Unglück. Er hat sich um niemand zu kümmern, aber es kümmert sich auch niemand um ihn. Wenn man ihn braucht, mietet man ihn so billig wie möglich. Der geringe Lohn, den man ihm verspricht, kommt kaum dem Preis seiner Lebensmittel gleich für den Arbeitstag, den er im Austausch hingibt. Man setzt Aufseher über ihn, die ihn zwingen, rasch seine Aufgabe auszuführen. Man treibt ihn an, man schadet ihn an, aus Furcht, eine geschädigte und entschuldbare Faulheit könnte ihn die Hälfte seiner Kraft verbergen lassen; man besorgt, der Wusch, längere Zeit bei derselben Arbeit Beschäftigung zu haben, könnte die Ähnlichkeit seiner Hände hemmen und seine Werkzeuge abtumpfen. Schmutziger Geiz verfolgt ihn mit unruhigen Augen, überhäuft ihn mit Vorwürfen bei der geringsten Erholungs-pause, die er sich gestatten könnte, und fühlt jeden Augenblick der Raß als Diebstahl. Ist er fertig, dann entläßt man ihn, wie man ihn genommen, mit der kältesten Gleichgültigkeit und ohne sich darum zu kümmern, ob die 20 bis 30 Sous, die er für einen harten Arbeitstag erworben hat, genügen, ihn zu erhalten, wenn er am folgenden Tage keine Arbeit findet.“

„Er ist ja frei! Gerade deshalb bedaure ich ihn. Man schont ihn viel weniger bei den Arbeiten, zu denen man ihn anwendet. Man ist viel härter, wenn es sein Leben gilt. Der Sklave war für seinen Herrn kostbar, denn er hatte ihn Geld gelostet. Aber der Handarbeiter kostet den reichen Schwelger nichts, der ihn beschäftigt. Zur Zeit der Sklaverei hatte das Blut der Menschen einen Preis. Sie hatten mindestens den Wert der Summe, für die sie auf dem Markt verkauft wurden. Seitdem man sie nicht mehr verkauft, haben sie in Wirklichkeit keinen realen Wert mehr. In einer Armee gilt der Schanzgräber viel weniger als das Pflaster, weil das Pferd sehr teuer und der Schanzgräber umsonst zu haben ist. Die Unterdrückung der Sklaverei ließ diese Schätzung aus dem kriegerischen in das gewöhnliche Leben übergehen. Und es gibt seitdem keinen wohlhabenden Bourgeois, der nicht auf diesem Gebiet es mit den Kriegshelden aufnimmt.“

„Die Tagelöhner werden geboren, wachsen und erziehen sich heran zum Dienste des Ueberflusses, ohne ihnen die geringsten Kosten zu verursachen, wie das Wild, das er auf seinen Domänen niederfallen. Es scheint, daß er wirklich das Geheimnis besitzt, dessen sich ohne Grund der unglückliche Pompejus rühmte. Er braucht bloß mit dem Fuße auf die Erde zu stampfen, und es wachsen Regionen arbeitssamer Menschen aus ihr, die sich um die Ehre streiten, ihm dienen zu dürfen. Verschwindet einer aus der Menge dieser Goldknechte, die seine Häuser bauen oder seine Gärten nach d.



Wir nehmen von dieser Mitteilung Notiz, hegen jedoch Bedenken über die Richtigkeit der Angaben. Denn nach § 55 des Strafgesetzbuchs können Personen, die bei Begehung der strafbaren Handlung das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, überhaupt nicht strafrechtlich verfolgt werden. Es wird deshalb Sache der „Tägl. Rundschau“ sein, den mysteriösen Fall aufzuklären.

#### Erhebungen über die Verhältnisse in der Fischindustrie.

Bereits früher berichtet, hat der Verein der Fischindustriellen Deutschlands eine Petition an den Reichsanwalt gerichtet, in welcher gebeten wird, die Bestimmungen über Frauenarbeit in der Gewerbeordnung für die Fabriken, in denen frische Fische verarbeitet werden, entweder außer Kraft zu setzen, oder wenn der Eristandtag beibehalten wird, die Beschäftigung nach 8 1/2 Uhr an Wochentagen und nach 5 1/2 Uhr an Vorabenden von Sonn- und Festtagen zuzulassen. Die Sache wurde dem „Beirat für Arbeiterinteressen“ zur Unterzucht überwiesen, der nun in den Tagen vom 23. bis 26. d. M. 61 Auskunftspersonen verhört.

Die Vernehmungen brachten eine Illustration zu dem Thema, wie werden die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung durchgeführt? In der Fischindustrie sind vorwiegend Frauen beschäftigt. An männlichen Arbeitern trifft man höchstens 10 Proz. Die hauptsächlichsten Arbeiten sind Räuchererei, Krakererei und Marinieren. Daneben kommt noch die Fischschupperei in Betracht, die Betriebe, in denen Kleinfische geschuppt werden, um den Glanz der Schuppen zur Herstellung von Perleisen zu gewinnen. In der Fischindustrie sind in der letzten Zeit zahlreiche Großbetriebe entstanden. Betriebe, in denen mehrere hundert Arbeiterinnen beschäftigt werden, gehören nicht zu den Seltenheiten. Die Großbetriebe trifft man nicht nur in den Küstenstädten, sondern auch im Binnenlande. In Altenburg ist z. B. auch ein solcher Großbetrieb. Die Verkehrsmittel ermöglichen die Verarbeitung jedes nur denkbaren Materials. Neben den deutschen Heringsfischern liefern englische, norwegische, holländische, belgische und französische Fischer Perlinge für deutsche Räucherereien. Aale kommen selbst aus Ägypten und Italien und im fernen Westen Amerikas, in Columbia River, gefangene Lachs werden in Deutschland geräuchert. Der Dreiling reist oft in frischem Zustand von Danzig nach Bremerhaven, um dort in Sprott verwandelt zu werden.

Der Großbetrieb ist in bezug auf sein Rohmaterial nicht an den Ort gebunden, er hat im Ausland seinen Käufer. Die Betriebe sind also Fabriken im weitesten Sinne des Wortes und gelten daher die Paragraphen 135 bis 139b der Gewerbeordnung.

Die in dem Gesetze aufgestellten Arbeiterschutzbestimmungen sind aber nur graue Theorie. In der Praxis sieht es anders aus. Gleich die erste Auskunftsperson, ein Fabrikant aus Danzig, teilte mit, daß in seiner Fabrik die Frauen von 7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends und auch die ganze Nacht durch arbeiten. Die Frauen arbeiten gern, denn sie bekommen 10 bis 12 Pf. pro Stunde. Vor 7 Uhr kann er nicht beginnen lassen, da die Frauen meist ein Hauswesen zu betreiben haben und bevor sie nach ihrer Arbeitsstätte gehen, den Hausstand in Ordnung zu bringen haben und noch für ihre Kinder sorgen müssen. In dieser Fabrik werden auch Kinder beschäftigt, und zwar Knaben mit Kistennageln und Mädchen mit Fische-Aufzügen. Diese arbeiten aber nur bis 8 resp. 8 1/2 Uhr abends. Die lange Arbeitszeit ist geboten, weil der Hausstand des Fabrikanten sehr viel kostet. Mehr Frauen kann er nicht anstellen, weil die Mädchen fast alle dienen wollen, und kann er auch in den Fabrikräumen nicht mehr unterbringen. — In einer anderen Fabrik in Danzig ist in der Krakererei kontinuierlicher Betrieb und ist hier die Achtfachschicht eingeführt. Aber es gibt nicht drei Schichten Arbeiterinnen, sondern nur zwei Schichten. Die Arbeitswoche von 6 x 24 Stunden bringt daher für jede Arbeiterin neun Achtstundentage.

In Altenburg ist der Fabrikant früher häufiger bestraft. Mit Unterstützung des Gewerbeinspektors hat er dann eine Eingabe an den Reichsanwalt gemacht. Es ist ihm dann auch etwas bewilligt worden und seit der Zeit wird er nicht mehr belästigt. Was aber Sonntagruhe, Eristandtag, Verbot der Nachtarbeit usw. in der Gewerbeordnung steht, kümmert ihn seit der Zeit nicht mehr. Wehliche ohnehin Zustände sind in Lübeck. Auch hier werden die Fabrikanten nicht durch den Gewerbeinspektor gestört. Es ist nicht ermittelt, ob der Lübeckische Senat diese Betriebe als Kunstateliers oder als landwirtschaftliche Betriebe ansieht, soweit steht fest, als Fabriken bezeichnet er sie nicht, und daher gelten für alle Großbetriebe in Lübeck und Schlutup die §§ 135—139b der Gewerbeordnung nicht. Aus anderen Bundesstaaten berichten die Fabrikanten, daß sie zwar oft von Gewerbeinspektoren und Polizei belästigt werden. Sie müssen hin und wieder Geldstrafen zahlen, aber sie bezahlen dieselben, weil sie nie so hoch sind als der durch die Gesetzesverletzung erzielte Gewinn. Durchweg wird Stundenlohn bezahlt. Der Lohn von 10—12 Pfennigen ist im Osten und wird auch noch in Pommeren bezahlt. Im Westen, Kiel, Bremerhaven usw., erwerben die Frauen 22—25 Pfennige in der Stunde. Die Arbeit ist sehr unregelmäßig und oft fallen Tage, selbst ganze Wochen aus, in denen die Arbeiterinnen gar nichts verdienen. Ist das wilde Auf und Ab die Regel, so gibt es doch auch Unternehmer, die dieses nicht mitmachen.

Schnur bepflanzen, so wird die Lücke, die er hinterläßt, gar nicht sichtbar; sie ist sofort ausgefüllt, ohne daß sich jemand darum kümmert. Man verliert ohne Bedauern einen Tropfen aus dem Wasser eines großen Flusses, weil ohne Unterlaß neue Flüden herankommen. So ist es auch mit den Handarbeitern. Die Leichtigkeit, sie zu ersetzen, nährt die Beschäftigung der Reichen ihnen gegenüber.

„Diese, sagt man, haben keinen Herrn. Aber das ist hier doch ein reiner Mißbrauch des Wortes. Was soll das heißen, sie haben keinen Herrn? Sie haben einen, und es ist der furchtbarste, despotischste Herr: die Not. Diese treibt sie in die grausamste Knechtschaft. Sie haben nicht einem einzelnen Menschen zu gehorchen, sondern allen insgesamt. Sie haben nicht bloß einen einzigen Tyrannen, dessen Launen sie schmeicheln und dessen Güte sie suchen müssen — das gäbe der Knechtschaft Grenzen und machte sie erträglich. Aber sie werden die Diener eines jeden, der Geld hat, wodurch ihre Sklaverei eine unendliche Ausdehnung und Verschärfung erhält. Man sagt: wenn sie sich bei einem Herrn nicht wohl fühlen, haben sie doch den Trost, es ihm sagen und sich einen anderen suchen zu können: die Sklaven können weder das eine noch das andere. Sie sind also unglücklicher. Welches Sophisma! Man bedenke nur, daß die Zahl derjenigen, die arbeiten lassen, sehr gering ist, die Zahl der Arbeiter dagegen ungeheuer.“

„Worauf reduziert sich jene anscheinende Freiheit, die ihr ihnen verliehen hat? Sie leben bloß von der Vermietung ihrer Arme. Sie müssen jemand finden, der sie mietet, oder Hungers sterben. Heißt das frei sein?“

„An Idealfreien ist der Umstand, daß die geringfügigkeit ihres Lohnes noch ein Grund wird, ihn weiter herabzusetzen. Je weniger man des Tagelöhners bedarf, desto billiger muß er sich verkaufen. Je größer seine Notlage, desto geringer die Bezahlung seiner Arbeit. Die Augenblicksdespoten, die er unter Kränen anlehnt, sie möchten seine Dienste annehmen, erdönen nicht, ihm gewissermaßen den Puls zu befühlen, um sich zu vergewissern, ob ihm noch Kräfte geblieben sind. Nach dem Grade seiner Schwäche bemessen sie den Lohn, den sie ihm bieten. Je näher er ihnen dem Untergang durch Entkräftung zu sein scheint, desto mehr verfürzen sie das, was ihn retten könnte. Das, was ihm die Barbaren geben, dient weniger dazu, sein Leben zu verlängern, als seinen Tod hinauszufchieben.“

„Die Unabgängigkeit des Tagelöhners ist eine der verderblichsten Geißeln, die das Raffinement der modernen Menschen herbeigekracht hat. Sie vermehrt den Ueberfluß des Reichen und den Mangel des Armen. Jener erpart alles, was dieser ausgibt. Dieser ist gezwungen, nicht an Ueberflüssigem, sondern am Notwendigsten zu sparen.“

Pinguet, der in so bitteren und bewegten Worten das Schicksal der Lohnarbeit kennzeichnet und die kapitalistische Ausbeutung geißelt, war wohlgerichtet nicht etwa ein Sozialist oder Kommunist, wie es

Während die meisten Unternehmer behaupten, daß so gearbeitet werden muß, um zu verhüten, daß die Fische verderben, gibt es auch einzelne Unternehmer, die das Gegenteil behaupten. Nach deren Darstellung ist der Einkaufsmarkt so groß, daß man immer hinreichend frische Fische erhalten kann. Teilt man die Arbeit so ein, daß die Ware, welche zuerst verderben würde, zunächst in Angriff genommen wird, dann kann man eine regelmäßige Arbeitszeit inne halten und die Zeit noch so legen, wie die Gewerbeordnung es gestattet. Der eine dieser „sonderbaren Schwärmer“ ist wohl der Rektor der Fischindustriellen. Aus kleinen Anfängen heraus hat er einen Großbetrieb entwidelt und beweist nun schon seit Jahrzehnten, daß es auch so geht. Ein anderer ist ein Hamburger Großindustrieller, für den auch alle Bedenken und Schwierigkeiten seiner Kollegen nicht bestehen. Er richtet sich nach der Gewerbeordnung und kommt ohne Nachtarbeit und Sonntagsarbeit und auch ohne Strafen für Verletzung der Schulpflicht durch und hat doch einen Großbetrieb in der Fischindustrie. Die Verhandlungen sind stenographisch aufgenommen. Sie werden ein wichtiges Dokument werden zu dem Kapitel Theorie und Praxis des Arbeiterschutzes in Deutschland.

#### Ausland.

##### Frankreich.

Paris, 27. Januar. Im heutigen Ministerrat wurde die Regierungserklärung festgestellt, die heute nachmittag im Parlament zur Verlesung gelangt. Der Ministerrat beschloß sodann, den pensionierten Major Begnicourt aus den Listen der Ehrenlegion zu streichen, sowie den General Peigné von seinen Stellungen als Kommandant des IX. Armeekorps und als Mitglied des obersten Kriegsrats zu entheben und ihn in Disponibilität zu versetzen.

##### Die Hull-Kommission.

In der heutigen Vormittagsitzung, in der Admiral Fourmies den Vorsitz führte, erklärte Fischer Witte, er habe kein unbekanntes Schiff unter der Flagge der russischen Marine, kein japanisches Schiff sei unter ihnen gewesen. Nur drei russische Schiffe hätten geschossen. Dr. Colmer bestätigte die von Witte gemachten Aussagen. Gillard, der Besitzer eines der Fischerboote, erklärte, er habe vor dem Feuer der russischen Schiffe keinerlei Signal bemerkt; die Nacht sei klar gewesen. Der englische Vertreter D'Veirne und der russische Vertreter Redkoff tauschten alsdann eine Reihe von Bemerkungen über die Frage aus, ob die Kommission den Jagen Flechter über die Anwesenheit von zwei russischen Agenten in Hull zu vernehmen solle, die dorthin gekommen seien, um die Fischer zu bestimmten Aussagen zu veranlassen. Die Kommission beschloß, diese Frage erst nach der Vernehmung eines weiteren Fischers zu entscheiden. Nachdem dieser vernommen war, wobei er nur die Aussagen der anderen Fischer bestätigte, wurde die Verhandlung auf den Nachmittag vertagt.

##### Dänemark.

Antisozialistische Gefinnungsmaßnahmen bei der Post brachte unser Parteigenosse Klauen an Wittow bei Beratung des Postbudgets im Folkething zur Sprache. Ein Postexpedient, Vorstandsmitglied des Antisozialistischen Wählervereins im ersten Wahlkreis Kopenhagen, hatte an einen Postmeister (Chef eines Postkontors) das schriftliche Ersuchen gerichtet, eine Untersuchung über die politische Gefinnung der ihm untergeordneten Funktionäre vornehmen zu lassen und sie zum Eintritt in den „Anti“ zu veranlassen. „Am liebsten Mitglieder zu kriegen“, schrieb dieser überreife Agitator der Antisozialisten, die den im März stattfindenden Wahlkampf um die Herrschaft in der Gemeindeverwaltung offenbar mit allen möglichen Mitteln zu führen gedenken. Glücklicherweise findet aber jene Art politischer Agitation unter den Staatsangestellten in Dänemark nicht die Billigung der Regierung. Auf die Anfrage Klauens erklärte der Minister des Innern, Berg: er billige es nicht, daß im Postwesen irgendwelche Agitation getrieben werde. Die Beamten und Funktionäre sollten Ruhe und Frieden in ihrer Arbeit haben und außerhalb ihrer Arbeitsstätte das Recht, ihrer Ueberzeugung zu folgen.

Uebriens wagte kein Folkethingsmann die Handlungsweise jenes Postexpedienten zu rechtfertigen. Die politische Moral ist in Dänemark so weit vorgedrungen, daß man es nicht wagen darf, öffentlich eine Gefinnungsprostitution zu verteidigen, wie sie in dem bei den deutschen Reaktionen so beliebten Sprichwort „Weß Brot ich esse, deß Lied ich singe“ zum Ausdruck kommt. Erhielt doch selbst unter dem letzten konservativen Ministerium der damalige Verkehrsminister Juul Absenken eine derbe Abfuhr, als er sich erlaubte, einen sozialdemokratischen Eisenbahnangestellten zu maßregeln! —

##### Amerika.

##### Von den Philippinen.

Dem Kongress ist der Jahresbericht über die Verwaltung der Philippinen vorgelegt worden. Die offizielle Darstellung der Lage

beruht mehrere von utopischer Färbung im XVIII. und auch in früheren Jahrhunderten gab. Er stellt dem Kapitalismus nicht eine fortschrittliche, sondern eine zurückgebliebenere gesellschaftliche Form, nicht den Sozialismus, sondern die Sklaverei entgegen. Dadurch bekommt seine Kritik der kapitalistischen Gesellschaft äußerlich einen reaktionären Schein: sie läuft auf eine Verherrlichung der längst überwundenen patriarchalischen Sklaverei ab und, da die Rückkehr zu diesen Gesellschaftsformen offenbar ganz ausgeschlossen ist, auf einen tiefen sozialen Pessimismus hinaus.

Aber gerade darin liegt der große und auch revolutionäre Zug der Theorie Pinguets. Er, wie auch die Klassiker der bürgerlichen Nationalökonomie, war vollkommen in den Schranken der bürgerlichen Gesellschaft befangen. Sie war ihm „die Gesellschaft“, die einzig mögliche und denkbare Form des sozialen Lebens. In jener Epoche, bevor noch die weiterführende, revolutionäre Seite des Kapitalismus in dem Aufkommen des modernen Proletariats und seines Klassenkampfes offenbart wurde, vermochte auch die Theorie keinen geistlichen Ausweg aus der bürgerlichen Gesellschaft herauszufinden, sie mußte sie also naturgemäß als der historischen Entwicklung letztes Ziel betrachten. Dies machte jedoch die theoretischen Vorläufer der bürgerlichen Herrschaft nicht etwa blind für die unvermeidlichen sozialen Schäden, für die schreienden Widersprüche des Kapitalismus. Sie zauderten vielmehr nicht, da sie keinen Ausweg aus dieser Hölle sahen, freiwillig die menschliche Gesellschaft überhaupt für ein systematisches Verderben an der Menschheit zu erklären. Und wenn Pinguet bitter ausdrückt: „Die dauernde Sklaverei ist das unzertrennbare Fundament der Gesellschaften“, so liegt darin für sein Teil eine ebenso kühne Tat, wie in dem Ausruf des jungen Engels um beinahe ein Jahrhundert später in seiner „Lage der arbeitenden Klassen in England“: „Ich klage die bürgerliche Gesellschaft des Mordes an!“

Und deshalb kann an Pinguet die ganze Tiefe des Abgrundes gemessen werden, in den die bürgerliche Wissenschaft seit der Herrschaft des Kapitals hinabgerutscht ist. Heute, nach dem politischen Aufschwung der Arbeiterklasse, wie nach dem wissenschaftlichen Werke von Marx und Engels, liegt der Ausweg aus der bürgerlichen Gesellschaft vor aller Augen klar. Allein gerade deshalb leugnet die bürgerliche Nationalökonomie kampflos alle Grundübels und Schäden der herrschenden Gesellschaftsordnung. An Stelle des edlen Pessimismus der bürgerlichen Klassiker ist der lobhübende Optimismus der vulgären Apologeten des Kapitals getreten. Und wenn ein Pinguet als Menschenfreund in diesem Schmerz die Hände vor das Gesicht schlägt, weil er an der kapitalistischen Gesellschaft verzweifelt, so ruft heute der außerordentliche Professor Sombart, mit Glockengeläute vor der Arbeiterklasse in optimistischen Kapriolen einhergehend: Dennoch! — dennoch, meine Herren Arbeiter, hing — la la — es ist doch schon auf der Welt! . . .

ist im allgemeinen eine sehr rofige. Ueberall Fortschritte, Ruhe und Beibehalten unter amerikanischer Leitung. Eine Revision des Zolltarifs zugunsten der Philippinen wird als notwendig erachtet. Die Landwirtschaft hebt sich wieder, sagt der Gouverneur Wright, aber das bedeutet, daß sie noch immer sehr schlecht steht. Der Gesundheitszustand soll aller Orten weit besser geworden, die Cholera verschwunden sein. Der Sklavenhandel, der bei den Moros an den Küstenorten in vollem Schwange war, hat endlich ganz aufgehört. Die Moros, ein sehr kriegerischer Stamm, betrachteten es als ihr gutes Recht, sich ihre Sklaven aus dem Innern der Insel nach der Küste zu holen und sie grausam zu behandeln. Die Amerikaner gingen diplomatisch zu Werke um die Moros nicht zu schwer zu reizen. Nicht gewaltsam nahmen sie ihnen die Leute, sondern erklärten den Sklaven, daß sie frei seien und beschützt würden, wenn sie ihre Herren verlassen wollten. Langsam haben sich beide Teile daran gewöhnt, wie die Amerikaner die Dinge einrichteten, und die Sklaverei kann als aufgehoben betrachtet werden. Der Opiumgenuß ist ziemlich stark verbreitet und man hält Regierungsmahregeln dagegen als sehr notwendig. In Manila gibt es 200 Opiumhöhlen, deren Besitzer ihr Gewerbe frei und unbesteuert betreiben. Es wird gesagt, daß die Amerikaner noch immer in einem sehr schlechten Ruf bei der Masse der Bevölkerung stehen, aber das ist erklärlich, weil sich ein hoher Prozentsatz rober und brutaler Geistes unter den Amerikanern, die auf den Inseln leben, befindet, und die Philippinos sich nicht wie die „Nigger“ im Süden der Vereinigten Staaten behandeln lassen. Viele Amerikaner sind auch Besitzer von Sinaopböhnen. Die Philippinos sind sehr begierig, die englische Sprache zu erlernen. Der Schulbesuch ist ein guter, und es mangelt noch etwas an Lehrkräften. Für Unterrichtsweide wurden auf den Inseln im vorigen Jahre insgesamt zwei Millionen Dollar ausgegeben.

## Partei-Nachrichten.

### Dollzeitliches, Gerichtliches usw.

Ein Hangel von Strafmandaten ist zur Zeit der Reichstags-Eröffnung in den Kreisen Justiz I und II über unsere Genossen ergangen, die Sonntags Flugblätter verbreitet und dadurch öffentlich bemerkbare Arbeit verrichtet haben sollen. Es gab Strafmandate in Höhe von 5 bis 15 M. Eine ganze Anzahl Genossen aus Burg, Genthin, Brandenburg und Rathenow sind mit solchen Strafmandaten bedacht worden. Gegen einzelne ist Widerspruch erhoben, aber die Schöffengerichte in Genthin und Soudan verworfen die Berufung. Das Schöffengericht in Genthin fällte das merkwürdige Urteil, daß die Flugblattverbreitung am Sonntag unter allen Umständen strafbar sei. Den Einwand unserer Genossen, daß sie nur ganz kleine Päckchen Flugblätter und diese verhält gering haben, sowie den Hinweis auf andere freisprechende Urteile ließ das Gericht unberücksichtigt. Ein Urteil des Soudaner Schöffengerichts über 15 M. gegen einen Rathenower Genossen hat das Landgericht Magdeburg das verurteilende Erkenntnis des Genthiner Gerichts, welches unter dem Vorsitz des Amtsrichters Graf v. d. Schulenburg Strafmandate in Höhe von 5 M. gegen zwei Brandenburger Genossen betätigte, ohne jegliche Beweishebung auf. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung. Leider versäumten unsere Genossen, die wegen der Strafmandate zweimal in Genthin und Magdeburg vor Gericht erscheinen mußten, die Milderung ihrer Urteile zu beantragen.

Diese unaufrichtigen ungesetzlichen Polizeimaßnahmen werden nur dadurch wirksam eingedämmt werden können, daß ihren Uebern die Familien der von ihnen verschuldeten Verfahren aufgelegt werden.

## Aus Industrie und Handel.

Der Bergarbeiterstreik und der Siegerländer Eisenmarkt. Wohl am schwersten unter den rheinisch-westfälischen Industriebezirken trifft den Bergarbeiterstreik den Siegerländer Bezirk, denn die dortigen Eisenerze hatten nur geringe Vorräte angesammelt. Bekanntlich ist den Siegerländer Eisenwerken für ihre Aufnahmen von der Regierung eine Frachtermäßigung zugesprochen worden, und den Eintritt dieser Ermäßigung wollten natürlich die Werke abwarten, ehe sie sich mit größeren Kohlenvorräten versehen. Inzwischen brach aber der Streik aus und die Versorgung mußte unterbleiben. Der größte Teil der Walzwerke liegt daher still, da die Zufuhr aus dem Saargebiet ungenügend ist und über die Beschaffung ausländischer Kohlen erst ein gemeinsamer Beschluß gefaßt werden soll. Für die Walzwerke ist der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge dieses um so bedauerlicher, als gerade für sie in der letzten Zeit etwas mehr Arbeit in Walzeisen heringekommen war und die Beschäftigung sich zu bessern anfangt. Bei den Hochöfenwerken macht sich der Streik zunächst weniger fühlbar, ihnen kommen die Kohlenvorräte im Ruhrgebiet noch zu flatten. Um sich den Koks zugänglich zu machen, läßt man denselben auf den Kokereien durch eigens entsandte Arbeiter verladen. Nur ganz vereinzelt sieht man sich genötigt zu dämpfen. Bei längerer Dauer des Streiks werden allerdings auch die Roheisenwerke in Mitleidenschaft gezogen werden. Da das Aus- und Einblasen eines Hochofens stets mit größeren Kosten verknüpft ist, so wird die Betriebsunterbrechung durch mangelnde Kokszufuhr die Hüttenwerke noch viel schwerer treffen wie Walzwerke. Bis her hat nur die Johannishütte in Sieger ihren Hochofen gestoppt; doch soll auch die Gaterhütte zum Ausblasen entschlossen sein. Stillgelegt wurden ferner von größeren Betrieben das Stieghütter Walzwerk, die Werke der „Siegener Eisenindustrie“ in Weidenau und die Dufschott-Hütten.

Englische Kohlen in Emden. Der Versand englischer Kohlen nach Emden hat, wie von dort gemeldet wird, in den letzten Tagen ganz bedeutende Dimensionen angenommen. Im Emdener Außenhafen sind bereits so viele Kohlendampfer mit englischen und schottischen Kohlen eingetroffen, daß seit Sonnabend ununterbrochen bei Tag und Nacht gelöscht wird und ganze Züge bis zu 100 Wägen ausfahren.

Kapitalverhöhung der Deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft (Kuergeellschaft). Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, werden zurzeit Verhandlungen zwischen der Gesellschaft und einem kürzlich in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Unternehmen der Gasglühlicht-Industrie wegen Uebernahme dieses Unternehmens geführt. Zugleich wird das Aktienkapital der Kuergeellschaft das zurzeit 2 404 000 M. beträgt, erhöht werden. Es verlautet, daß etwa 800 000 M. neue Aktien ausgegeben werden sollen. Ein Teil der neuen Aktien wird zum Kauf des erwähnten Konkurrenzunternehmens benutzt werden. In einer für morgen anberaumten Sitzung des Aufsichtsrats der Deutschen Gasglühlicht-Gesellschaft wird über diese Projekte entschieden werden.

Vom internationalen Weizenmarkt. In einem Bericht über die Lage des Weizenmarktes, speziell des englischen, weist der „Standard“ darauf hin, daß trotz der außerordentlich niedrigen Zufuhren aus den Vereinigten Staaten von Amerika nur um 2 bis 3 M. pro Tonne gestiegen sind. „Die bedeutenden Weizenverschiebungen aus Rußland, Indien und Argentinien“, schreibt das Blatt, „haben die infolge der knappen Zufuhren aus den Vereinigten Staaten erwartete Preissteigerung vereitelt. Es ist erstaunlich, daß die Vereinigten Staaten, die noch vor drei Jahren nicht weniger als 30 Millionen Quarters Weizen ausführten, in der gegenwärtigen Geschäftszeit nur 5 Millionen an das Ausland abgeben können, und dadurch die europäischen Preise um nicht mehr als 2—3 Schilling gehoben wurden. In der Hauptsache ist dies darauf zurückzuführen, daß Indien, dessen Ernte im vorigen Jahre die übliche Durchschnittsmenge um 50 Proz. übertraf, in diesem Jahre eine fast ebenso reiche Ernte einbringen wird. Auch die für den europäischen Verbrauch so wichtige argentinische Ernte scheint kaum hinter der großen letztjährigen zurückzubleiben; wenn auch die Ernte von Santa Fe nicht den Er-



wartungen entprochen hat, so sind doch in den nächsten sechs Monaten große Zufuhren von La Plata zu erwarten. Zu bemerken bleibt, daß der europäische Verbrauch in der letzten Zeit außerordentlich gestiegen ist und aus diesem Grunde die Preise in diesem Jahre auf einem höheren Stande sich bewegen, als in den letzten Jahren der Fall war.

## Gewerkschaftliches.

### Internationale Streikstatistik.

Die Abnahme der Streikbewegung im Dezember 1904 war nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ sowohl gegenüber dem Vormonat als auch dem Vergleichsmonat des Jahres 1903 auffallend stark. Die Zahl der begonnenen Streiks ist nicht nur in den Ländern gering, in denen die Lage des Arbeitsmarktes jede Aussicht auf Streikerfolge benahm, sondern ganz allgemein zeigte sich eine äußerst minimale Streiklust. Wenn auch der Dezember alljährlich den tiefsten Stand der Streikbewegung bringt, so war doch noch seltener in einem Jahre die Bewegung so erlosch wie am Schlusse des Jahres 1904. In Deutschland, Frankreich und England zusammengekommen begannen im Dezember nur 61 Streiks gegen 100 im November und 77 im Dezember 1903. In England und Frankreich, wo die Ziffer der an den Streiks Beteiligten schon ermittelt ist, traten im Dezember nur 3040 Arbeiter in den Ausstand gegen 25 421 im November und 12 500 im Dezember des Jahres 1903. In England zeigte nur das Textilgewerbe eine etwas größere Zahl von Streikenden. Die Besserung, die das Baumvollgewerbe während der letzten Zeit wieder erfahren hat, ermutigte die Arbeiter zur Abwehr von Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen, zum Teil auch schon zu Lohnforderungen. Im ganzen fanden 8 Streiks im Textilgewerbe statt, an denen sich 888 Arbeiter beteiligten. Sonst begann nur noch in drei Gewerben je 1 Streik. Im ganzen Jahre 1904 fanden in England nach den monatlichen Aufzeichnungen der „Labour-Gazette“ 319 Streiks mit 82 767 Beteiligten statt gegen 349 und 112 905 Beteiligten im Jahre 1903. Auf die einzelnen Gewerbe verteilen sich diese Streikfälle und Beteiligten wie folgt:

Gewerbe	Streikfälle		Beteiligte	
	1903	1904	1903	1904
Bergbau, Steine und Erden	114	99	61 082	43 119
Metalle, Maschinen und Schiffbau	75	64	31 544	11 267
Textilgewerbe	51	51	9 084	12 754
Werkzeugbau	24	24	2 470	1 891
Baugewerbe	40	34	3 560	8 828
Verkehr	15	9	2 162	1 780
Uebrigere Gewerbe	80	88	2 719	3 824

Am stärksten war die Streikbewegung in der Gruppe Bergbau, Steine und Erden. An zweiter Stelle folgt die Gruppe Textilgewerbe, an dritter Stelle das Metall- und Maschinengewerbe inkl. Schiffbau. Noch stärker als in anderen Ländern ging in Frankreich die Streikbewegung während des Dezembers zurück. Es begannen nur 29 Streiks gegen 40 im November und 54 im Dezember 1903. Die Zahl der Beteiligten stellte sich auf 2766, während sie im November noch 20 861 betrug und 9882 im Dezember 1903. Trotz der geringen Streiklust handelte es sich in den meisten Fällen um Angriffsstreiks. Die Dauer der einzelnen Streiks war verhältnismäßig kurz; 17 Streiks wurden beendet, ohne daß einer länger als 16 Tage dauerte. Was das Resultat der Streiks betrifft, so zeigte sich an den vielen Niederlagen, daß die Marktlage für die Arbeiter recht ungünstig war. Von den 24 Streiks, die im Dezember zu Ende gingen, waren nur 4 erfolgreich, 11 endeten durch Vermittlung und 9 mit einem direkten Mißerfolge. Von den Streiks in Belgien ist ein Bergarbeiter-Ausstand im Sprinze zu erwähnen, der sich gegen eine angekommene Lohnverlängerung wandte. In Italien herrschte ziemlich Ruhe; nur ein Streik der Hafenarbeiter in Venedig ist zu nennen. Auch in Rußland war während des Dezembers die Arbeiterkraft noch ruhig. Von einem Streik im Kaphtagebiet bei Varna abgesehen, waren keine erheblicheren Ausstände zu verzeichnen. Ein größerer Bergarbeiterstreik fand endlich noch in Australien statt. In New-Castle (New-Südwaales), einem Hafenplatz mit fast ebenso starkem Verkehr und reger Industrie wie Sidney, legten die Arbeiter auf den unmittelbar bei der Stadt befindlichen Kohlenbergwerken die Arbeit nieder. Insgesamt streikten zirka 5000 Arbeiter.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Vertrag der Berliner Maurer

läuft in diesem Frühjahr ab. Die Arbeitnehmer-Vertreter in der Schlichter-Kommission für das Maurergewerbe haben deswegen den Antrag gestellt, für den Fall der Verlängerung des Vertrages, in denselben folgende Änderungen aufzunehmen:

1. Der Lohn soll vom 1. April 1905 ab auf 75 Pf. pro Stunde festgesetzt werden.
2. Für die Gebiete Adlershof, Alt-Glienide, Köpenick und Friedrichshagen soll derselbe Lohn, wie er in Berlin gezahlt wird, festgesetzt werden.
3. Der Absatz 1 des § 6 soll entfernt werden; dafür ist zu setzen: Maßregelungen bezw. Entlassungen infolge Eintretens für Durchführung und Juchhaltung der Vertragsbestimmungen dürfen nicht stattfinden.
4. Die in § 1 Absatz 1 vorgesehene Leistungsklausel ist zu streichen.

Das letztmal wurde der Vertrag im Jahre 1902 verlängert. Die Löhne wurden gelegentlich dieser Vertragsverlängerung erhöht und zwar am 1. April 1903 und am 1. April 1904 um je 2½ Pf. pro Stunde. Die Maßnahmen, welche diese Lohnerhöhung den Maurern brachte, ist jedoch reichlich aufgewogen durch die inzwischen eingetretene Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise.

In der Begründung, welche die Arbeitnehmer ihrer neuen Lohnforderung begaben, werden dafür aktenmäßige Beweise gebracht. Zu Grunde gelegt sind dort den Zahlen über die Lebensmittelpreise die amtlichen Berliner Markthallenberichte. Nach diesen stieg die Weizen- und Roggenmehlpreise für den Familienbedarf an Nahrungsmitteln allein seit 1902 um 51,48 M. jährlich. Zu all den Einflüssen, welche die Erhöhung dieser Lebensmittelpreise bewirken, kommen aber nun noch neue hinzu, welche die steigende Tendenz derselben verschärfen werden. So wird sich u. a. bald auch zweifellos die Wirkung der neuen Handelsverträge geltend machen.

Aber dazu kommt nun auch noch die Steigerung der Mietpreise! Der Maurer, der selbst mit tätig ist, die herrlichsten Paläste zu erbauen, ist vielfach, selbst in Berlin, nicht in der Lage, sich eine Wohnung zu leisten, die den allerniedrigsten Ansprüchen genügt. Von insgesamt 832 verheirateten Maurern leisteten sich nur 172 eine Wohnung von zwei Zimmern, d. h. getrennte Wohn- und Schlafkammer, 660 von ihnen, also die weitaus überwiegende Mehrzahl derselben, hatte neben der Küche nur noch ein Zimmer, das dann als Wohn- und Schlafraum für die ganze Familie dienen mußte. Diese Verhältnisse erleiden noch dadurch eine Verschlimmerung, daß es gerade die großen Familien sind, die in Wohnungen mit nur einem Zimmer hineingepfercht werden, während die weniger oder gar nicht mit Kindern gesegneten sich der besseren Zweizimmer-Wohnungen erfreuen.

Die Durchschnitts-Wohnungsmiete beträgt für die Einzimmer-Wohnungen 267,84 M., für die Zweizimmer-Wohnungen 350,47 M., für beide Gruppen zusammen 309,12 M.

Der Maurer kann im Durchschnitt nur auf 221 Arbeitstage im Jahre rechnen. Unter Berücksichtigung der im Verträge festgelegten Arbeitszeit und bei einem Stundenlohn von 70 Pf. dürfte der Jahresdurchschnittslohn eines Maurers 1350 M. betragen. Mitin verwendet der Maurer 20—23 Proz. seines Jahreseinkommens auf Wohnungsmiete. Einen größeren Betrag kann er für diesen Zweck nicht aufwenden, obwohl es seinem Bedürfnis durchaus entspricht und im Interesse des Gemeinwohles dringend erforderlich wäre.

Verschlimmert werden die Wohnungsverhältnisse noch durch das Schlafstellenwesen.

Selbstverständlich sind auch die Preise für Wohnungen gestiegen; seit 1902 um 38,88 M., also über 10 Proz.

Mit den Lebensmitteln- und Wohnungspreisen sind auch die Preise für alle anderen Bedürfnisse gestiegen, so daß die gewünschte Lohnverhöhung gerade dazu ausreichen würde, den Maurern die bisherige Lebensweise auch für die Zukunft zu gestatten.

Was die Forderung betrifft, daß die Berliner Löhne auch für die östlichen Vororte gezahlt werden sollen, so ist deren Berechtigung wohl nicht abzulehnen, nachdem die Entwicklung dazu geführt hat, daß die Lebensverhältnisse in diesen Fabriksvororten sich den Berliner Verhältnissen angepaßt haben. Wenn wirklich im Preise der Wohnungen noch ein kleiner Unterschied vorhanden sein sollte, so wird derselbe reichlich dadurch aufgewogen, daß die Lebens- und Gebrauchsmittel-Preise dort mit der Zeit über die der gleichen Artikel in Berlin hinausgewachsen sind.

Von großer Bedeutung für die Organisation ist die dritte Forderung:

Der Absatz 1 des § 6 soll entfernt werden; dafür ist zu setzen: Maßregelungen bezw. Entlassungen infolge Eintretens für Durchführung und Juchhaltung der Vertragsbestimmungen dürfen nicht stattfinden.

Der jetzt gültige Vertrag gestattet die Auflösung des Arbeitsverhältnisses ohne Angabe von Gründen. Diese Bestimmung hat zu ähnlichen Meinungen zwischen Arbeitern und Unternehmern geführt, wie sie neuerdings auch in Berliner Buchdruckereien vorgekommen sind. Die bisherige Fassung des Paragraphen wurde von den Arbeitgebern als Mittel der Selbsthilfe gegen solche Gefellen benutzt, die einzeln oder im Antrage der gesamten am Bau beschäftigten Kollegen für die Juchhaltung und Durchführung der Vertragsbestimmungen wirkten. Da nicht alle Arbeitgeber mit allen Bestimmungen des Vertrages einverstanden sind und sich begrifflichweise nicht sofort an die Neu-Ordnung gewöhnen konnten, insbesondere aber die Polizei sich in ihrer bis dahin unbeschränkten Selbstherrlichkeit den Gefellen gegenüber beschränkt haben, so konnte man annehmen, daß mit der Zeit sich eine feingewandte Auslegung dieser Vertragsbestimmungen herausbilden würde. Das geschah leider nicht; die Zahl der offenbar gemäßigten Maurer, denen jedoch immer von den Unternehmern die Angabe von Gründen zur Entlassung verweigert wurde, mehrte sich von Jahr zu Jahr.

Wiederholt ist in der Schlichter-Kommission unter allseitiger Zustimmung — auch der Arbeitgeber — festgelegt worden, daß es kein Entlassungsgrund ist, wenn Gefellen für die Juchhaltung und Durchführung der Vertragsbestimmungen wirken und in den Pausen in angemessener Weise für ihre Organisation agitieren. In Konsequenz dessen muß die Schlichter-Kommission Fälle, wo die Gefellen sich dem Sinne des § 6 Absatz 1 entgegen entlassen fühlen, zu erledigen suchen.

Die vierte Forderung ist die der Streichung der sogenannten Leistungsklausel.

Als im Herbst 1900 die Arbeitgeber-Vertreter in der Schlichter-Kommission anlässlich der damaligen Verhandlung über die Verlängerung des Vertrages die Festsetzung einer Normalleistung beantragten, so begründeten sie die Forderung damit, daß der Gehalt eines bestimmten Lohnes eine Gegenleistung der Arbeitnehmer gegenüberstehe müsse. Die gedachte Leistung war ursprünglich in eine ganz bestimmte Form gekleidet und zwar, daß bei normalen Arbeitsverhältnissen, gewöhnlichen Mauerwert, durchschnittlich 75 Steine in der Stunde verarbeitet werden sollten.

Von den Arbeitnehmer-Vertretern wurde geltend gemacht, daß sie gegen die Festsetzung von bestimmten Leistungen an sich nichts einzuwenden hätten. Die Verschlepptheit der Vausausführung in arbeitsintensiver und konstruktiver Beziehung, die für jeden Bau von einander abweichenden Grundverhältnissen, die technische Leistung, das sehr verschiedene Baumaterial, die Produktions- und Transportmittel sowie die ganz von einander abweichenden Ansprüche und Auffassungen der Arbeitgeber und der Maurern an die Qualität und Quantität der Arbeit und anderes mehr, gestatten jedoch keine sichere, gerechte und einwandfreie Beurteilung der Leistung. Es sei daher ausgeschlossen, daß diese Bestimmung als Richtschnur einer paritätisch zusammengesetzten Kommission bei Schlichtung von Streitigkeiten dienen könne, sie müsse vielmehr zu einer unersöhnlichen Quelle von Differenzen, Unzufriedenheit und Erbitterung werden.

Das Gewerbegericht kam dann nach Anhörung der Erlände der Parteien zu folgendem Schiedsspruch:

1. Ein Berliner Maurer ist bei gewöhnlichem Mauerwert und bei neunstündiger Arbeitszeit in der Lage, durchschnittlich 500 bis 750 Steine zu vermauern.
2. Bei der unter 1 genannten Durchschnittsleistung ist Zeitlohn in Betracht gezogen. Ferner handelt es sich bei dieser Durchschnittsleistung nicht um die tägliche Leistung eines einzelnen Maurers, sondern lediglich um die Leistung einer Kolonne.

Der Schiedsspruch ist nun seit vier Jahren Vertragsbestimmung. Aber innerhalb dieser Zeit ist nicht ein einziger Antrag von Arbeitgebern an die Schlichter-Kommission gelangt, wonach auf Grund dieser Bestimmung festgestellt und tagiert werden sollte, ob unter den obwaltenden Umständen die Leistung der Maurer genügend sei. Auch über die Leistung der Maurer im allgemeinen sind die Klagen der Arbeitgeber nicht verstummt. Damit ist unabweislich der Beweis erbracht, daß diese Bestimmung die in sie gesetzte Erwartungen nicht erfüllt hat.

Dagegen ist im vollen Umfange eingetroffen, was die Arbeitnehmer beabsichtigten. Fast täglich ereignen sich Fälle, wo Polizei und Arbeitgeber, unter einseitiger und falscher Auslegung dieser Bestimmung, die Maurer in dergestalt erregender Weise belästigen, sei es, daß bei der Anstellung der Gefelle darauf aufmerksam gemacht wird, „hier müssen sie, wie im Verträge steht, täglich 750 Steine verarbeiten“ oder wenn der einzelne bei einer bestimmten Arbeit die Anzahl Steine nicht verarbeitet hat, Vorwürfe schwerster Art erhoben werden, oder es wird von einer Kolonne besagte Leistung verlangt, wo die bei Abschließung des Vertrages hierfür ins Auge gefassten Vorbedingungen fehlen.

Infolge dieses Umstandes sind wiederholt Entlassungen und Verdächtigungen der Gefellen vorgekommen, insbesondere der jüngeren und mit dem Vertragsverhältnis weniger vertrauten sowie gegenüber fremden Gefellen, so daß durch diese vertragswidrige Auslegung der Bestimmung viel Erbitterung gegen den Vertrag erzeugt worden ist. Es liegt daher im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung des Vertragsverhältnisses, daß im zukünftigen Verträge diese Bestimmung keine Aufnahme findet.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen allgemeiner Natur über die Aussicht und die Berechtigung der Forderungen:

Die Bauhäufigkeit wird aller Voraussicht nach auch in diesem Baujahre für Berlin und seine Vororte eine rege sein. Der Hypothekemarkt, der Zinsfuß und das Angebot von Baugeldern, sowie der Grundstücksverkehr ist immer noch günstig. Deffentliche Bauwerke stehen verhältnismäßig viel in Aussicht und an Mietwohnungen ist immer noch Bedarf vorhanden. Sozialpolitiker nehmen an, daß, wenn die Bevölkerung genügenden Spielraum für Um- und Zugzüge, sowie genügende Auswahl von Wohnungen haben soll, 3 Prozent der gesamten Wohnungen leer stehen müßten. Nach dem Jahrbuch der Stadt Berlin standen aber im Jahre 1904 schätzungsweise nur 1,04 Prozent Wohnungen leer.

Auch die etwaigen Einwände der Unternehmer, daß ihnen bei einer zu gewährenden Lohnverhöhung kein Gewinn mehr bleibt, der die Fortführung der Geschäfte gestatten würde, ist hinfällig. Die wirtschaftliche Lage der Haus-, Grund- und Bodenbesitzer hat sich weit rascher gehoben, als die der Arbeiter. Im Jahre 1892 betrug die Zahl der freiwilligen Grundstücksverkäufe in Berlin 1076 Proz., die der Substationen 1,58 Proz. aller Grundstücke. Neun Jahre später, 1902, wurden freiwillig nur noch 6,45 Proz. der Grundstücke verkauft; zur Substationen kamen nur noch 0,63 Proz. Und diese Verbesserung der Verhältnisse hatte sich in stetiger Entwicklung durchgeführt, fast unbeeinträchtigt von den Krisen, welche die bekannnten Kräfte der Hypothekensbanken hervorriefen.

Auch die Bauunternehmer selbst stehen sich nicht schlecht. Aufgang der neunjährigen Jahre betrug der Maurer-Tagelohn 5,00—5,50 M. Trotz der Lohnverhöhung bis auf 6,30 M. — dem jetzigen Vertrags-

lohn — ist das Bau-Arbeitgeberum kapitalkräftiger geworden. Der Bauzinsfuß hat bedeutend nachgelassen, Bankrotte und Fälle, wo der Arbeiter seinen verdienten Lohn nicht erhalten konnte, sowie Unterschlagungen der abgezogenen Ortskassen-Beiträge kommen nur noch im geringen Maße vor.

Ein besterter Einwand im Publikum gegen die wachsenden Löhne der Bauarbeiter ist der, daß durch diese auch die Mieten steigen müßten. Die Herren Hausbesitzer ganz besonders pflegen bei vorgekommenen Mietsteigerungen gern auf Arbeiterforderungen als unrichtlich hinzuweisen. Bei fertigen Bauten, die vielleicht schon jahrelang bezogen sind, ist das natürlich von vornherein ein Unfium. Aber auch bei Neubauten trifft es nicht zu. Der Preis der Wohnungen richtet sich nach Angebot und Nachfrage, die in der modernen privatkapitalistischen Produktion leider oft durch die Spekulation zum Nachteil der Allgemeinheit beeinflußt werden.

Kapitalkräftige Spekulanten lassen oft Terrains, auf denen die Einwohnerschaft einer mittleren Stadt finden könnte, jahre- und zehntelange liegen, um dann im Augenblicke eines großen Bedarfs Millionen und aber Millionen aus denselben herauszuschlagen. Unter dieser Spekulation leiden die Bauarbeiter als Mieter nicht geringer als der übrige Teil der Bevölkerung. Wenn sie nun von diesem Riesengewinn durch das Mittel der Organisation wenigstens einen Teil auch für sich zu erlangen vermögen, verdienen sie unsere volle Sympathie und im Notfall unsere Unterstützung. Geht sich die Lage der Arbeiterklasse auch nur an einer Stelle, so ist dies nicht nur ein Ansporn für die übrige Arbeiterklasse, den Voraussetzungen nachzufolgen, sondern die erhöhte Konsumfähigkeit der Vorgeschnittenen erhöht auch für die übrigen die Möglichkeit, die eigene Lage zu verbessern!

Die Lohnbewegung der Kleber. Infolge des Beschlusses der Versammlung vom 11. Januar ist der Tarif den einzelnen Unternehmern zugesandt worden mit dem Ersuchen, daß sie sich bis zum 25. d. M. über Annahme oder Ablehnung desselben äußern möchten. Gleichzeitig ist auch die Kapazitäten-Zumung um korporative Festlegung des Tarifs erlucht worden. In der Kleberversammlung, welche am Donnerstag abgehalten wurde, berichtete Wels, daß die Zumung in ihrer Versammlung am 25. d. M. zu der Angelegenheit Stellung genommen, vorher aber die Arbeitgeber ersucht hatte, den Tarif noch nicht zu unterschreiben. In der Juchversammlung am 25. d. M. haben außer dem Geschäftsausfluß auf besondere Einladung des Juchvorsitzes auch Vertreter des Kapazitäten-Verbandes teilgenommen. In dieser Versammlung hat die Zumung beschlossen, daß eine aus je 9 Vertretern beider Parteien bestehende Tarifkommission eingesetzt werde, welche über den Abschluß eines korporativen Tarifvertrages zu verhandeln hat. Die Verhandlungen sollten gleich beginnen, die erste Sitzung war auf Freitag, den 27. d. M., angesetzt. Wels bezeichnete diesen Gang der Bewegung als befriedigend. Es sei nicht zu befürchten, daß durch die Verhandlungen, die möglichst beschleunigt werden, eine Verschleppung eintrete. Augenblicklich sei die lebhafteste Konjunktur noch nicht eingetreten, es sei deshalb durchaus kein Nachteil für die Arbeiter, wenn der für die Lohnbewegung entscheidende Termin noch um acht Tage hinausgeschoben werde. Am 1. Februar soll wieder eine Versammlung der Kleber abgehalten werden, der das Ergebnis der Verhandlungen der Kommission zur Beschlußfassung unterbreitet wird. — Nach längerer Diskussion erklärte sich die von etwa 400 Personen besuchte Versammlung fast einstimmig mit dem Eintritt in die Verhandlungen einverstanden. In die Kommission wurden gewählt: Wels, Lohjitz, Bruno, Lud, Petke, Hedmann, Sirth, Klink und Priese.

Mit der Reorganisation des Spandauer Gewerkschaftskartells beschäftigte sich am Dienstag eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Zu diesem Zweck hielt Genosse G. Bauer in Berlin einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag, in welchem er in eingehender und instruktiver Weise die Bestimmung der Gewerkschaftskartelle behandelte.

In der lebhaftesten Aussprache wurden allgemein die seit Jahren offen zutage tretenden Mängel in der Zusammensetzung des örtlichen Kartells ausgegeben; es fehlte an befähigten Kräften. Teilweise bringen die Gewerkschaften dem Kartell auch direkte Gleichgültigkeit entgegen, so daß das Spandauer Kartell seit jeder zur Leistungsunfähigkeit und Bedeutungslosigkeit verurteilt ist. Von seiten des Genossen Fink wurde der Anfluß der Spandauer Gewerkschaften an die Berliner Gewerkschaftskommission angeregt, dieser Vorschlag aber von Referenten und den übrigen Diskussionsrednern energisch bekämpft. Rieger empfahl, das Kartell in seiner gegenwärtigen Gestalt aufzuheben und statt dessen einen dreigliederigen „geschäftsführenden Gewerkschafts-Ausschuß“ einzusetzen, der die Geschäfte der Kartelle zu besorgen und eine regelmäßige Verbindung mit allen Gewerkschaftsvorständen unterhalten müßte. In der Endabstimmung fand dieser Vorschlag jedoch keine Annahme, dagegen sprach sich die Versammlung mit allen gegen vier Stimmen, entsprechend einem zweiten Antrage Riegers gegen den Anfluß der Spandauer Gewerkschaften an die Berliner Kommission aus.

## Soziales.

Kerzliches Staudesbewußtsein — ein Problem für Psychiater. Der Dresdener ärztliche Bezirksverein hat am letzten Montag beschlossen, die von der Orts-Arztenschaft ihren selbstbestohlenen Rassenärzten gewährte Pensionsberechtigung für standesunwürdig zu erklären. Der Ehrenrat wurde zugleich mit der Strafverfolgung derjenigen Ärzte, die am 1. Januar 1905 in den Genuß der Pensionsberechtigung gelangt sind, beauftragt. Das terroristische Treiben in ehrenrühriger Verhüllung wird durch solche Beschlüsse am schnellsten unterbunden werden — denn Lächerlichkeit tötet sicher.

Preußisch-fiskalische Sozialpolitik. Am Neubau des Polizeipräsidiums in Danzig waren zur Fertigstellung der inneren Arbeiten ungefähr 17 Maurer, einige Schloffer, Tischler usw. beschäftigt. Eines Tages wurden die Arbeiter durch die Nachricht überrascht, daß sie entlassen wären und an ihrer Stelle Strafgefangene beschäftigt werden. Das ist eine preußische Sozialpolitik zugunsten der Arbeiter. Man muß erst Dieb werden — um auf Staatsbauten Beschäftigung zu bekommen.

Eine Gebührenordnung, welche auch Mieter zu Kanalisationsgebühren heranzieht, ist rechtsgültig. So hatte der Bezirksausschuß zu Poppel entschieden und die Klage eines Mieters in Poppel, des Regierungsrates Werner, welcher von der Gebühr freigestellt sein wollte, abgewiesen. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte die Entscheidung als zutreffend. Man ging davon aus, daß die Kanalisation nicht bloß den Grundeigentümern die Entwässerung der Grundstücke erleichtern solle, sondern auch die ganze Stadt reinhalte und der Gesundheit aller Bürger nütze. Es werde zum Beispiel die Gefahr der Verbreitung ansteckender Krankheiten vermindert. Voraussetzung der Heranziehung zur Gebührenleistung sei natürlich der Anfluß der fraglichen Räume an die Kanalisation.

Die Rechte der Sieger im niederländischen Generalfstreik von 1903 lenkt noch immer keine Grenzen. Von den damals aus dem Dienst der Gemeinde Amsterdam entlassenen Arbeitern warten noch ungefähr 110 bis 120 vergeblich auf Wiedereinstellung und leiden, da es gegenwärtig äußerst schwer ist, irgend welche Arbeit zu finden, zu einem großen Teil mit ihren Familien bittere Not. Am Mittwoch stellten unsere Parteigenossen Tal und Solal im Gemeinderat den Antrag, den Bürgermeister und Magistrat zu ersuchen, bei Einstellung von Gemeinbediensteten in erster Weise die Entlassenen vom April 1903 zu berücksichtigen. Der Antrag wurde abgelehnt; außer den Antragstellern stimmten nur noch zwei Gemeinbedienstete dafür. Nach den Erklärungen, die der Bürgermeister zu dem Antrag abgab, soll allerdings die Teilnahme am Generalfstreik kein Hindernis der Wiedereinstellung mehr bilden. Es seien, bemerkt er, kürzlich sogar „Nadelsticker“ wieder eingestellt worden.



Das den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonntag, den 28. Januar.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus, Kignon, Neues Königl. Opern-Theater, Geschlossen.  
Deutsches, Faust I Teil, Vertäuer, Gipsauftrieb, Lesung, Traummusik, Wehen, Die neugierigen Frauen, Radum 9 1/2 Uhr: Wilhelm Tell, National, La Traviata, Zentral, Die Juxheirat, Neues, Der Graf von Charolais, Thalia, Der große Stern.

**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Die Kreuzschreiber.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Bühnen-Theater.) Fuhrmann Henschel.  
**Reines.** Die Reuermähten. MS-Schlehdouper.  
**Reidens.** Herkulespfeilen, Lustspielhaus, Der Familientag, Trianon, Die glückliche Gilberte (Houvenot).  
**Deutscher-Amerikanisches.** Revue Fort. Zetteu, Gasemanns Töchter, Kaffee, In Vertretung, Metropoli, Die Herren von Maxim, Belle Alliance, Lumpenbogensindus.  
**Carl Weiß.** Geld und Rame, Apollo, Berliner Luft, Spezialitäten, Passage-Theater, Bernhart, Willi Prager, Anf. 5 Uhr.  
**Herrnfeld-Theater.** Prinz Leub in Weiden.  
**Polak.** Ein Allerweltmädel, Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten, Reichshallen, Stelliner Sönger, Urania, Zauberkunst 48/49, Im Theater abends 8 Uhr: Im Saal des Jungfrauen, Im Hofsaal: Dr. B. Donath: Wärmestrahlen.  
**Zubalidenjunge** 57/62, Sternwarte, Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.  
Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Der Graf von Charolais.  
Sonntag: Der Graf von Charolais.  
Montag: Die lustigen Weiber von Windsor.  
Dienstag zum erstenmal: Ein Sommernachtsraum.

**Kleines Theater**  
Abends 8 Uhr:  
Die Neuermähten  
Hierauf: Abschiedssooper.  
Sonntag nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise: Familienidyll, Liebesträume, Soranissimus.  
Abds. 8 Uhr: Die Neuermähten.  
Hierauf: Abschiedssooper.  
Montag und Dienstag: Rachtahl.

**National-Theater**  
Weinbergsweg 19.  
Sonntag, den 28. Januar 1905:  
Abschiedsvorstellung  
**Franzschina Prevosti.**  
La Traviata.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise: Zar und Zimmermann, Ab. 7 1/2 Uhr: Die Jüdin.

**Zentral-Theater**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Zum erstenmal mit neuer Ausstattung unter persönl. Leitung d. Komponisten:  
**Die Juxheirat.**  
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer. Musik von Franz Lehar.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Gelsa.  
Abends: Die Juxheirat.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Gasemanns Töchter.**  
Sonntag nachm.: Gipsenrath's Geben, Abends: Die wilde Räte.  
Montag: Dr. Haupt's Zauber-Käppchen.

**Kasino-Theater**  
Lothringersstraße 37 (Rosenthaler Tor.)  
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Konzerte.  
Nur noch bis Montag:  
**In Vertretung.**  
Dienstag: Premieren-Abend.  
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gerhart.

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Die glückliche Gilberte**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

**Skala-Theater.**  
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)  
Sensationelles Programm!  
**Die Dame von Maxim.**  
Wohle mit Gesang in einem Akt, sowie  
**30 internationale Spezialitäten.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

Verantwortl. Redakteur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Senger & Co., Berlin SW.

**Urania, Taubenstr. 40/49.**  
8 Uhr:  
Im Bannkreis der Jungfrau.  
Hörssaal:  
Dr. B. Donath: Wärmestrahlen.  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.  
8 Uhr:  
Tierleben in der Wildnis.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
Der geheimnisvolle Hexentisch!!  
das Mirakel des 20. Jahrhunderts.

**Apollo-Theater.**  
218 Friedrichstr. 218.  
Täglich:  
**Berliner Luft**  
von Paul Lincke  
und das hochinteressante Januar-Spezialitäten-Programm  
mit **Golemanns Hundemute.**  
! Unerreichter Dressur-Akt!  
Sonntag, 29. Jan., nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise:  
**Venus auf Erden**  
und Spezialitäten.

**Metropol-Theater**  
**Die Herren von Maxim.**  
Große Ausstattungsgespo mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.  
**Henry Bender, Josef Giampietro, Josef Josephi, Anton Grinkfeld, Frid Frid, Fritzi Massary.**  
Das Fest des Lichts. (Ballett.)  
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

**Passage-Theater.**  
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
Anf. nachm. Vorstellung 5, Sonnt. 3 Uhr.  
**Arturo Bernardi,**  
der berühmte italienische Soubrette.  
**Littke Carlsen**  
**Willy Prager**  
14 erstklassige Nummern.

**Lustspielhaus**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Abendstück: Der Familientag.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Das böse Prinzchen.  
**Deutsch-Amerikanisches Theater.** Köpenickerstr. 67/68.  
Jeden Abend 8 Uhr:  
Gastspiel **Ad. Philipp:**  
**NEW-YORK**  
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise  
**Ueber'n grossen Teich.**

**Gebrüder Herrnfeld-Theater.**  
Der bisher unübertroffene lustigste **Herrnfeld-Schlag**  
mit seinen stürmisch bejubelten Situationen  
**Prinz Levy in Ahlbeck**  
Schwan in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.  
**Magnus Prinz Leub:**  
**Donat Herrnfeld,**  
**Präbital,** dessen Reisebegleiter:  
**Anton Herrnfeld.**  
Anf. 8 Uhr. Biletvorverk. 11—2 Uhr.

**Sanssouci.**  
Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.  
Sonnt., Mont., Donnerst.:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
u. **Tanzkränzchen.**  
Jed. Dienstag u. Mittwoch **Theater-Abend.**  
Dienstag, zum 2. Male:  
**Kean oder Genie und Leidenschaft.**

**Der neue Januar-Spielplan.**  
**Anny Raaly,** vorzügl. deutsch-franz. Konzertsängerin.  
Musgezeichnetes **Lyrika-Duett.**  
**Fatme,** indische Gauklerin, sowie alle übrigen erstklass. Spezialität. Anf. wochentl. 7 Uhr, Sonntags 4 1/2 Uhr.

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Kreuzschreiber.**  
Bauernkomödie m. Ges. in 3 Akten von Ludwig Anzengruber.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Jugend.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**In Behandlung.**  
**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelm-Bühnen-Theater).  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Fuhrmann Henschel.**  
Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Geizige.**  
Hierauf: **Der Hexenfang.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Fuhrmann Henschel.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**

**Deutsche Konzert-Hallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Vollständig neu ausgestattet!  
Täglich:  
Gr. internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.  
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

**Zirkus Schumann.**  
Heute Sonntag, den 28. d. M., abends präg. 7 1/2 Uhr:  
**XIV. Grande Soirée High-Life.**  
Gala-Programm.  
Reue Debüt u. famil. Spezialitäten.  
Ferner:  
Berliner Taximeter, höchstem. Parodie Die jugendliche Schulkreiterin Fri. Dora Schumann mit ihrem delikaten Reifstift à la jardinière.  
Der phänomenale Jongleur zu Pferde Mr. Joe Hodgini.  
Rig. Shtanen. — Secours Minigigolo.  
Troupe Marsou.  
Der urchinische Drigin-Jack mit seinen Klowm-Dressuren.  
Dir. Alb. Schumanns neue u. moderne Dressuren.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Bis jetzt unübertroffener Erfolg!  
Die große Schumannsche Musikantengruppe mit dem Pianonime

**Cine Nordlandreise.**  
Komisch-phantasische Pantomime in 7 Akten. Entworfen und mit feenhafter Pracht inszeniert vom Dir. Alb. Schumann.  
Sonntag 2 große Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr (1 Kind frei) Marocco, große Ausstattungspantomime. Abds. 7 1/2 Uhr: Eine Nordlandreise. In beid. Vorst. Jan Clermont etc.

**Residenz-Theater.**  
Dir.: **Richard Alexander.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Herkulespfeilen.**  
Schwan in 3 Akten von Paul Büchard und R. Henneguin. Deutsch von R. Schönan.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Güttendeliver.  
**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Nachmittags 4 Uhr: Kinder-vorstellung (keine Preise): **Dornröschen.**  
Abends 7 1/2 Uhr: Extra-Vorstellung, veranstaltet vom Verein Kameradschaft ehem. Garde-Regimenten.  
Unsere Soldaten, oder: Krieg im Frieden.  
Morgen nachm. 3 Uhr (Vorst. 60 Pf.): **Maria Stuart.** Abends 7 1/2 Uhr: **Geld und Rame.**

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Braunstr. 16.  
Wegen Privatfeiern geschlossen.  
Sonntag:  
**Wein Heidelberg.**  
Vollständ. mit Gesang in 6 Bildern von Böhl u. Hillen.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.  
**Volksgarten-Theater** (früher Weimann).  
Sonntag, den 28. Januar 1905:  
**Maskenball**  
des **Rauchklubs „Pfeiffchen glüh“.**  
Sonntag, d. 29. Januar, nachmittags: **Rosenbrödel.** Abends: **Leonore.**

**Palast-Theater**  
Bürgerstr. 23, früher Feen-Palast.  
Das glänzende Januar-Programm.  
**! 14 Schaunummern I. Ranges!**  
9 Uhr. Ein Riesenscherz! Nur noch wenige Tage:  
**Ein Allerweltmädel.**  
Burlaste m. Gesang u. Tanz v. Braune.  
Anfang 8 Uhr. Eröffnung 7 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr, 2. Reihe:  
**Maria Stuart.** Trauerspiel in fünf Akten von Friedrich v. Schiller.  
**Maria Stuart.** — **Else Wunsch u. G.**  
Verzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenspreise.  
**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater,  
Frankfurter-Allee 55.  
Der neue Januar-Spielplan.  
**Anny Raaly,** vorzügl. deutsch-franz. Konzertsängerin.  
Musgezeichnetes **Lyrika-Duett.**  
**Fatme,** indische Gauklerin, sowie alle übrigen erstklass. Spezialität. Anf. wochentl. 7 Uhr, Sonntags 4 1/2 Uhr.

**Die Riesin Jiona**  
485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.  
**Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!**  
**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen jeden Abend:  
**Bockbierfest.**  
Konzert.  
Der dumme Max u. der kluge Hans.  
Dienstag, Donnerstag, Sonntag, Sonntag.  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nach jeder Vorstellung im Kaiserpaal: **Tanz.**

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sönger.**  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntag: 7 Uhr.  
**Wintergarten**  
Neues Programm  
**Tortajada,** span. Tänzerin und Sängerin.  
O. K. Sato, komischer Jongleur. The Nightingale, Kraft-Gladiatoren.  
**Johnstone,** Kunst- Radfahrer. Das Mädchen mit dem goldenen Haar. Pas de fleurs, Blumentanz.  
**Otto Reutter.**  
De Hère, Zauberkünstler. Johnson u. Dean, Mulatten-Gigerl. Alexia, Pariser Tänzerin. The Potters, Luft-Gymnastiker. Der Biograph.

**Residenz-Theater.**  
Dir.: **Richard Alexander.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Herkulespfeilen.**  
Schwan in 3 Akten von Paul Büchard und R. Henneguin. Deutsch von R. Schönan.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Güttendeliver.  
**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Nachmittags 4 Uhr: Kinder-vorstellung (keine Preise): **Dornröschen.**  
Abends 7 1/2 Uhr: Extra-Vorstellung, veranstaltet vom Verein Kameradschaft ehem. Garde-Regimenten.  
Unsere Soldaten, oder: Krieg im Frieden.  
Morgen nachm. 3 Uhr (Vorst. 60 Pf.): **Maria Stuart.** Abends 7 1/2 Uhr: **Geld und Rame.**

**Deutsche Konzert-Hallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Vollständig neu ausgestattet!  
Täglich:  
Gr. internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.  
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

**Zirkus Busch.**  
Die beiden Phänomene **Sisters Amalia-Léonora.**  
Die Löwenbrant **Miss Claire Heliot.**  
**Katharina II.**  
und die vorzügl. Programmnummern.  
**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Heute: **Geschlossen.**  
Morgen nachmittags 3 Uhr:  
**Jägerliebchen.**  
Abends 7 Uhr:  
**Der Kaufmann von Venedig.**  
Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare. Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.** Entree 40, Parkett 75 Pf., Sperrlich 1 M.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sönger.**  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntag: 7 Uhr.  
**Wintergarten**  
Neues Programm

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sönger.**  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntag: 7 Uhr.  
**Wintergarten**  
Neues Programm

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sönger.**  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntag: 7 Uhr.  
**Wintergarten**  
Neues Programm

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sönger.**  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntag: 7 Uhr.  
**Wintergarten**  
Neues Programm

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sönger.**  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntag: 7 Uhr.  
**Wintergarten**  
Neues Programm

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sönger.**  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntag: 7 Uhr.  
**Wintergarten**  
Neues Programm

Allen Freunden, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß unser lieber, unvergesslicher Vater und Schwiegervater, der **Höfner**  
**August Wilke**  
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 58 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 1 Uhr von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes, Warstraße, aus statt.  
16706  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß mein lieber, unvergesslicher Vater, der **Höfner**  
**August Wilke**  
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 58 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 1 Uhr von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes, Warstraße, aus statt.  
16706  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß unser lieber, unvergesslicher Vater, der **Höfner**  
**August Wilke**  
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 58 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 1 Uhr von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes, Warstraße, aus statt.  
16706  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß unser lieber, unvergesslicher Vater, der **Höfner**  
**August Wilke**  
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 58 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 1 Uhr von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes, Warstraße, aus statt.  
16706  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß unser lieber, unvergesslicher Vater, der **Höfner**  
**August Wilke**  
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 58 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 1 Uhr von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes, Warstraße, aus statt.  
16706  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß unser lieber, unvergesslicher Vater, der **Höfner**  
**August Wilke**  
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 58 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 1 Uhr von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes, Warstraße, aus statt.  
16706  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß unser lieber, unvergesslicher Vater, der **Höfner**  
**August Wilke**  
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 58 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 1 Uhr von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes, Warstraße, aus statt.  
16706  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß unser lieber, unvergesslicher Vater, der **Höfner**  
**August Wilke**  
nach langem, schwerem Leiden im Alter von 58 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 1 Uhr von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes, Warstraße, aus statt.  
16706  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß mein lieber, unvergesslicher Mann  
**Julius Wolff**  
nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., nachm. 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause Voltaustraße 7 aus statt.  
16630

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann  
**Julius Knauer**  
am 21. Januar verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes zu Nieder-Schönhausen aus statt.  
16585  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der **Höfner**  
**Franz Stöhr**  
am Donnerstag, den 26. d. Mts., gestorben ist.  
Die trauernde Witwe nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 Uhr von der Halle der St. Andreas-Gemeinde, Hohen-Schönhausen, aus statt.  
16685

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied  
**Friedrich Bracklow,**  
Zahlstelle Norden,  
am 27. Januar verstorben ist.  
Seine Hinterbliebenen:  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelfahrt-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied  
**Friedrich Bracklow,**  
Zahlstelle Norden,  
am 27. Januar verstorben ist.  
Seine Hinterbliebenen:  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelfahrt-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied  
**Friedrich Bracklow,**  
Zahlstelle Norden,  
am 27. Januar verstorben ist.  
Seine Hinterbliebenen:  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelfahrt-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied  
**Friedrich Bracklow,**  
Zahlstelle Norden,  
am 27. Januar verstorben ist.  
Seine Hinterbliebenen:  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelfahrt-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Bekannten und Parteilagen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied  
**Friedrich Bracklow,**  
Zahlstelle Norden,  
am 27. Januar verstorben ist.  
Seine Hinterbliebenen:  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelfahrt-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Victoria-Brauerei**  
Aktien-Gesellschaft  
Fertigbier: **Berlin** und **Stralau**  
Fertigbier: **Berlin** und **Stralau**  
empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen eingebrauten Biere:  
**= Bock-Bier =**  
**Victoria-Lagerbier** (halb hell) | **Victoria-Tafelbier** (ganz hell)  
von vorzüglichem vollmundigem Geschmack  
**Victoria-Saazer-Bräu** | **Victoria-Exportbier**  
ganz hell nach Bilsener Art. | dunkles Gebraü nach Münchener Art,  
— sehr aromatisch schmeckend. — | besonders malzreich.  
Bierpreis: **Berlin** und **Stralau** **Hof VI Nr. 728** **Hof VII Nr. 3936**



Für die ausständigen Bergarbeiter

gängen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge sind:
Besondere „Kornblume“ durch Bleich, 1. Rate 10. —. Bitte 3552 7.00.
Bitte 4771, gel. d. Taube, Stahlwerkstraße 17.60. Bitte 4262 4. —. Bitte 3916 9. —.
Roter Demter 6. —. B. Wierig u. Ball 1. —. Spar- u. Lotterieverein „Nesta 1“ 5. —.
Bitte 2373 Telephonischer Dicksch 16.30. Bitte 2374 Mäbelschleifer u. Maschinenfabrik v. Dicksch 21.40.
Kausklub „Sieben rooch“, R. d. A. R. B. 5. —. Bitte 8893 5. —. Bitte 817 „Lokal-Anz.“, Kbt.
Machinesaal 29.10. Bitte 83 Koll. d. B. Henckels u. Buchholz 22.25.
Cragam, Kellner v. Keller, Kopsenstraße 2. —. Kausklub „Neuer Bahn“ 5. —.
„Gelango. „Dofmann III“ Friedrichstr. 10. —. Roter Wurz, 6. 1.20.
Arbeiter der Auer-Gesellschaft, Kbt. A., 1. Rate 40. —. Theaterverein „Brüder-
schaft“ d. Strause 10. —. Koll. der Firma Herrn Ernst, Rittenstraße 6. —.
Bitte 2406 8.00. Scherl, Gartenlaube 4. —. Bitte 3958, Bergmann, Kbt. A.,
25.45. Bitte 3912, Turbinenfabrik, Kbt. Bergmann, 46.25. Bitte 818 und
4792, Lokal-Anzeiger, Kbt. Hagerstr. 22.45. Bitte 2398 21. —. Tageblatter
Siedler u. Dreyslag 1. —. Verein Berliner Hausdiener auf Listen: 4630 20.45,
4629 20.65, 4647 10.10, 4625 14.00, 4604 11.50, 4630 12.75, 4621 13.10, 4632 13.10.
Mittelm. Firma Hörnische 5. —. Koll. und Schauerfrau v. Gneiss mit Aus-
nahme Bau Rigold 11.50. Lotterieverein „Grosche Dofmann“, Caprivistra. 8
10. —. Rob. Werner 1. —. B. d. Arbeitern d. Kbt. Gosaankalt, Mäbelsch,
auf Listen gesammelt: Bitte 902 11.05. Bitte 903 5.25. Bitte 904 25.90.
Bitte 905 11.65. Bitte 906 15.50. Desgleichen Dampfstraße: Bitte 997
6.30. Bitte 998 12.55. Bitte 999 22.50. Bitte 1000 32.10.
Bitte 2151 22.30. Desgleichen Schmargendorf: Bitte 2159 33.05.
Berliner Straßenreimer, Bitte 2100 15.35. Angestellte der städtischen Bade-
anstalt Oberbergstraße, Bitte 2247 10.25. Gosanalt Göttingerstraße,
Listen 2153 9.45, 2154 13.55, 2155 15.75. Pflegepersonal, Jenastraße, Dal-
dorf, Listen 2260 22.50, 2261 3. —. Bekleidere Legel, Listen 2262 17.50,
2263 14.25. Gosanalt Lichterberg, Bitte 2270 14.05. Zentral-Verband der
Maschinen 1000. —. Listen 3504/5, C. V. Goerg, Kbt. Buchs 42.30. Bitte 3506,
C. V. Goerg, Kbt. Reppert 46.30. Bitte 2073 14.10. Verein Berl. Hausdiener
500. —. Zentral-Verb. d. Schmiede, Jahlstr. Berlin, a Konto auf Listen 300. —.
Verb. der Fabrik-, Land-, Haus-, Arbeiter- und Arbeiterinnen Deutschlands, Jahl-
straße 100. —. U. E. R. 20. —. Textilarbeiter Köpenick 30. —. Konsumverein zu
Dorf 30. —. Bier Hülse Soyl 50. —. Dachdecker, Hülse Steglitz 30. —.
Handels- u. Transportarb., Jahlstr. Steglitz, Laktion vom Postdam 28.05.
Schwahn, Jinsen 10.06. Kausklub „Krobes Leben“, Adlershof 10. —.
Schleifer Otto Grund u. Co., gel. R. Buchholz 14. —. Honorarischer
Verein „Du ahnt es nicht 1895“ 5. —. Statklub „Vergnügter Rami“,
Breschensdamm 209 11.20. R. R. 15.05. Sozialdemokrat. Voremba
Ober-Schlesien 2. —. Arbeiter der Fabrik Subjunkt u. Co., Hülse-
straße 27. Bitte 2324 5. —. D. Lange, Restaurant, Grünemadsstr. 45 13.25.
Statklub „Hoffnung“, Adolfsstr. 22. 12. —. Bitte 1201 Wath 6.30. Bitte 4256
Firma Ende Parkfeldenberg. 21.05. Bitte 1204 Firma Schwarzlose Wobbit
8.55. Bitte 1202 Gießerei Gerd. Rantz 25.15. Bitte 1205 Gießerei Grünauer
31.40. Handbuch-Bericht-Institut Gremnia, Straalauerstr. 11 11 R. 5. —.
Bitte 2838 13. —. Statklub „Kamischbrüder“, Friedrichsstraße, Berlinerstr. 103, 10. —.
Zentral-Verb. d. Köpfer Deutschl., Hülse Berlin, auf Listen 1601 12.90, 1602
31.35, 1607 9.40, 1613 8.15, 1614 12. —. 1615 9. —. 1620 8.80.
Verband der Lithographen u. Steindruckere, Hülse I, 1. Rate 415.30. Desgl.
Hülse III, 1. Rate 244.25. Kausklub „Weisendel“, R. d. A. R. B. 6. —.
Firma Otto u. Co., außer einem „Reppertstr.“ 124 18. —. Bitte 994, Ver-
band d. Maschinenfabr., „Victoriawägle“ 33.55. Distriktsklub d. Wädr 12. —.
Listen 702/3 20.75. Rattenstraße 100. —. Statklub 50 5. —. Deutzerel „Tag-
Hülsearbeiter 3. —.
Summa 4255.15. Bereits quittiert 28 908.72. Im ganzen 33 163.87.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission Engel-Ufer 15, vorm. 9-1 und nachm. 4-8 Uhr.

Bei größerem Andrang der Personen erfolgt die Abnahme der Gelder und Ausgabe der Listen im Saal 3 des Gewerkschaftshauses. Für Berlin sind die Gelder, welche mittels der Post eingehen, an H. Rörten, Engel-Ufer 15, zu richten. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Lokale.

Aus den Zufluchtsstätten des hilflosen Alters.

Der Mangel an Hospitälern ist in Berlin in den letzten Jahren immer fühlbarer geworden. Die Stadtgemeinde hat ihre Aufgabe, die öffentlichen Versorgungsanstalten für unheilbar kranke, erwerbsunfähig geordnete Personen zu vermehren, so lange vernachlässigt, daß sich schließlich Zustände herausgebildet haben, die mancher in unserem „Zeitalter der sozialen Fürsorge“ kaum für möglich halten wird.

Der „Vorwärts“ hat oft genug dargelegt, daß die von der Stadt beschaffenen Zufluchtsstätten des hilflosen Alters längst nicht mehr zureichen, daß die Aufnahme sicker Personen sich wegen Platzmangels immer mehr verzögert, daß eine immer größere Zahl von Sicken in die Anstaltspflege abgehoben d. h. gegen Pflegegeld in Familien untergebracht werden muß. Wie die Ärzte der städtischen Sickenhäuser über diese Dinge denken, das wird in den vom Kuratorium alljährlich erstatteten und durch den Magistrat veröffentlichten Verwaltungsberichten gewöhnlich nur andeutungsweise mitgeteilt. Die direkten Berichte der Ärzte an das Kuratorium reden eine kräftigere Sprache. Wir halten es für unsere Pflicht, einmal die Ausführungen eines dieser ärztlichen Referate, in das wir Einblick erhalten haben, einer weiteren Öffentlichkeit zu übergeben.

Der leitende Arzt des Sickenhauses an der Prenzlauer Allee, Sanitätsrat Dr. Gräßner, stellt in seinem dem Kuratorium vorgelegten Bericht über das Jahr 1904 fest, daß die dauernd stärkere Belegung die Aufnahme-fähigkeit eingeschränkt und den Zugang vermindert hat. Die Frequenz sank nie unter 1300 und erreichte einmal 1371, die höchste Frequenz seit Bestehen der Anstalt. Hier wollen wir ergänzend einschalten, daß das nicht mal mehr neu ist. Soviele wir wissen, wurde schon im Etatsjahre 1903 eine Höchsfrequenz von 1365 und im Etatsjahre 1902 eine Höchsfrequenz von 1358 erreicht. Der Mangel an Platz in dieser Anstalt datiert eben nicht erst von gestern. Man ist schon seit Jahren bemüht, den vorhandenen Raum immer noch vollständiger auszunutzen. Aber was bedeutet dieser Notbehelf gegenüber der Größe des Bedürfnisses! Das neue Hospital in Buch ist leider erst bis zur Genehmigung der Bauentwürfe gegeben.

Dr. Gräßner hebt sodann hervor, daß der Prozentsatz der Todesfälle zugenommen hat. Er führt das auf zwei Umstände zurück. Da in immer größerem Umfang zu dem Mittel gegriffen werden muß, die leichter kranken Personen in Anstaltspflege zu geben, so überwiegen in der Anstalt immer mehr die schwerer kranken, ganz sicken Pfleglinge. Hierzu kommt zweitens, daß viele unheilbar Kranke erst zu einem Zeitpunkt im Sickenhaus aufgenommen werden, wo sie sich bereits im letzten Stadium ihrer Krankheit befinden oder gar schon mit dem Tode ringen. Wer die Dinge nicht kennt, wird das nicht glauben wollen. Aber Dr. Gräßner selbst an, daß im letzten Jahre 47 Personen fast sterbend oder doch in äußerst hoffnungslosem Zustande in der Anstalt anlangten. Er rechnet dazu alle, die schon in den ersten zwei Wochen starben. Unter ihnen war, so erzählt er, eine große Reihe völlig Bestimmungloser, und zwei davon bekam er überhaupt nur im Leichenteller zu sehen. So sieht es in dieser Zufluchtsstätte des hilflosen Alters aus. Sie ist für manchen, der durch das Leben gehegt wurde, früh-

zeitig altete und nun sich und erwerbsunfähig ist, kein Pflegehaus mehr, sondern nur noch ein Sterbehau.

Solche Zustände kann man sich nur daraus erklären, daß längst aufnahmebedürftig gewordene Sicken erst dann aufgenommen wurden, als es absolut nicht länger mehr hinausgehoben werden konnte, und daß andererseits die Krankenhäuser, die bekanntlich ebenfalls seit langem an Platzmangel leiden, sich Kranke „abwimmeln“, die sie besser dabehalten und in Ruhe sterben lassen sollten. Wenn dann die Todes-sandboten in Sickenhause anlangen, dann müssen andere, die noch gehen können, Platz machen und in Anstaltspflege hinaus. Wie mangelhaft sie aber hier untergebracht sind und gepflegt werden, das ist im „Vorwärts“ wiederholt auseinandergelegt worden. Es überrascht uns nicht, jetzt in dem Arztbericht zu lesen, daß aus Anstaltspflege zurückkehrende Leute ungefragt erklären, sie seien glücklich, sich wieder in der Anstalt zu befinden.

Der Arzt glaubt, trotz all dieser Mitteilungen seinen Bericht mit der Versicherung schließen zu sollen, die Anstalt werde auch ferner ein wichtiges Glied der städtischen Wohlfahrts-einrichtungen bilden und ihren Anteil beanspruchen an dem Ruhmestitel Berlins, die wohlthätigste Stadt der Welt zu sein. Er will die Gemeindeverwaltung nicht verhöhnen, sondern meint es ernst und ehrlich. Wir meinen es ebenso. Aber eben deshalb müssen wir mit der Feststellung schließen, daß die Hospitalnot eine Schande für Berlin ist, eine Schande für den Freisinn, der sie durch seine Pflanzgeit verschuldet hat.

Das Gesamtvermögen der Berliner Sparkasse hat Anfang dieses Jahres die Höhe von 332 1/4 Millionen Mark erreicht. Im letzten Quartal des vorigen Jahres wurden 14 307 824 M. eingezahlt und 12 971 193 M. abgegeben. Die Nettoeinzahlungen betragen 1 336 631 M., wodurch die Forderungen der Interessenten sich auf 297 370 450 M. erhöhten. Diese Summe verteilt sich auf 777 352 Väter. Durchschnittlich würden danach 382 M. auf jedes ausgegebene Spar-taschenbuch kommen. Fast jeder dritte Berliner würde hiernach ein Spar-taschenbuch besitzen und auf jeden Berliner etwa 150 M. entfallen. An Zinsen, zurückgezahlten Hypotheken und Wertpapieren vereinnahmte die Sparkasse im letzten Quartal 2 570 569 M. und ver- ausgabte für diese Zwecke 1 948 560 M. Der Vorkurs der des Interessenten- und Reservefonds stellte sich Ende Dezember 1904 auf 12 016 616 M. An Wertpapieren waren 280 042 085 M. vorhanden, an Hypotheken 57 172 220 M. und an Darlehensforderungen 496 001 M. Die drei Grundstücke der Kasse hatten einen Wert von 2 433 163 M.

Ein Umhang ist den Postunterbeamten „verstattet“ worden. Das Kleidungsstück soll nach einer Verfügung des Staatssekretärs der Reichspostverwaltung aus schwarzen, wasserdicht imprägnierten Tuch oder tuchähnlichem Stoffe bestehen, keine Aermel oder Ärmelrücher haben und bis über das Knie reichen. Der neue Umhang erhält einen Umlegelappen mit orangefarbenem Vorkopf, innen ein 25 Zentimeter langes Schulterstück aus Grundstoff und längs der Brustseite fünf polierte Knöpfe aus gelbem Metall mit aufgeprägtem Kaiser-Adler. Es geht nicht klar aus der Meldung hervor, ob das „Verstattet“ bedeutet, daß der Umhang den Unterbeamten als Uniform-stück geliefert wird, oder ob sie ihn, wie seinerzeit die Schürze, aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müssen.

Die Geburtstagsfreude unserer Hoflieferanten ist durch die Krankheit in der Familie des Kaisers wenigstens äußerlich nicht beeinträchtigt worden; der flammende Patriotismus trat mit derselben großen Geistesamtslosigkeit hervor wie in früheren Jahren. Von der Krankheit des Prinzen Eitel Friedrich wird berichtet, daß die Lungenentzündung auch auf den rechten Oberlappen fortgeschritten sei. Ferner melden die Blätter, daß dem Prinzen von seiner Mutter am Krankenbette mitgeteilt worden ist, daß der Kaiser ihn zum Hauptmann befördert habe. Bei dem Gottesdienst, der am Vormittag stattfand, hat der Ober-hofprediger Dr. Dryander auf den Bergarbeiter-Ausstand angespielt. Er sagte: In einer Zeit, wo der Viehdiebstahl und der Danbarkeit weniger werde unter den Menschen, sollen wir des Dankes nicht vergessen gegen den Höchsten. Daran dürfte uns auch nicht die Sorge der Gegenwart hindern, die Sorge um den Brand, der jah in mitten unseres Volkes emporloderte, die Sorge um die Wunden, aus denen Rachbarvölle bluten.

Große Freude ist den „Bediensteten“ der Staatseisenbahn-Verwaltung widerfahren. Der Kaiser hat ihnen für 25- und 40jährige vorkaufsfreie Gesamtdienstzeit ein Erinnerungs-zerichen verliehen. Es besteht in einer silbernen Auszeichnung für 25jährige und in einer vergoldeten für 40jährige Dienstzeit. Verloren gegangene Erinnerungszeichen haben die Inhaber aus eigenen Mitteln wieder anzuklopfen. Die Eisenbahngestellten haben zwar bestimmt auf etwas anderes gerechnet, nämlich darauf, daß der Minister einschiedene Maßnahmen treffe, um die zahlreichen Ver- triebsunfälle nach Möglichkeit einzuschränken, aber die Sorge hierüber wird gewiß durch die Freude über das Erinnerungszeichen zurückgedrängt werden.

Von Schwindelagenten werden jetzt die Grundbesitzer in der Provinz sehr viel heimgesucht. Sie lassen sich von Leuten, die ihre Besingung verkaufen wollen, für die Vermittlung bedeutende Ge- bühren versprechen, nehmen zum Teil gleich nicht unerhebliche Vorkasse und versprechen dafür das Blaue vom Himmel herunter. Nicht selten berufen sie sich auf Institute und Banken mit allen möglichen Namen, die aber weder Mittel noch Einfluß haben. Die ganze Vermittlungstätigkeit vieler Agenten besteht, wie die Erfahrung gezeigt hat, darin, daß sie ein Verkaufsangebot hin und wieder in ein unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinendes „Fachblatt“ einrücken lassen. Die Kosten, die dadurch entstehen, entsprechen nicht entfernt den hohen Gebühren, die verlangt werden, und der Erfolg erst recht nicht. Diese Schwindelagenten schädigen nicht nur die Besigter, sondern auch die realen Vermittler, die ihre Gebühren ehrlich ver- dienen. Etwas anderer Art ist ein Schwindel, den in großem Um- fange ein Agent Png Södermann aus Bremen besonders in Sachen und Thüringen betreibt. Er reist noch immer für die „Neubeste“, von der er längst entlassen ist, sticht die Anzahlungen ein und tut dann überhaupt nichts weiter. Södermann hat sich auch längere Zeit in Berlin aufgehalten. Jetzt wird er von der Staatsanwaltschaft in Dessau steckbrieflich verfolgt. Er ist 1,70 bis 1,75 Meter groß und schlank, hat einen dunklen Schnurrbart und spricht rheinische Mundart.

Verhaftet wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens der Wäch- macher Karl E. aus der Füssenstraße 28. Der pervers veranlagte Mann, der seine Frau oft mißhandelte, verging sich an seinem eigenen 13 Jahre alten Sohn.

Zwei Berliner Einbrecher sind bei einem Einbruchsdiebstahl bei dem Schlächtermeister Brodi in Köpenick festgenommen worden. In der gestrigen Nacht bemerkten zwei Wächter in Köpenick mehrere Männer, welche mit schweren Koffern nach dem Bahnhof zu gingen. Bei der Annäherung der Beamten ergreifen sie die Flucht, doch gelang es den Wächtern, zwei der Wäcker einzuschleppen, während der dritte entkam. Die Verhafteten entpuppten sich als die Schlächter- geldellen Mann und Schneider, die gemeinsam mit einem Dritten, dessen Namen sie angeblich nicht kennen, den Einbruchsdiebstahl bei Brodi verübt hatten. Sie hatten die Tat in der Schlächterherberge in Berlin, in der Markusstraße, verabredet. Die gestohlenen Waren,

Wollmäntel, Spedseiten, Wärfte usw., konnten dem Bestohlenen wieder zugestellt werden.

Opfer einer Benzinexplosion. Die 39jährige Wäscherin Marie Grunach, die vor acht Tagen bei einer Benzinexplosion in der Handkutsch-Wäscherei von F. Florid in Hause Groß-Berliner- strasse 36 schwere Brandwunden an den Händen und im Gesicht davontrug, ist gestern im Elisabeth-Krankenhaus, wohin man die Unglückliche geschafft hatte, an den Folgen gestorben. Allen denen, die beim Hantieren mit Benzin nicht die größte Vorsicht walten lassen, kann dieser schreckliche Unglücksfall nur als Warnung dienen.

Die Furcht des Bureauchelfen Abel wird jetzt auch magistrats- offiziell bekannt gegeben. Der Magistrats-Berichterstatter meldet, daß alle Bemühungen, seiner habhaft zu werden, vergeblich waren. Selbstmörderweise wird über die Höhe der Summe, die er in der städtischen Baugewerkschule in der Aurfürstenstraße unterschlagen hat, nichts Näheres bekannt gemacht. Das Schulgeld in Höhe von hundert Mark wird zu Anfang des ersten Semesters, nämlich im Oktober, erhoben und soll im Januar an die Stadt- hauptkasse abgeböhrt werden. Von den 250 Schülern mag der fünfte Teil freistellen einnehmen, so daß etwa 20 000 Mark ein- fließen würden. Abel sollte allerdings alle drei Tage mit dem Direktor abrechnen, doch ist dies, wie uns berichtet wird, nicht regelmäßig geschehen. Nun verlautet noch nichts darüber, ob Abel gar die ganze Summe oder einen mehr oder minder beträchtlichen Teil davon unterschlagen hat. Ein anderer Vorkurf wird dem Hühling noch gemacht. Der Andrang zur Baugewerkschule ist so stark, daß viele Schüler abgewiesen werden müssen. Unter diesen Umständen soll Abel ein sehr einnehmendes Wesen gezeigt haben.

Fortbildungs- und Fachschulen.

Stadtschulrat Dr. Gerstenberg hat sich im Verein Berliner Kaufleute über die Zukunft des Fortbildungsschulwesens in Berlin ausgesprochen. Nachdem er dargelegt hatte, daß der Unterrichts- zwang sich nur auf die Fortbildungsschulen, aber nicht auf die Fach- schulen erstreckt, führte er aus: Das Verhältnis dieser beiden Schulen zu einander festzulegen ist Sache des Oberpräsidenten und dieser hat zu entscheiden, ob eine Fachschule als vollwertiger Ersatz für die Fortbildungsschule anzusehen ist; hierzu ist es nötig, daß die Schulen nicht nur rein fachlichen, sondern auch allgemeinen Fortbildungs-Unterricht in Deutschen und Rechnen erteilen und daß sie ferner einen aufsteigend geordneten Lehrplan besitzen. Bisher ist nur eine einzige Schule als diesen Bestimmungen entsprechend vom Oberpräsidenten anerkannt worden. Die bestehenden Fach- schulen werden daher nur dann auf Anerkennung rechnen können, wenn sie Deutsch und Rechnen hinzunehmen und wenn durch die Unterstellung unter die Kontrolle der städtischen Schulbehörde für regelmäßigen Schulbesuch Sorge getroffen wird. Der Unter- richt im Deutschen würde sich nicht nur auf Orthographie und Grammatik erstrecken, sondern die theoretische Grundlage zum Verufe des Schülers bilden, indem er die Geschichte seines Berufes, die hierauf bezüglichen Gesetze, Materialkunde und dergleichen lehrt. Ebenfalls soll der Unterricht im Rechnen sich dem Verufe anpassen, desgleichen auch der Rechenunterricht, der allerdings für manche Berufsgruppen in Fortfall kommt. Dies wird natürlich nur möglich sein, wenn, wie beabsichtigt wird, die Einteilung der Schulklassen nach Verufen erfolgt. Es sollen auch die ungelerten Arbeiter zum Unterricht herangezogen werden, welcher weniger berufsvorbildend sein kann, dafür aber umsomehr erzieherisch und charakterbildend wirken soll. Bei diesem soll es mit vier Stunden sein Bewenden haben, mit der Maßgabe, daß der Unterricht in den späteren Abendstunden, möglicherweise auch Sonntags, sofern es sich um Turnspiele und dergleichen handelt, stattfinden soll. Bei den gelerten Arbeitern sind sechs Stunden vorgesehen und soll der Unterricht nicht nach 7 Uhr abends, nur ausnahmsweise bis 8 Uhr, erteilt werden.

Mit Rücksicht auf die großen Entfernungen Berlins kann der Unterricht nicht in einer Zentral-Schule erteilt werden; es sollen vielmehr etwa 10 Schulen eingerichtet werden, an deren Spitze je ein Direktor im Hauptamte tätig sein soll. Es kommen insgesamt etwa 33 000 Schüler in Betracht, für den Anfang am 1. Mai jedoch nur etwa 5-6000, für welche vier Schulen genügen dürften. Der Unterricht soll möglichst in der Nähe der Arbeitsstätte erteilt werden, was, da manuelle Verufe in bestimmten Stadtteilen besonders vertreten sind, teilweise ohne Schwierigkeiten gehen wird. Die Lokal- frage wird dadurch erleichtert, daß mehrere städtische Schulgebäude frei werden. Zur Vereinfachung der Organisation wird an Stelle der bisherigen Deputationen eine einzige „Deputation für den städtischen Fach- und Fortbildungsschul-Unterricht“ mit besonderem Zentralbureau eingerichtet werden. Es ergibt sich nun die wichtige Frage, was aus den bisherigen fakultativen Fach- und Fortbildungsschulen wird. So weit sie nicht als Ersatz für die städtischen Fortbildungsschulen angesehen werden können, müssen sie nach Herrn Dr. Gerstenberg damit rechnen, daß ihr bisheriger Schülerbestand sich innerhalb der nächsten drei Jahre allmählich verringern wird. Sie werden in dieser Zeit sich so einrichten können, daß an ihren Schulen höhere Kurse für Fort- geschrittene erteilt werden, welche von den erwachsenen Schülern und Meistern besucht werden sollen. Ihr Verhältnis zu den Fort- bildungsschulen wird dann ein ähnliches sein, wie das der höheren Schulen zu den Gemeindeschulen. Der Unterricht an den Fort- bildungsschulen wird unentgeltlich sein, während die Anschaffung der Lehrmittel den Arbeitgebern obliegen wird. Die Lehrkräfte sollen sämtlich aus Fachkreisen entnommen werden.

Zum Besten der streikenden Bergarbeiter findet Sonntagvormittag 11 1/2 Uhr (nicht um 12 1/2 Uhr, wie in der Nr. 23 unseres Blattes angegeben wurde) in Obfis Festsaal, Reiningersstr. 8 in Schöneberg, eine Matinee statt, bestehend in Konzert, Gesang und humoristischen Vorträgen. Sämtliche Mitwirkende stellen ihre Kräfte unentgeltlich zur Verfügung, so daß die Gesamteinnahme den Bergarbeitern zur Verfügung gestellt wird. Die Parteigenossen Schönebergs haben die Pflicht, für regen Umfah der Wiletts, welche im Lokale von Obf und in der Parteipedition zu haben sind, zu sorgen.

Zum Besten der Familien der streikenden Bergarbeiter im Aufr- gebiete veranstalten die Schriftsteller Dr. Hans Feing Ewers und Roda Roda am Dienstag, den 31. d. Mts., 8 1/2 Uhr abends, im Festsaal des Zoologischen Gartens einen Abend, zu dem bisher schon ihre Mitwirkung zugesagt haben: die Damen Vera Adorbanell, Volken-Lassen, Marja Delward, Marietta de Rigardo; die Herren Ferruccio Infonzi, Mr. Hann, Hans Hyan, Robert Koppel, Emanuel Reicher etc. Wegen Plätze zum Preise von 10 Mark wolle man sich an Herrn Dr. H. H. Ewers, Uhländstr. 187 parl., wenden.

Treptom-Sternwarte. Nach während der Dämmerung fallen jetzt am Abendhimmel zwei Planeten wegen ihrer großen Helligkeit jedem Beobachter auf. Der tiefer mehr nach Westen zu stehende ist der Planet Venus, welcher im Fernrohr gerade jetzt dadurch, daß die Scheibe nur halb erleuchtet ist, einen interessanten Anblick dar- bietet. Der weiter nach Osten und höher stehende Planet ist der Jupiter. Am Sonntag, den 29. d. Mts., spricht Direktor Ardenholz auf der Treptom-Sternwarte nachmittags 7 Uhr über „Die Venus“, nachmittags 8 Uhr über „Die Bewohnbarkeit der Welten“. Für Montag, den 30., abends 9 Uhr lautet das Thema: „Die Monde im Planetensystem“. Mit dem großen Fernrohr wird schon von 2 Uhr nachmittags an die Venus, von 5-7 Jupiter, von 7-10 Orio- nebel beobachtet.

In der Jerusalemskirche gibt der Jerusalems-Kirchenchor (Dirig. R. Schale) am 1. Februar d. J., abends von 8-9 Uhr, sein siebentes Konzert. Es gelangen Chorgesänge von Bach, Mendelssohn, Möhring, Klein und R. Alose zur Aufführung. Mitwirkende sind: Zel. Fried-



Schroeder (Alt), Mih Tilla Stiller (Violine) und der Organist und Komponist N. Mose. Diese Konzerte sind unentgeltlich.

Theater. An dem Friedrich Heibel-Abend, den das Schiller-Theater Sonntag, den 29. Januar, im Bürgerpavillon des Rathhauses veranstaltet, kommen Kompositionen Heibelscher Dichtungen von Peter Cornelius, Johannes Brahms und Hugo Weidinger zum Vortrag. Die Ausführung des gefanglichen Teils hat die Konzertlängerin Gertrud Fischer übernommen. — Im National-Theater verabschiedet sich heute Sonnabend Francesco Prebosti als „Violetta“ in „La Traviata“. Sonntag gelangt als Abend-Vorstellung „Die Jüdin“ zur Wiederholung, nachmittags wird „Zar und Zimmermann“ gegeben.

### Aus den Nachbarorten.

Mariendorf-Marienselde. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeinde-Wählerlisten nur noch bis zum 30. Januar ausliegen, und zwar an den Wochentagen von 8-12 und 3-6 Uhr, Sonntag von 8-10 Uhr vormittags im neuen Schulhause, 1 Treppe, Zimmer 28. Wer verhindert ist, wende sich an Genossen Otto Gohl, Dorst. 24, in Marienselde an Genossen Fritz Grenlich, Berlinerstr. 81. Gleichzeitig zur Mitteilung, daß der Wahlverein am 4. Februar im Tempelhofer Tivoli sein diesjähriges Stiftungsfest feiert. Der Vorstand wird sich bemühen, den Genossen einen gemächlichen Abend zu verschaffen. Billetts sind bei den bekannten Parteigenossen zu haben.

### Schöneberg.

Magistrat und Schulrat. Den Stadtverordneten ist jetzt vom Magistrat eine lange Erklärung zugegangen, in der die Gründe dargelegt werden, die ihn veranlassen, den Beschluß betr. die Kündigung des Schulrates Dr. Goldfeld aufrecht zu erhalten. In diesem Schreiben wird auf ein Gutachten des Professors Dr. Silbergleit Bezug genommen, in dem dieser Herr nachzuweisen versucht, daß die Statistik auf ganz falscher Grundlage aufgebaut sei. Zum Schluß vertahrt sich der Magistrat gegen die Unterstellung, als habe er sich bei seinen Beschlüssen irgendwie durch antisemitische Tendenzen leiten lassen. — In der am Montag stattfindenden Stadtverordneten-Versammlung wird es sich ja zeigen, ob sich die Stadtverordneten mit der Erklärung des Magistrats zufrieden geben, oder ob sie gemäß § 36 der Städte-Ordnung weitere Schritte unternehmen werden. Hoffentlich trifft das Letztere zu.

Die Schöneberger Lehrerschaft, die in der bekannten Schularzt-Affäre vom Oberbürgermeister mit Vorwürfen der Pflichtverletzung bedacht worden ist, hatte gegen diesen Herrn Stellung zu nehmen beabsichtigt. Nach einer Unterredung des Vorstandes des Lehrervereins mit dem Oberbürgermeister gab dieser folgende Erklärung ab: Er sei sich nicht mehr bewußt, den Lehrern in der erregten Debatte den Vorwurf der Pflichtverletzung gemacht zu haben. Den Lehrern einen so schweren Vorwurf zu machen, habe ihm vollständig ferngelegen, und es tue ihm leid, daß seine Worte so irrtümlich hätten aufgefaßt werden können. Der Lehrverein hielt nunmehr in seiner letzten Versammlung ein weiteres Eingehen auf die Angelegenheit für überflüssig. — Man sollte es kaum für möglich halten, daß derselbe Oberbürgermeister, der solche Erklärung abgegeben in dem Sinne ist, zum Staatsanwalt läuft und Schutz gegen fehlerhafte beherrschende Äußerungen von Stadtverordneten sucht.

Die Schöneberger Rettungswache leistete nach ihrem sechsten veröffentlichten Geschäftsbericht für das vergangene Jahr 1904 in 1211 Fällen ihre Hilfe, die höchste Zahl seit ihrem Bestehen. In 901 Fällen handelte es sich um äußerliche, in 277 Fällen um innerliche Erkrankungen. Geburtshilfe wurde 18 mal geleistet, und 16 mal wurde die Rettungswache bei Selbstmorden in Anspruch genommen. Die Polizei bedurfte ihrer Hilfe in 84 Fällen.

Die Vorschlagslisten für die Kaufmannsgerichtswahlen in Schöneberg sind nunmehr vom Magistrat veröffentlicht. Von seiten der Handlungsgesellschaften sind zwei Listen eingereicht. Liste A, am Zentralverband der Handlungsgesellschaften, enthält nur zwei Namen: Lagerhalter Reinhold Ritter und Geschäftsführer Max Fabian. Die Wahlen finden für die Handlungsgesellschaften am Sonntag, den 5. Februar, nachmittags von 1-4 Uhr, im Rathaus, Zimmer 14 (1. Treppe) statt. Wahlberechtigt sind nur diejenigen, die feinerzeit ihre Aufnahme in die Wählerliste beantragt haben.

Lichtenberg. Hygienische Vorträge werden mit Unterstützung der Zentralkommission der Krankenkassen vom Donnerstag, 2. Februar, ab an fünf auf einander folgenden Donnerstagen, abends 8 Uhr, in der Aula der Kronprinzenkaserne veranstaltet. Der Eintritt ist frei; die Herren Ärzte, welche die Vorträge halten, sind nach deren Wendigung bereit, etwa an sie gestellte Fragen zu beantworten.

### Spandau.

Die Kufelführer bei den Ausschreitungen gegen Spandauer Polizeibeamte auf der Eisbahn der Oberhavel sind ermittelt und verhaftet worden; es sind zwei Brüder Grunow aus Tegel, welche den Polizisten Wille durch Messerstiche verwundet haben.

### Gerichts-Zeitung.

Eine Warnung vor harmlosen Scherzen schießt folgender Vorfall in sich, der dem Reisenden Anton Gabuske eine Anklage wegen verachteter Erpressung und unbefugter Ausübung eines öffentlichen Amtes zugezogen hat. Der Angeklagte befand sich eines Abends in einem Tanzlokal, als dazwischen zwei jungen Leuten ein unbedeutender Streit ausbrach. Der Angeklagte, der ein etwas martialisches Aussehen hat, trat auf den einen der streitenden jungen Männer zu und erklärte ihm, daß er Kriminalbeamter sei und ihn verhaften müsse, da er ihm verdächtig erscheine. Er zog

dann auch ein Notizbuch aus der Tasche und schrieb sich den Namen des jungen Mannes auf. Dieser sah der Entwicklung der Dinge mit etwas erschauertem Gesicht entgegen, er wurde aber noch erschauerter, als ihn der Pseudo-Kriminalbeamte bei Seite nahm und ihm anfühlerte, daß die Sache ja noch aus der Welt geschafft werden könnte, wenn er sich dazu verstehen würde, zwei Schnäpse zum besten zu geben. Nun wußte der andere Bescheid. Er verlangte von dem Angeklagten die Vorweisung seiner Erkennungs-marke, und als dieser mit einer solchen nicht dienen konnte, mußte er es sich gefallen lassen, daß nunmehr sein Name von einem herbeigeholten wirklichen Polizeibeamten aufnotiert wurde. Er suchte sich vor Gericht damit zu entschuldigen, daß er in der Angetrunkenheit sich nur einen kleinen Scherz habe machen wollen. Der Gerichtshof sahte die Sache aber gar nicht scherzhaft auf, sondern verurteilte den Angeklagten wegen des Scherzes zu zehn Tagen Gefängnis.

Der Sekt-Seppel. Als ein Sohn der schönen grünen Steiermark, in Graz an der Mur geboren, hatte „Seppel“ das schöne Wort „warum denn in die Ferne schweifen —“ nicht genügend beherzigt. Trotzdem er der beste Zitherspieler in der Umgegend, der beste Tänzer war und auch bei keiner Kirchweih fehlte, gefiel es ihm nicht in der Heimat. Er schnürte sein Känzchen, nahm Abschied von seinen heimlichen Bergen, seinem steiermärkischen „Mosen“ und seinen Forellen und marschierte in die weite Welt hinaus. Bald sollten sich jedoch seine geringen Lebenserfahrungen bedeutend erweitern. Seine Ersparnisse waren sehr schnell aufgebraucht, er mußte um das tägliche Brot kämpfen; er suchte einen Dienst, der ihm in seiner Heimat sogar überall angeboten worden wäre; im fremden Lande, unter fremden Leuten fand er keine Berufstätigkeit. Schließlich kam ihm die in der Heimat erworbenene Fertigkeit im Zitherspielen zu Hilfe. In München fand der biedere Steiermärker eine Anstellung als Zitherspieler und hier trant er auch zum erstenmal Sekt. Seppel oder mit vollem Namen der Zitherspieler Joseph Müller fand demnach Gefallen an diesem Getränk, daß er, wo es irgendwie ging, seiner Leidenschaft fröhnte. Dies brachte ihm indessen verschiedene Anklagen wegen Zechprellerei ein. Längere Freiheitsstrafen, komisch von seiner Sektliebhaberei nicht abbringen. Im Herbst vorigen Jahres kam er nach Berlin und trat eine Stellung als Zitherspieler in einem hiesigen Café an. Am 1. Dezember v. J. spät nachts erschien „Seppel“ in dem Café Mozart und bestellte erst eine Flasche „Benzell trocken“, der noch zwei weitere folgten. Witterweise stiegen dem Zitherspieler Zweifel an der Zahlungsfähigkeit seines Gastes auf und als er Bezahlung der Zeche verlangte, stellte es sich heraus, daß M. keinen roten Pfennig besaß. Diesen Rückfall in seine Sektliebhaberei mußte M. mit einer Anklage wegen Betruges im strafrechtlichen Rückfalle büßen, welche vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kam. Der Angeklagte, der immer noch die Tracht seiner Heimat trägt, erklärte, er wäre schon vor Verübung der Zechprellerei total „b'jossa“ gewesen. Der Staatsanwalt beantragte, da die Straftaten des Angeklagten allmählich einen ziemlich gemeingefährlichen Charakter angenommen hätten, eine Zuchthausstrafe von einem Jahre. Der Gerichtshof belieh es unter Zustimmung mildernder Umstände bei neun Monaten Gefängnis.

Wie es mit der Sicherheit in manchen Stadtbezirken Berlins noch immer bestellt ist, zeigte wieder einmal eine Verhandlung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I. Aus dem Unterungesängnis wurden die „Arbeiter“ Richard Minus, Fritz Steinide, Wilhelm Maske und Paul Hoffmann vorgeführt. In der Nacht zum 11. Dezember v. J. hatte der Arbeiter Wilkowsky mit einem Arbeitskollegen ein Lokal in der Gartenstraße besucht. Wilkowsky besaß nur noch ein Auge, das andere ist infolge eines Unfalles ausgefallen. Als der Halbblinde mit seinem Begleiter das Lokal verließ und ein langes Stück Weges die Gartenstraße entlang gegangen war, wurden Beide plötzlich von einer Horde jenseitigen Gesindel, das in dortiger Gegend immer häufiger auftritt, umerregt ergriffen ohne jede Veranlassung mit einem Schlagring einen wuchtigen Hieb dicht über das gesunde Auge, sodas das Blut sofort herausspritzte, in das Auge hineinfließ und Wilkowsky überhaupt nichts mehr sehen konnte. Der hierdurch völlig Wehrlose wurde zu Boden geworfen und in barbarischer Weise mit Fußtritten und Schlagringen bearbeitet; zugleich sahkte er, daß eine Hand in seine Notzacke sahkte, aus welcher er später den Betrag von einigen Mark vermisste. Dem Begleiter des W. erging es ähnlich, doch konnte dieser, in Besitze der vollen Sehkraft, sich seiner Angreifer besser erwehren. Als durch die Hülferufe der beiden Uebersallenen sich Posanten näherten, ertönte ein Pfiff und die Rowdies waren im Dunkel der Nacht spurlos verschwunden. Wie bei allen dazwischen nächtlichen Schlägereien war es auch in diesem Falle mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft, die Täter zu ermitteln. Schließlich gelang es der Polizei, die vier jetzigen Angeklagten zu ergreifen. Bei einer Hausdurchsuchung wurde auch ein Schlagring gefunden, an welchem noch Blut haftete. Fast alle Angeklagten sind bereits wegen Rohheitsvergehen vorbestraft, der erst 23jährige Maske hat schon längere Zeit im Zuchthause gesessen. Die Akquisition der Teilnehmer an dem nächtlichen Uebersall durch die Verlesenen war in dem vorliegenden Falle äußerst schwierig, zumal die Angeklagten bestritten, überhaupt an der Schlägerei teilgenommen zu haben. — Das Strafverfahren hatte anfänglich auch auf gemeinschaftlichen schweren Raub gelaufen, wurde jedoch nach dieser Richtung hin wieder eingestellt, da Wilkowsky den verschwundenen Geldbetrag während des Ringens verloren haben konnte. Der Gerichtshof kam bezüglich des Angeklagten Steinide zu einer Freisprechung, da ein von diesem angetretener Alibibeweis als ausreichend angesehen wurde. Die übrigen Angeklagten wurden verurteilt: Minus und Maske zu je einem Jahre, Hoffmann zu neun Monaten Gefängnis.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 28. Januar 1905. Zunächst trockenes, ziemlich helles Frostwetter mit mäßigen südwestlichen Winden; später Erwärmung, Trübung und geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau

### Eingegangene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19, Beuthstraße 2) haben soeben das Februar-Heft ihres 11. Jahrganges erschienen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Richard Calwer: Russland. — Max Schippel: Bergarbeiter-Streiks und Politik. — Eduard Bernstein: Nach dem Brennen. — Ernst Keller: Soldatenmishandlungen. — Dr. Friedrich Herz: Die „Schwarze Gefahr“ in Amerika. — Jakob Stern: Geschichtsmaterialismus und Philosophie. — Max Baginski: Gerhart Hauptmann unter den schicksaligen Dämonen. — Briefkraft von Max Schippel. — Politik von Richard Calwer. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Hugo Borch. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. — Frauenbewegung von Henriette Järich. — Sozialwissenschaften von Paul Kampffmeyer. — Wiltende Kunst von Anna Plehn. — Dichtkunst von Max Hodyborf. — Buchbesprechungen von Dr. Eduard David.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; vierteljährlich 1.50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und durch jede Postanstalt. Ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Beuthstr. 2, Berlin SW. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

### Vermischtes.

Die deutsche Presse. Die Kopenhagener radikale Tageszeitung „Politiken“ hat kürzlich in London einen besonderen Mitarbeiter, Mr. John Hild, angestellt, der Zutritt zu den Redaktionen der großen Blätter in der Fleetstreet hat und die wichtigen Depeschen über Weltereignisse „Politiken“ so schnell übermitteln, daß sie am selben Tage wie in London auch in Kopenhagen veröffentlicht werden können. Bisher war für die dänische Presse Berlin die Hauptverandlungsstelle der ausländischen Depeschen. „Das ist der Grund“, schreibt „Politiken“, „weil die ausländischen Nachrichten der dänischen Presse so stark von deutscher Auffassung beeinflusst waren. Die Bureaus haben und geleht, die Welt durch deutsche Brillen zu betrachten. Als Gegengewicht schaffen wir nun eine regelmäßige Verbindung mit einem politischen und journalistischen Zentrum, das das größte der Welt ist, und dazu mit einem Gemeinwesen, das aus vielen Gründen mehr Bedeutung für uns hat als das deutsche Kaiserreich.“ — Gegen den Vorwurf, durch die deutsche Auffassung beeinflusst zu werden, suchte sich „Nygaaus Bureau“, das die dänische Presse mit Depeschen versorgt, mit der Behauptung zu rechtfertigen, es habe eine größere Menge Nachrichten über London, Paris und Petersburg empfangen, als über Berlin. Darauf antwortet „Politiken“, daß die Londoner Nachrichten Nygaus von „Reuters Bureau“ in London stammten, das auch dort als leitende Mitarbeiter Deutsche beschickte.

Der Senat ohne Scharfrichter. Die zum Tode verurteilte Engländerin Wiese, deren Begnadigung, wie wir meldeten, seitens des Hamburger Senats kürzlich abgelehnt worden ist, hat von dem ihr bevorstehenden Schicksal noch keinerlei Kenntnis; erst am Nachmittage vor dem Hinrichtungstage wird ihr die Entscheidung des Senats über ihr Gnadengesuch durch den Oberstaatsanwalt in der sogenannten Wärdzelle mitgeteilt werden. Die Hinrichtung ist dem Vernehmen nach auf Mittwoch nächster Woche festgesetzt worden. Der Hamburger Justizbehörde bereitet diese Affäre dadurch einige Verlegenheit, als kurz ein Scharfrichter in Hamburg ist. Es ist zwar bereits beim Scharfrichter Engelhardt in Magdeburg angefragt worden, ob er die Exekution vollziehen wolle, doch steht die Antwort hierüber noch aus, da Engelhardt die hierzu erforderliche ministerielle Erlaubnis zuvor einzuholen hat. Inzwischen ist man auf dem Hofe des Hamburger Unterungesängnisses am Postentor bereits mit dem Aufbau der Guillotine beschäftigt.

Zu Notbus sind durch Gas, das einem beschädigten Gummischlauch entströmte, gestern nacht der Schlossermeister Helkenbruch, seine Frau und ein Sohn getötet worden.

Käuzchenhändeln von einer Prinzessin. Aus Romandshorn wird der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt, daß die Prinzessin Alexandra von Hessen-Battingen in Unterungeshhaft genommen worden sei. Sie wird der Pfandverschleppung angeklagt.

Wasserstand am 26. Januar. Elbe bei Magdeburg + 1,20 Meter, bei Dresden - 1,74 Meter, bei Magdeburg + 0,70 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,20 Meter. — Oder bei Kottbus + 1,33 Meter, bei Breslau Ober-Pegel + 4,86 Meter, bei Breslau Unter-Pegel - 1,32 Meter, bei Frankfurt + 1,27 Meter. — Weichsel bei Braßmünde + 0,87 Meter. — Warthe bei Posen + 0,54 Meter. — Nege bei Ulf - 0,20 Meter.

### Briefkasten der Redaktion.

#### Juristischer Teil.

— W. G. G. 100. Ja. — G. 2. 50. Leider sind Ihre Fragen zu bejahren; über die Zeit der Beschäftigung bestehen gesetzliche Vorschriften nicht; ähnliche Beschäftigung oder Zurückhaltung ist unzulässig. — N. P. 7. 1. Sie leben außer Gütergemeinschaft. 2. Ihre Frau hatet nicht für Ihre Schulden. Pfändet der Gläubiger ihr Eigentum, so mühte sie Einhellungsantrag und Interventionsklage bei Gericht einreichen. — G. 2. 2. Der Wirt hat, falls nicht besondere Umstände vorliegen (z. B. Mißbrauch der Wohnung durch Ausübung gewerbmäßiger Innung), nicht das Recht, das Ausziehen des geduldeten Untermieters zu begehren. — W. 2. W. 51. Die in Berlin bestehenden Altersversorgung-Anstalten und ihre Verbindungen erheben Sie aus dem in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden, sogenannten Graubuch („Die Wohlthätigkeitsanstalten Berlins und seiner Vororte“, Dritte Auflage, herausgegeben von der Kunststiftung der Gesellschaft für ethische Kultur), Nummer 148 bis 186 und 192. — G. 2. 1. Für die Behandlung müssen Sie bezahlen. — G. 2. 2. 26. Uebersteigt die für Januar bis Oktober vereinbarte Miete 300 M. und ist vertraglich Ihnen die Zahlung des Stempels auferlegt, so ist der Wirt im Recht. — 53. Wode. 1. Da Statut und Mißliedervereinbarungen so bestimmt haben, ist der Beschluß richtig. 2. Die Victoria-Laus-Ständerhellkette vom roten Kreuz (zu Hohenhausen) nimmt gegen 2 M. Verpachtungsbis bis zu 60 untertälde oder tuberkuloseverdächtige Kinder auf. 15 Freistellen sind vorhanden. Gesuche sind an den Vereinsvorstand zu richten. — G. 200. Keineswegs haben Sie sich strafbar gemacht. Anspruch auf Rückgabe der übrigen Geschenke hat der Betreffende. — W. 50. Wenn Sie ständig beschäftigt, also angestellt sind: ja. — Sch., Niddorf. Rein.

# Eine gesunde Kost für ein gesundes Volk

Die in diesem Unternehmen erscheinenden Romane sind Originalwerke erster deutscher Autoren (Maximilian Bötker, Ernst Georgy, Carola von Egnatten, Otto Höder etc.). Im Buchhandel kosten die blau-gelben Bändchen der Bibliothek 25 Pfg., komplette Romane 1,25 M. bis 1,50 M. Die Konsumenten von Sunlight Seife erhalten dieselben kostenlos und portofrei zugesandt. Bezugsbedingungen sind aus der jedem Paket Sunlight Seife beigegebenen Erklärung ersichtlich.

**Krug zum grünen Kranze** Alexander-Platz (Grand Hotel) i. K.  
Allabendlich: **Großer Bockbier-Trubel**  
**Carl Südeckes humoristisches Ensemble.**  
Entree frei.  
Säle sind Sonntags bis 5 Uhr nachmittags für Versammlungen zu vergeben.

**Kleiner Saal** zu 150 Personen mit anschließendem **Vereinszimmer** Sonntags u. Sonntags noch zu vergeben.  
Ergebenst **Anton Boeker,** Weherstr. 17.  
**Rauchfleisch** von jungen Schweinen fett, 9 Pfd. nur 27. 7. — durchwachsen, 9 Pfd. nur 27. 8. — ganz mager, 9 Pfd. nur 27. 9. — verkauft franko per Nachnahme Rauchfleisch-Versand, Regensburg.

**Hasenheide Neue Welt.** Arnold Scholz. 108-114.  
Vom 1. bis inkl. 12. Februar 1905:  
**Großes bayrisches Bockbierfest** nach echt bayrischen Sitten und Gebräuchen.  
veranstaltet vom oberbayrischen Festwirt mit seiner 30 Mann starken Kapelle 1875L.  
**D'Oberlander** (in Nationalkostüm).  
**Großer Bock-Jubel und Trubel!** Abgeben der neuesten und fidelsten Bocklieder. Ausschank von vorzüglichem **Bergschloss-Bock.** Verabreichung von vorzögl. Original Nürnberger Rostbratwürstchen.  
Bedienung von 30 feschen bayrischen Mad'ln (in Nationalkostüm).  
Anfang: Wochentags 7 Uhr. | Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 4 " | Entree: Sonntags 50 "

**Bilz Bilz Bilz Bilz**  
Naturheilstelle Dresden-Radebeul. Tausende verdank demselben ihre Gesundheit. 1 Million Licht- und Wasserdampf-Kurbel. 1000000 Pack. Massage-Heilgymn. Winterkurbel. Preis 25 M.  
Naturheilstube Tausende verdank demselben ihre Gesundheit. 1 Million Licht- und Wasserdampf-Kurbel. 1000000 Pack. Massage-Heilgymn. Winterkurbel. Preis 25 M.  
Zukunftstaat Allen Menschen ein sorgloses Dasein gesichert. Diawirkliche Lösung d. soz. Frage. Volo-Amerik. Schreiben liegen vor 600 Seiten. Fr. brosch. 3 Bände, je 100 S. 1. 2. 3. 50. Gb. 1. 4. 60. 1. 2. 3. 50. Gb. 1. 4. 60.  
Hausschatz 4. Bilanz u. d. Wissenslehrt Engl. Französisch. Buchführ. Stenogr. Physik. Chemie usw. Abhild. 183 Tafeln. 5 Bände, je 100 S. 1. 2. 3. 50. Gb. 1. 4. 60.

**Eisbahn Karpfenteich** Treptower Park 19418  
40 000 Quadratmeter grosse, spiegelglatte Eisfläche.  
**GROSSES KONZERT.** Entree 30 Pf. Kinder 15 Pf. Ernst Bauer.



# Deutscher Holzarbeiter-Verband. Branche der Korbmacher.

Sonntag, den 29. d. M., vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Beratung vom 23. d. M. 2. Verschiedenes. 78/18

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet  
Die Kommission.

Montag, den 30. Januar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Branchen-Versammlung

aller in der  
**Telephon-Branche**  
und für photographische und chirurgische Apparate  
beschäftigten Tischler.

Tages-Ordnung: 1. Branchen-Angelegenheiten. 2. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

## Rabatt-Spar- und Konsum-Verein „Süd-Ost“

Kottbuser Ufer 41a.  
**Achtung, Mitglieder!**

Vorbesprechung zu den Delegiertenwahlen  
Montag, den 30. Januar 1905, abends 8 Uhr.

- In Berlin:**
1. Wahlbezirk im Lokal von Tolkdorf, Görlitzerstr. 58.
  2. Wahlbezirk im Lokal von Thiele, Rantowstr. 110.
  3. Wahlbezirk im Lokal von Schieber, Admiralstr. 21.
  4. u. 5. Wahlbezirk im Lokal von Gänzig, Reichensbergerstr. 147.
  6. Wahlbezirk im Lokal von Gwald, Schönleinstr. 6. 105/5
- In Rixdorf:**
7. Wahlbezirk im Lokal von Gopp, Berlinerstr. 14.
  8. Wahlbezirk im Lokal von Wischniewski, Pleißenstr. 34.
  9. Wahlbezirk im Lokal von Kutschera, Wippenstr. 13, Ecke Kirchhoffstr.
- In Johannisthal,**  
Ober-Schöneweide und Baumschulenweg:
10. Wahlbezirk: Johannisthal im Lokal von Gobin, Roonstr. 2.
  - Ober-Schöneweide im Lokal von Kaufhold, Wilhelminenhoffstr. 18.
  - Baumschulenweg im Lokal von Speer, Baumschulenstr. 78.

Die Wahlen der Delegierten finden in allen Bezirken eine Woche später statt, also

Montag, den 6. Februar 1905, abends 8 Uhr.  
Um zahlreiches Besuch bittet Der Vorstand.

## Arnswalde-Friedeberger Parteigenossen!

Sonntag, 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Saale des Genossen  
Merkowski, Hindenburgstr. 26:

## Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Gründung eines Agitationsvereins für unseren Wahlkreis.  
Erscheinen aller aus dem Kreise ist notwendig. Frauen haben Zutritt.

## Achtung! Städtische Arbeiter. Achtung! Filiale Gross-Berlin.

Sonabend, den 28. Januar, im großen Saale der „Neuen Welt“,  
Hafenstraße 108/114: 285/19

## Grosser Wiener Maskenball.

Die Musik wird von zwei Kapellen ausgeführt.  
Um 12 Uhr Demoskizzen; vorher große Gratulationsfeier  
wertvoller Geschenke für Masken. Um 1 Uhr Kaffeepause, während derselben  
satirisch-tomistische Vorträge, ausgeführt vom „Berliner Uk-Trio“.  
Einlang 8<sup>1/2</sup> Uhr. Eintritt 50 Pf. 111/6  
Jede Maske erhält beim Eintritt ein Los. Verlosung vor der Demoskizzen.  
Hierzu laubet ergebenst ein Das Komitee.

**Fellow Cigaretten**  
2-5 Pfg.  
Zu haben: Bruno Birkigt, Rixdorf, Lietzstr. 32

Die **Lambour-Kaffee-Röst-Werke**

Berlin SW., Friedrichstraße 49 a, Ecke Schützenstraße.  
Probierstube  
arbeiten mit neuestem, das Aroma schützendem  
**Röster, Kühler, Filter**  
D. Reichspatente ang.  
Verkaufen

Gerösteten Kaffee Pfund 1.00, 1.15, 1.30, 1.50, 1.70, 1.90, 2.20 M.  
Gemahlene Kaffee Pfund 1.00, 1.15, 1.30, 1.50, 1.70, 1.90, 2.20 M.  
Kaffee-Extrakte garantiert reiner Bohnen-Kaffee, per 1/2 Liter-Flasche: 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70 Pf. inkl. Flasche.  
Frisch geröstet, gut gemahlen, schnell filtriert, Kommt in den Laden und probiert! 64/18\*

Filiale der Kaffee-Röst-Werke, Emmerich.

**Fellow Cigaretten**  
2-5 Pfg.  
Zu haben: Elise Schütze, O., Münchbergerstr. 9

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Sonntag, den 29. Januar,  
vormittags 10 Uhr anfangend:

## Stichwahl für den Posten eines Bureaubeamten und Stichwahl für einen Delegierten zum Gewerkschaftskongress.

Die Wahl wird in folgenden Lokalen vorgenommen:

- Bernhard Rose-Theater, Badstraße 58,
- Raabe, Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23,
- Wernans Festsäle, Schwedterstraße 23,
- Graumanns Festsäle, Raunhufstraße 27,
- Kumke, Wülowstraße 59,
- Anton Boekers Festsäle, Weberstraße 17,
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49,
- Thiel, Rixdorf, Bergstraße 152,
- Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstraße 3,
- Böhle, Spandau, Neumeisterstraße 5,
- Kaufhold, Ober-Schöneweide, Wilhelminenhoffstraße 18,
- Tempel, Rummelsburg, Alt-Vorhagen 56.

Jeder Kollege kann nur einmal wählen und erhält zur Kontrolle einen Stempel ins Mitgliedsbuch. Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Am Eingang zum Saal erhält jedes Mitglied zwei Stimmzettel, einen für die Wahl des Beamten und einen für die Wahl des Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Die Wahl dauert von 10 bis 1 Uhr. Später werden keine Stimmzettel mehr abgenommen. Das Wahlergebnis wird im „Vorwärts“ veröffentlicht. Wir ersuchen alle Kollegen, an der Wahl teilzunehmen.

Selbstverständlich ist, daß niemand über acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand sein darf. Wer wählen will, muß mindestens die 50. Woche des verflossenen Jahres gelebt haben.

**Zur besonderen Beachtung!** Zur leichteren und einfacheren Erledigung unserer  
Bürogeschäfte ersuchen wir unsere Mitglieder,  
jeden Wohnungswechsel unverzüglich unter schriftlich durch Postkarte dem Bureau mitzuteilen.  
Angabe der Orts- oder Hauptnummer, einen für die Wahl des Beamten und einen für die Wahl  
des Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Die Wahl dauert von 10 bis 1 Uhr. Später  
werden keine Stimmzettel mehr abgenommen. Das Wahlergebnis wird im „Vorwärts“ ver-  
öffentlicht. Wir ersuchen alle Kollegen, an der Wahl teilzunehmen.

Selbstverständlich ist, daß niemand über acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand sein darf. Wer wählen will, muß mindestens die 50. Woche des verflossenen Jahres gelebt haben. 111/6

## Montag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20: Versammlung

der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher und aller in den mechanischen  
Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Ueberstundenfrage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.

E. H. III Hamburg.

## Mitgliederversammlungen der örtl. Verwaltungsstellen:

- Berlin A. am Montag, den 30. Januar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn Wollschläger, Adalbertstraße 21.
  - Berlin B. am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal III.
  - Berlin C. am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstraße 5/7.
  - Berlin D. am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, in der Aktienbrauerei Friedrichshöhe, Moabit, Turmstraße 25/26, kleiner Saal.  
NB. Am Sonnabend, den 4. Februar, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 48/49:
- Großer Wiener Maskenball**  
zum Besten unserer Invaliden.
- Berlin F. am Montag, den 30. Januar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gesellschaftshaus, Zwincmünderstraße 42.
  - Berlin G. am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, in Flechs Festsälen, Fruchtstraße 36 a. (Vortrag des Herrn Dr. Glaser.)
  - Berlin H. am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokale von Tolkdorf, Görlitzerstraße 58.
  - Rixdorf am Montag, den 30. Januar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale von H. Thiel, Bergstraße 151.
- Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1904. 2. Wichtige Kassenangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 184/1  
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Ortsverwaltungen.

## „Gesellschaftshaus Ostend“

Inh.: Paul Litfin Fernsprecher: Amt 7, 1076.  
Memeler-Strasse 67.  
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine Säle und Vereinszimmer zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten. Jeden Sonntag: Gr. Hall bei gut besetztem Orchester. 19492\*  
Paul Litfin.

Nur noch kurze Zeit!  
Am Nettelbeckplatz  
**Gerichtstraße 65**  
**Haase's**  
umschlossene elektr.-konzentrische  
**Stufenbahn**  
Feenhaftes Belichtung, 2 Fahr-  
geschwindigkeiten, die schönste und  
größte Konzert-Organ auf dem  
Kontinent. 10600

**Unser täglich Brot gib heute!**  
Zum Besten der hungernden Weiber und Kinder der  
streichenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet veranstalten  
die Schriftsteller Hans Heinz Ewers und Roda Roda  
und Mitwirkung  
Hans Hynn, Ferruccio Busoni, Bekken Lassen, Marya Delvard, Mr. Henry,  
Emanuel Reicher, Marietta de Rigardo, Robert Koppel und vielen anderen  
— einen Abend —  
am Dienstag, den 31. d. M. im Festsale des Zoologischen Gartens.  
Karten à 10 M. durch Dr. H. H. Ewers, Umlandstr. 187 part. und  
an der Abendkasse. Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.

## Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.  
Wein-Verlauf. Sehr starkes Leder in  
praktischen grauen u. braunen Streifen,  
auch einfarbig. Am Bund aus einem  
Stück gearbeitet. Sehr feste Knapp-  
nähte. Halbbare Pilot-Taschen.  
Große Hüden umloht. Die Hosen  
bei Entnahme von

- 6 Stück 26 Mt. **4 Mt. 50**
- Edelblaues Monteur-Jackett 1 Mt. 90
  - Edelblaues Monteur-Jose 1 Mt. 50
  - Edelblaues Monteur-Jackett  
Prima Röder-Gemeinde 2 Mt. 50
  - Edelblaues Monteur-Jose  
Prima Röder-Gemeinde 2 Mt. 10
  - Manchester-Jose 5,50, 4,50, 3 Mt. 50
  - Gefütterter Wandst.-Jackett 13, — 8,75
  - Weiße Felle-Jackets 3,50, — 2 Mt. 75
  - Konditor-Jackets, Preisig 4 Mt. 50
  - Naler-Mittel 3, —, 2,50, 2 Mt. 25
  - Rechaniler-Mittel (braun) 3, —, 2 Mt. 40
  - Weiße Leder-Jackets, Preisig 7,50, 3 Mt. 75
  - Weiße Lederhosen 4,50, 2 Mt. 90
  - Reifeleimiger-Kinjege, blau,  
nach Vorschrift 5 Mt. 50
- Die Preise gelten für normale Größen.  
17382\*

## Baer Sohn

En gros, Export. En detail.  
Chaussestr. 24a, 25, Brückenstr. 11  
Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 24. Preisliste 1905 wird kosten-  
los und portofrei zugelandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die  
Bundweite und die Schrittlänge, bei  
Jackets und Mitteln die Brustweite  
anzugeben. 17382\*

— Versand von 20 Mt. an franco. —

Nachdruck verboten!

**Enorm  
billig**

gelangen zum Verkauf die  
aus letzten Manufaktur  
gefertigten modernen, lester  
Saison ansehbarsten  
vornehmsten Herren-

**Anzüge  
Paletots**

Jahren sonstiger Manufaktur  
40-70 M. ist, jetzt 18-40 M.  
Hochrockanzüge jetzt 23-40 M.  
Herren-Hosen jetzt 7-12 M.  
Dontaches Versandhaus,  
Jägerstr. 63, 1 Troppa.  
Sonntag 8-2 geöffnet.

## Josef Fischer

Kohlen-Großhandlung  
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.

Preise ab Platz:

Senftenb. Halbsteine 1 Str. nur 75 Pf.

Senftenb. Salon-Brick 6 a. 7<sup>1/2</sup> nur 80 Pf.

Anna, Adler, Marie

Senftenberger in Honckels Werke 6 od.  
7 Roll, nur 90 Pf.

Hse, Salon-Briketts billigst.

Reel Keller pr. Str. 10 Pf. mehr.

Bruch, Steinkohlen, Koks, Holz in  
billigsten Preisen. 17398\*

60 Handwagen verleihe zu Robben.  
der 19002\*

**Zigarrenfabrik-Genossensch**

Niederlage bei Ludwig Glasse,  
Eisenbahnstr. 2.

## Wald- und Landparzellen

am Borsighof, herrlich gelegen,  
umwelt See, verkauft gegen geringe  
An- u. Abzahlung Aug. Pachert,  
Taubendorf bei Jossen. 19222\*

## Buchhandlung Vorwärts,

Berlin SW. 68,  
Lindenstr. 69, Laden.

Das Interesse der ganzen Welt  
konzentriert sich jetzt auf die Ereignisse  
in Russland.

Wir empfehlen daher unseren  
Abonnenten nachstehende Bücher, die  
geeignet sind, sie mit den in diesen  
Riesenschriften herrschenden ökonomischen,  
sozialen, politischen und sonstigen Ver-  
hältnissen bekannt zu machen. 233/7

Deutsch, 16 Jahre in Sibirien.  
Preis, 3 Mt., geb. 3,50 Mt.

Jadrizew, Sibirien. 6 Mt.

Sanktan & Osknit, Das heutige  
Russland, 2 Bände. Geb. 1,50 Mt.

Landbeck, Durch Sibirien. Geb. 6 Mt.

Schmann-Parvus, Das hungernde  
Russland. Preis, 3 Mt., geb. 4,50 Mt.

Peroy-Beauvais, Das Reich des  
Jaren und die Russen, 2 Bände.  
4 Mt.

Welfschin, Tagebuchblätter eines sibi-  
rischen Sträflings, 2 Bände. 5 Mt.

Rodofsky, Das arme Russland.  
Statt 4 Mt. nur 0,50 Mt.

Zierniat, Der russische Bauer. 1,50 Mt.



